



3

Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2012

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.300.12d

INHALTSÜBERSICHT

- Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**
Zahlen im Überblick
Kommentar zur Jahresrechnung
Jahresrechnung
Kennzahlen
Bundesbeschluss
- Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**
Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
- Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**
Rechnungspositionen
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
Zusätzliche Informationen zu den Krediten
- Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**
Zusatzerläuterungen
Statistik
- Band 4 Sonderrechnungen**
Fonds für die Eisenbahngrossprojekte
Infrastrukturfonds
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
Eidgenössische Alkoholverwaltung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

Band 3 geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikeil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.

Zusatzerläuterungen und Statistik

Seite

Zusatzerläuterungen	7
1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	9
11 Direkte Bundessteuer	11
12 Verrechnungssteuer	12
13 Stempelabgaben	15
14 Mehrwertsteuer	17
15 Mineralölsteuer	18
16 Schwerkverkehrsabgabe	19
17 Qualität der Einnahmenschätzungen	20
2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	23
21 Soziale Wohlfahrt	25
22 Finanzen und Steuern	27
23 Verkehr	29
24 Bildung und Forschung	31
25 Landesverteidigung	32
26 Landwirtschaft und Ernährung	33
27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	34
28 Übrige Aufgabengebiete	35
3 Querschnittsfunktionen	37
31 Personal	37
32 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	39
33 Bundestresorerie	42
34 Beratungsaufwand	46
35 Öffentlichkeitsarbeit	47
4 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	49
5 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	53
6 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	57
Statistik	59
A Übersicht	61
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	61
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	62
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	63
B Finanzierungsrechnung	65
Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	65
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	66
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	67
Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	68
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	70
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	72

	Seite
Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	74
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	76
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	78
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2012/2011	80
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	82
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	84
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	85
C Erfolgsrechnung	87
C01 Ertrag nach Kontengruppen	87
C02 Aufwand nach Kontengruppen	88
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	90
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	91
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2012/2011	92
D Bilanz	95
D01 Bilanz im Detail	95
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	98
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	101
D04 Kurz- und langfristige Schulden	104
E Bundestresorerie	105
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	105
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	106
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	107
E04 Nettozinslast	108
E05 Derivative Finanzinstrumente	108
F Personal	109
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	109
F02 Personalaufwand im Detail	110
F03 Höchstbezüge 2012 nach Lohnklassen	111

ZUSATZERLÄUTERUNGEN



Die Einnahmenkategorien entwickelten sich 2012 gegenüber dem Vorjahr unterschiedlich. Die beiden wichtigsten Steuern, das heisst die Mehrwertsteuer und die direkte Bundessteuer, haben in ihrer Bedeutung zugelegt, bei einem Wachstum deutlich über der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Hingegen beobachten wir bei den Gesamteinnahmen sinkende Anteile der Verrechnungssteuer, der Stempelabgaben sowie der nichtfiskalischen Einnahmen, letztere infolge der geringeren Gewinnausschüttungen der SNB.

Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2011	
	2011	2012	2012	absolut	%
Ordentliche Einnahmen	64 245	64 117	62 997	-1 248	-1,9
Fiskaleinnahmen	58 996	59 914	58 788	-208	-0,4
Direkte Bundessteuer	17 891	18 759	18 342	451	2,5
Verrechnungssteuer	4 861	4 186	4 335	-526	-10,8
Stempelabgaben	2 857	2 445	2 136	-721	-25,2
Mehrwertsteuer	21 642	22 550	22 050	408	1,9
Übrige Verbrauchssteuern	7 341	7 435	7 543	202	2,8
Mineralölsteuer	5 020	5 090	5 033	13	0,3
Tabaksteuer	2 208	2 233	2 397	188	8,5
Biersteuer	113	112	113	1	0,7
Verkehrsabgaben	2 323	2 323	2 293	-30	-1,3
Automobilsteuer	408	370	412	4	0,9
Nationalstrassenabgabe	360	353	352	-8	-2,1
Schwerverkehrsabgabe	1 555	1 600	1 529	-26	-1,6
Zölle	1 046	1 060	1 044	-2	-0,2
Spielbankenabgabe	376	395	329	-47	-12,4
Lenkungsabgaben	660	761	716	57	8,6
Regalien und Konzessionen	1 410	924	938	-472	-33,5
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	269	275	267	-3	-0,9
Gewinnausschüttung SNB	833	333	333	-500	-60,0
Zunahme des Münzumlaufs	54	87	87	33	61,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	221	196	218	-2	-1,1
Übrige Regalien und Konzessionen	33	33	33	0	0,0
Finanzeinnahmen	1 601	1 337	1 328	-273	-17,1
Zinseinnahmen	369	496	353	-15	-4,2
Beteiligungseinnahmen	838	840	867	29	3,5
Übrige Finanzeinnahmen	395	1	107	-287	-72,8
Übrige laufende Einnahmen	1 645	1 691	1 721	76	4,6
Entgelte	1 200	1 247	1 251	52	4,3
Wehrpflichtersatzabgabe	157	170	160	3	1,9
Gebühren	225	244	241	16	7,2
Rückerstattungen	132	116	130	-2	-1,3
EU Zinsbesteuerung	97	135	114	17	17,2
Übrige Entgelte	588	581	605	17	2,9
Verschiedene Einnahmen	445	443	469	24	5,5
Investitionseinnahmen	593	252	222	-371	-62,5

Die *Mehrwertsteuer* (Anteil: 35 %) und die *direkte Bundessteuer* (Anteil: 29 %) sind die wichtigsten Einnahmenquellen des Bundes. Diese beiden Steuern machen für sich allein genommen etwa zwei Drittel der Bundeseinnahmen aus (siehe nachstehende Grafik). 2012 wuchsen sowohl ihr Ertrag wie ihr Anteil an den Gesamteinnahmen. Bei der MWST erklärt sich diese Entwicklung in erster Linie mit der Anhebung des MWST-Satzes zu Gunsten der IV. Die direkte Bundessteuer wird zur Hauptsache durch die seit 2011 relativ günstige Wirtschaftslage beeinflusst.

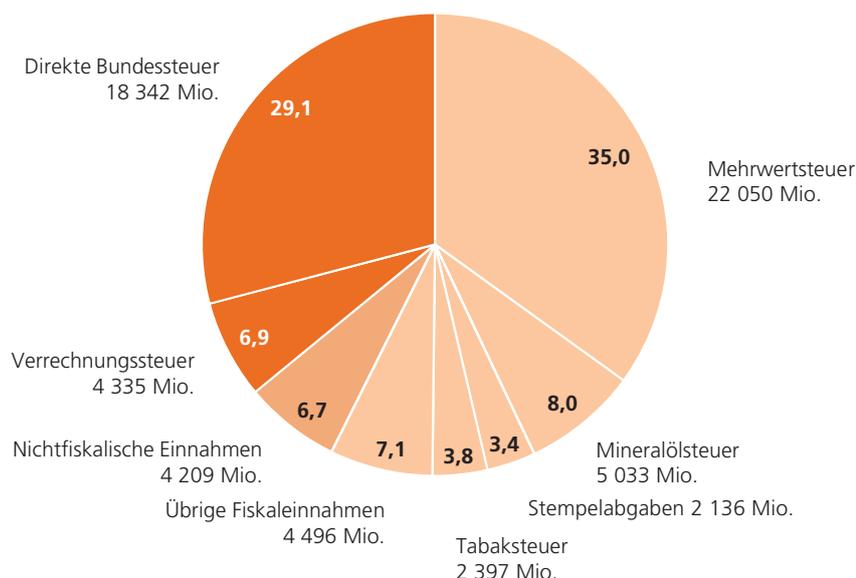
Der Ertrag aus der *Mineralölsteuer* (Anteil: 8 %) stagniert gegenüber dem Vorjahr praktisch, während der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer* (Anteil: 6,9 %) deutlich sank und dadurch sein Anteil an den Gesamteinnahmen ebenfalls um 0,7 Prozentpunkte rückläufig war. Die Entwicklung dieses Anteils ist grösstenteils durch den Abbruch zweier Aktienrückkaufprogramme bedingt; er führte sowohl bei den Eingängen wie bei den Rückerstattungs gesuchen zu einer Abnahme, wobei letztere die erste nicht ausgleicht. Die Mineralölsteuer, deren Anteil lediglich um 0,2 Prozentpunkte wuchs, wurde insbesondere durch die Revision des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (SR 641.71) beeinflusst.

Trotz einer Preiserhöhung bei den Zigaretten seitens der Tabakindustrie um 30 Rappen pro Paket stiegen die Einnahmen aus der *Tabaksteuer* (Anteil: 3,8%), ebenso ihr Anteil an den Gesamteinnahmen (+0,4 Prozentpunkte). Die Folgen des eher bescheidenen Nachfragerückgangs kompensierten die Auswirkungen der Preiserhöhung hinlänglich. Dagegen verzeichneten die *Stempelabgaben* (Anteil: 3,4%) einen relativ markanten Rückgang, was ihren Anteil an den Gesamteinnahmen um einen Prozentpunkt verringerte. Diese Entwicklung erklärt sich mit der per 1. März 2012 geltenden Abschaffung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital und durch den Rückgang des Ertrags aus der Umsatzabgabe.

Die übrigen Einnahmen sind im Einzelnen von untergeordneter Bedeutung, in der Summe dennoch gewichtig: *Übrige Fiskaleinnahmen* (7,1%), *nichtfiskalische Einnahmen* (6,7%). Das Gewicht der ersteren stagnierte praktisch, während letztere unter anderem wegen den sinkenden Gewinnausschüttungen der SNB eine Abnahme um 1,5 Prozentpunkte verzeichneten.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnahmenschätzung analysiert.

Einnahmen 2012 Anteile in %
Ordentliche Einnahmen



Die Erträge aus den beiden wichtigsten Steuern, der MWST und der direkten Bundessteuer, haben in ihrer Bedeutung erneut zugelegt und machen mit gut 64 Prozent beinahe zwei Drittel der Einnahmen des Bundes aus.

11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Direkte Bundessteuer	17 891	18 759	18 342	451	2,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	27,8	29,3	29,1		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	8 396	9 272	8 659	263	3,1
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 665	9 667	9 834	169	1,8
Pauschale Steueranrechnung	-170	-180	-152	18	10,9

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im Veranlagungs- und Bezugsverfahren: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung bzw. dem nachfolgenden Bezug der direkten Bundessteuer durch die Kantone vergehen meist ein bis zwei Jahre (vgl. Schema). Das Rechnungsjahr 2012 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2011. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 75 Prozent der Einnahmen aus der Steuerperiode im Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden und zu einem kleineren Teil aus frühzeitigem Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern, ratenweiser Vorausbezug). Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden Verteilungsannahmen getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

Im Rechnungsjahr 2012 belaufen sich die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer auf 18,3 Milliarden. Der Budgetwert wurde um 417 Millionen verfehlt. Dies entspricht einem negativen Prognosefehler von 2,2 Prozent. Überschätzt wurden insbesondere die Eingänge aus früheren Steuerperioden: Im Vergleich zum Voranschlag resultieren Mindereinnahmen von 472 Millionen (-13,6%). Auch die Einnahmen aufgrund der im Steuer- und Bemessungsjahr 2011 erzielten Einkommen und Gewinne blieben

um 265 Millionen (-1,9%) hinter den Erwartungen zurück. Hingegen wurden die vorzeitig fälligen Beträge wie schon in den Vorjahren unterschätzt (+292 Mio.). Die Bedeutung der bereits frühzeitig entrichteten Steuern hat in den letzten Jahren stark zugenommen, weil einige Kantone das Instrument der Vorauszahlungen eingesetzt haben. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit, ihre provisorische Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr in mehreren Raten zu begleichen.

Das System der Vorauszahlungen wurde bis anhin in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg und Jura eingeführt. Im Rechnungsjahr 2012 haben keine weiteren Kantone dieses Instrument eingesetzt, und so haben die so genannt vorzeitig fälligen Beträge im Vergleich zum Vorjahr nur moderat um 1 Prozent zugenommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass in Zukunft weitere Kantone ein solches System einführen. Gegenwärtig belaufen sich die vorzeitig fälligen Beträge auf 1,8 Milliarden oder rund 10 Prozent der gesamten Einnahmen aus der direkten Bundessteuer.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3,3 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (152 Mio.), gehen an die Kantone.

Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2010. Die Steuererklärung über die im Jahr 2011 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2012 (oder im Jahr 2013) ausgewertet.

12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Verrechnungssteuer	4 861	4 186	4 335	-526	-10,8
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,6	6,5	6,9		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 849	4 175	4 324	-526	-10,8
Steuerrückbehalt USA	11	11	11	0	-2,6

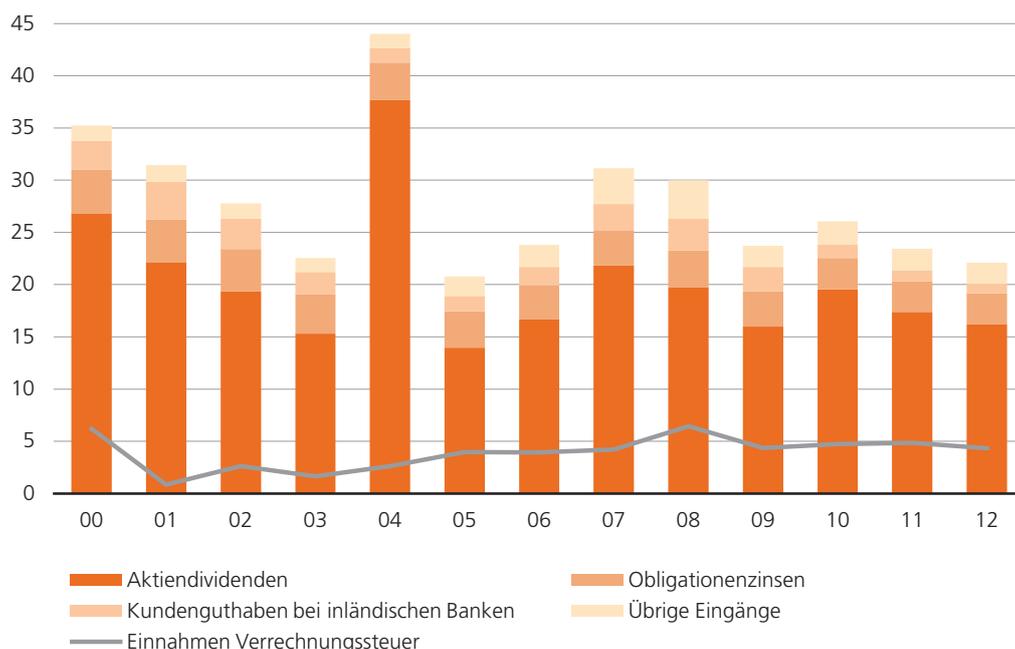
Nachdem der Ertrag der Verrechnungssteuer (Schweiz) in den zwei vorhergehenden Jahren ein sehr hohes Niveau erreicht hatte, ist er zurückgegangen und liegt näher bei den Trenderwartungen. Der Verrechnungssteuerertrag ergibt sich aus der Differenz zwischen den Einnahmen und den Rückerstattungen. Die Einnahmen, namentlich die Einnahmen aus Dividendenausschüttungen, sanken (-1,4 Mrd.) im Vergleich zu den Zahlungseingängen des Vorjahres. Auch die Rückerstattungsanträge nahmen ab (-0,8 Mrd.), in absoluten Zahlen ausgedrückt jedoch weniger stark. Demzufolge erreichte der Anteil der Rückerstattungen an den Gesamteinnahmen 80,4 gegenüber 79,3 Prozent im Vorjahr, was zu einem Rückgang des Verrechnungssteuerertrags auf 4,3 Milliarden führte. Dieses Ergebnis liegt jedoch leicht über dem budgetierten Wert, der zum ersten Mal mit Hilfe einer exponentiellen Glättungsmethode berechnet wurde. Den Kantonen fliesst ein Anteil von zehn Prozent am Steuerertrag zu.

Eingänge 2012

Die Eingänge betragen 2012 22,1 Milliarden, sanken gegenüber dem Vorjahr also um 1,4 Milliarden (-5,8%). Die *Aktiendividenden* machen den Löwenanteil der Eingänge aus (16,2 Mrd.). Betragsmässig verzeichnete diese Einnahmenkategorie gegenüber den Vorjahreswerten den stärksten Rückgang (-1,2 Mrd. oder -6,6%). Der Rückgang bei den Eingängen erklärt sich insbesondere mit der Sistierung zweier bedeutender Aktienrückkaufprogramme, dank denen 2011 fast 3,0 Milliarden eingenommen werden konnten.

Die Eingänge aus *Obligationen* (2,9 Mrd.) stagnierten nahezu, womit ein seit drei Jahren andauernder Rückgang ein Ende fand. Dank der Zunahme des Volumens der Obligationenanleihen konnten die Mindereinnahmen bei den Kassenobligationen und den Geldmarktpapieren kompensiert werden. Die Beträge,

Verrechnungssteuer in Mrd.
Einnahmen und Struktur der Eingänge



2012 setzten die Einnahmen ihren Rückgang fort, insbesondere die Eingänge aus Dividendenausschüttungen. Auch die Rückerstattungen waren rückläufig, jedoch weniger stark als die Eingänge. Die Einnahmen bei der Verrechnungssteuer, das heisst der Saldo zwischen Einnahmen und Rückerstattungen fiel deshalb im Vergleich zu 2011 tiefer aus.

die aus den *Kundenguthaben bei Banken* stammen, waren erneut deutlich rückläufig; sie sanken sogar unter die Milliardengrenze (-98 Mio., d.h. -9,0 %). Diese Entwicklung ist sich vor allem auf die anhaltend sinkenden Zinssätze zurückzuführen; davon betroffen war eine zunehmende Zahl von Depots, die in den Genuss der 2010 eingeführten Steuerfreigrenze von 200 Franken kamen. Auch die Einnahmen aus den *anderen Investitionen* sind wegen der rückläufigen Dividenden auf Anlagefondsanteilen und der rückläufigen Lotteriegewinne gesunken.

Rückerstattungen 2012

Rückerstattungsgesuche können mit einer mehr oder weniger grossen zeitlichen Verzögerung eingereicht werden, ein Teil davon frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Leistung steuerpflichtig wird, oder innerhalb einer Frist von maximal 3 Jahren. Die vorhandenen Statistiken lassen einzig eine Aufschlüsselung der Rückerstattungen nach Kategorien von Anspruchsberechtigten zu.

2012 beliefen sich die Rückerstattungen auf 17,8 Milliarden (siehe Tabelle); sie verzeichneten demnach gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 0,8 Milliarden (-4,5 %). Diese Entwicklung geht mit dem Rückgang der Eingänge aus Dividenden einher. Ursache dieses Rückgangs sind die *Rückerstattungen an juristische Personen mit Sitz in der Schweiz* (-1,8 Mrd. oder -17,9 %), bedingt durch die oben genannte Sistierung der Aktienrückkaufprogramme. Die Rückerstattungen an *im Ausland ansässige Personen* nahmen dagegen zu (+835 Mio. oder +23,7 %), ebenso wie diejenigen an *in der Schweiz ansässige natürliche Personen*, wenn auch weniger stark (+79 Mio. oder +1,5 %).

Im Total der Rückerstattungen sind gemäss Rechnungslegungsregeln zur zeitlichen Abgrenzung die Abgrenzungen am Jahresende in Höhe von 423 Millionen mitberücksichtigt; diese Abgrenzungen am Jahresende entsprechen den Anträgen um Steuerrückerstattung für das Jahr 2012, die bis zum 10.1.2013 eingereicht wurden oder mit Gewissheit erwartet werden können.

Budgetierungsmethode

Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer unterliegen jedes Jahr starken Schwankungen, und zwar wegen punktuellen, von Natur aus unvorhersehbaren Einflüssen, aber auch aufgrund der Besonderheiten dieser Steuer. Zunächst leitet sich der Ertrag dieser Steuer aus einer Differenz ab, nämlich dem Abzug der Rückerstattungen, die auf Anfrage erfolgen, von den höchst volatilen Eingängen. Vor allem wird die Entwicklung dieser Steuer aber jedes Jahr dadurch beeinflusst, wie weit die Verbuchung der Eingänge und die Einreichung der entsprechenden Rückerstattungsgesuche zeitlich auseinanderliegen. Nicht parallel verlaufende Variationen in der Entwicklung der Eingänge und der Rückerstattungen können zu grossen Schwankungen führen.

Angesichts der Unmöglichkeit, die zahlreichen Faktoren, welche die Volatilität der Steuer verursachen, in der Budgetprognose zu berücksichtigen, beruhte die Budgetierung der letzten Jahre auf einem langjährigen Durchschnittsbetrag. Die effektiven Einnahmen fielen jedoch in den vergangenen Jahren gegenüber dem Budget deutlich höher aus, und zwar nicht nur wegen der höchst unregelmässigen Entwicklung des Verrechnungssteuerertrags, sondern auch, weil die Schätzung aufgrund eines langjährigen Mittels eine allfällige Trendwende nach oben nur mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wiederzugeben vermag.

Deshalb wurde die Budgetierungsmethode für die Verrechnungssteuer im Rahmen der neuen Finanzplanung 2012-2015 überprüft. Angesichts des sich offenbar erhärtenden Aufwärtstrends und der zyklischen, aber auch zufallsbedingten Schwankungen hat sich eine Glättungsmethode, die einem Trend Rechnung tragen kann, als prognosetauglichstes Instrument erwiesen. Vor allem könnten die letzten Jahresergebnisse mit dieser Methode stärker berücksichtigt und gleichzeitig der Einfluss der sogenannten Ausreisser begrenzt werden.

Die neue Glättungsmethode, die das letzte bisher bekannte Jahresergebnis (Rechnung 2010) berücksichtigt, führte für den Voranschlag 2012 im Vergleich zu den bisherigen Erwartungen zu

Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio. CHF	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Eingänge	44 008	20 791	23 818	31 152	29 980	23 702	26 056	23 449	22 081
Veränderung in %	95,2	-52,8	14,6	30,8	-3,8	-20,9	9,9	-10,0	-5,8
Rückerstattungen	41 388	16 811	19 891	26 941	23 534	19 329	21 342	18 600	17 757
Veränderung in %	97,9	-59,4	18,3	35,4	-12,6	-17,9	10,4	-12,8	-4,5
Bund	9 751	10 051	13 713	19 690	16 140	11 249	12 211	9 809	8 052
Kantone	3 444	3 074	3 374	3 277	4 042	4 683	5 693	5 271	5 349
DBA	28 193	3 686	2 804	3 974	3 351	3 397	3 439	3 521	4 356
Verrechnungssteuer (Schweiz)	2 620	3 979	3 927	4 211	6 446	4 373	4 714	4 849	4 324
Veränderung in %	60,5	51,9	-1,3	7,2	53,1	-32,2	7,8	2,9	-10,8
Rückerstattungsquote in %	94,0	80,9	83,5	86,5	78,5	81,6	81,9	79,3	80,4

einer Korrektur der Einnahmen nach oben. Das Ergebnis 2012 wich deshalb, trotz Rückgang gegenüber den 2010 und 2011 verzeichneten hohen Beträgen, schlussendlich nur geringfügig vom budgetierten Betrag ab (+149 Mio.). Das Rechnungsjahr 2012 wurde somit wahrscheinlich von keinem Sonderfaktor stark beeinflusst, und die effektiven Einnahmen lagen nahe

am mittelfristen Trendwert. Anders ausgedrückt lagen sie nahe am strukturellen Einnahmenniveau, wie es mit der neuen Glättungsmethode ermittelt wird. In Zukunft sind jedoch angesichts der hohen Volatilität des Ertrags der Verrechnungssteuer bedeutende Abweichungen gegenüber dem Budget – und zwar sowohl grosse Überschüsse wie grosse Einbussen – zu erwarten.

13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Stempelabgaben	2 857	2 445	2 136	-721	-25,2
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,4	3,8	3,4		
Emissionsabgabe	874	260	353	-521	-59,6
Umsatzabgabe	1 312	1 510	1 107	-204	-15,6
Inländische Wertpapiere	192	260	162	-30	-15,4
Ausländische Wertpapiere	1 120	1 250	945	-175	-15,6
Prämienquittungsstempel	671	675	675	5	0,7

Der Ertrag aus den Stempelabgaben nahm 2012 infolge der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital und des erneuten Rückgangs des Ertrags der Umsatzabgabe stark ab. Der Voranschlag berücksichtigte Mindereinnahmen im Zuge der gesetzlichen Änderungen, welche die steuerpflichtigen Geschäfte betreffen; das Budget wurde jedoch nicht erreicht, weil die erwartete bescheidene Zunahme bei der Umsatzabgabe nicht eintrat.

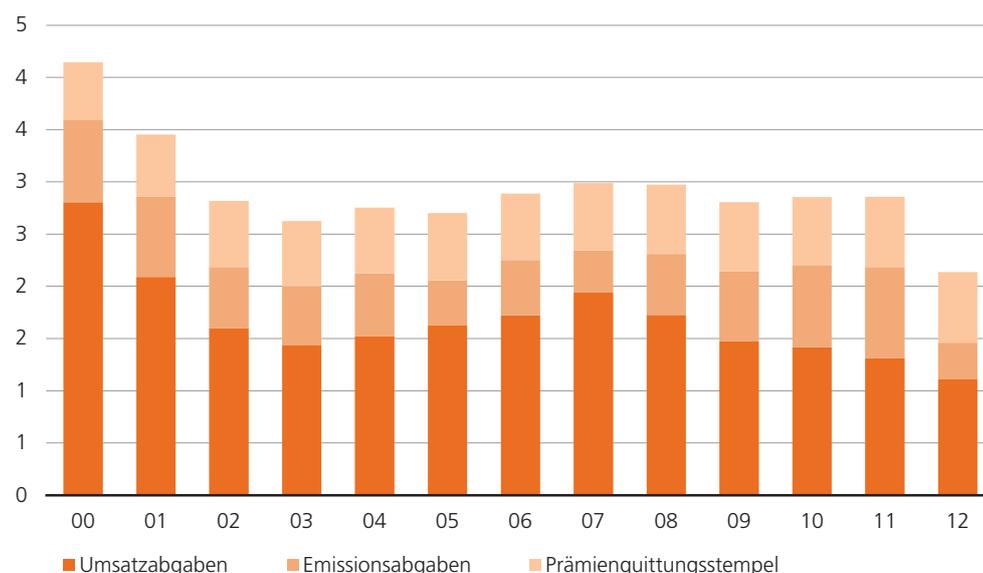
Emissionsabgabe

Der Ertrag aus der Emissionsabgabe verzeichneten einen starken Rückgang (-521 Mio.), der im Wesentlichen auf die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital zurückzuführen ist. Diese im Rahmen der neuen Grossbankenregelung «too big to fail»

getroffene Massnahme trat per 1. März 2012 in Kraft; sie verursachte einen Einnahmenrückgang in Höhe von 444 Millionen. Hinzu kam ein Rückgang der Erträge aus der Emissionsabgabe auf Eigenkapital (-77 Mio.).

- Die *Emissionsabgabe auf Fremdkapital* (Emission von Obligationenanleihen, Kassenobligationen und Geldmarktpapiere) brachte vor ihrer Abschaffung im Budget 2012 noch 151 Millionen ein, gegenüber einem Rekordbetrag von 596 Millionen in allen vorherigen Jahren. In der Budgetschätzung waren in diesem Bereich gar keine Einnahmen vorgesehen, denn sie ging von der Annahme aus, dass die verabschiedete Steuerbefreiung früher in Kraft treten würde.

Stempelabgaben in Mrd.



Die Entwicklung bei den Stempelabgaben ist von den Umsatzabgaben geprägt. Nach dem Rekordbetrag im Jahr 2000 brachen die Einnahmen in diesem Bereich unter dem Einfluss der gesunkenen Erwartungen der Börsenmärkte ein. Von 2004 bis 2007 zeichnete sich eine Erholung ab, doch nach Ausbruch der Finanzkrise im 2007 kam es erneut zu einer Trendwende. 2012 sank der Gesamtertrag zudem als Folge der Aufhebung der Emissionsabgabe auf Fremdkapital.

- Der Ertrag der *Emissionsabgabe auf der Schaffung von Eigenkapital* (Beteiligungsrechte) nahm ebenfalls deutlich ab, nachdem er in den letzten vier Jahren relativ hoch ausgefallen war. Er erreichte lediglich 202 Millionen statt 279 Millionen wie im Vorjahr. Diese Emissionsabgabe ist eine sehr volatile Einkommensquelle, denn ihr Ertrag entwickelt sich je nach Anzahl neu gegründeter Unternehmen und Refinanzierungsbedarf der bestehenden Unternehmen, insbesondere im Bankenbereich.

Die Erträge aus der Emissionsabgabe lagen insgesamt 93 Millionen über dem veranschlagten Wert, da die erzielten, aber nicht budgetierten Einnahmen der Emissionsabgabe auf Fremdkapital das schwache Ergebnis der Emissionsabgabe auf Eigenkapital (-58 Mio.) bei weitem ausglich.

Umsatzabgabe

Der Ertrag aus der Umsatzabgabe sank zum fünften Jahr in Folge. Der relative Ertragsrückgang bei den in- und ausländischen Papieren fiel im Vorjahresvergleich praktisch gleich hoch aus.

Entgegen den Erwartungen bei der Budgetvorbereitung verzeichneten die Aktienmärkte in der zweiten Jahreshälfte 2011 eine Baisse, gefolgt von einer schrittweisen Erholung im 2012, allerdings mit einem leichten Einbruch im Frühjahr. Bis im Sommer war auf Grund der Verunsicherung im Zusammenhang mit der Schuldenkrise im Euroraum kein klarer Trend ersichtlich; danach versetzten die eintrübenden Aussichten der Weltwirtschaft der Börsentätigkeit einen Dämpfer. In diesem zudem von der wachsenden Attraktivität der steuerbefreiten Produkte geprägten Umfeld führte ein erneuter Rückgang des Volumens der steuerpflichtigen Geschäfte zu einer Reduktion der Einnahmen, welche deutlich unter dem veranschlagten Betrag zu liegen kamen (-403 Mio.).

Prämienquittungsstempel

Der steigende Trend beim Prämienquittungsstempel verlängerte sich, so dass dessen Ertzträge erneut eine leichte Zunahme verzeichneten und den veranschlagten Betrag erreichten. Die Anlagen in Form von Lebensversicherungen mit Einmaleinlagen wuchsen gegenüber dem Rechnungsjahr 2011 um 6,0 Prozent.

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Mehrwertsteuer	21 642	22 550	22 050	408	1,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	33,7	35,2	35,0		
Allgemeine Bundesmittel	16 837	17 350	16 985	148	0,9
Zweckgebundene Mittel	4 805	5 200	5 065	260	5,4
Krankenversicherung 5%	889	920	896	8	0,9
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 269	2 340	2 288	20	0,9
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	465	480	469	4	0,9
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	863	1 130	1 103	239	27,7
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	320	330	309	-11	-3,4

Die Mehrwertsteuereinnahmen liegen mit 22,1 Milliarden um 408 Millionen oder 1,9 Prozent höher als in der Vorjahresrechnung. Die Entwicklung der Mehrwertsteuereinnahmen wurde einerseits durch die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zu Gunsten der IV im Jahr 2011 und andererseits aufgrund der Spätfolgen der im Jahr 2010 in Kraft getretenen Mehrwertsteuerreform beeinflusst (vgl. Band 1 Ziff. 62/4). Bereinigt um diese Sonderfaktoren beträgt das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr rund 0,9 Prozent und liegt damit leicht unter dem nominalen BIP-Wachstum (1,1%).

Das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen ist grundsätzlich eng mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Aus diesem Grund werden auch die Prognosen für das nominale BIP als Grundlage für die Schätzung der Mehrwertsteuereinnahmen verwendet. Allerdings werden die Einnahmen der

Mehrwertsteuer nie perfekt dem Wirtschaftswachstum folgen. Dies deshalb, weil die inländische Wertschöpfung – also die Steuerbasis der Mehrwertsteuer – durch das BIP nur unvollständig abgebildet wird. Zudem entspricht die besteuerte Zeitperiode nicht genau dem Kalenderjahr. Die Steuer wird in der Regel 60 Tage nach einer abgelaufenen Abrechnungsperiode fällig. Die Einnahmen eines Kalenderjahres entstammen deshalb zum grössten Teil aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres sowie aus dem letzten Quartal des vorangehenden Jahres und nicht – wie das jährliche BIP – alleine aus dem Rechnungsjahr. Dies lässt sich exemplarisch mit dem Rechnungsergebnis 2012 veranschaulichen: Vergleicht man das nominale BIP für den Zeitraum vom 4. Quartal 2011 bis zum 3. Quartal 2012 mit jenem der entsprechenden Vorjahresperiode, so liegt die Wachstumsrate mit rund 0,9 Prozent gleich hoch wie die um Sonderfaktoren bereinigte Zuwachsrates der Mehrwertsteuereinnahmen.

15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Mineralölsteuern	5 020	5 090	5 033	13	0,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,8	7,9	8,0		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 995	3 040	3 005	10	0,3
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 006	2 030	2 007	2	0,1
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	19	20	20	1	4,3

Mit einem Plus von 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr fallen die Einnahmen bei der Mineralölsteuer eher moderat aus. Angesichts des positiven Wirtschaftswachstums und des neuen Höchststandes an verkauften Neuwagen konnte ein stärkerer Zuwachs erwartet werden. Die neue CO₂-Gesetzgebung dürfte bereits dämpfend gewirkt haben.

Die wichtigsten Einflussfaktoren für den Ertrag aus den Mineralölsteuern sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer, der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer und die Wirtschaftsentwicklung. Unklar ist der Einfluss des Franken/Eurokurses im Rechnungsjahr 2012.

- 2012 waren 5,6 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat im Rechnungsjahr um 2,3 Prozent zugenommen. 2012 wurden insgesamt 431 000 Neuwagen (+2,4%) verkauft. Damit wurde zum zweiten Mal in Folge ein neuer Rekord erreicht.
- Mit dem Fahrzeugbestand nimmt generell auch die Anzahl der zurückgelegten Kilometer zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.

- Der durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge ist meist geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Auch über den ganzen Fahrzeugpark gesehen, sinkt der durchschnittliche Treibstoffverbrauch seit längerem kontinuierlich. Er betrug im Jahr 2011 noch 6,39 l/100 km (bei CO₂-Emissionen von im Mittel auf 155 g/km). In den kommenden Jahren wird der Einfluss des sinkenden durchschnittlichen Verbrauchs auf die Einnahmen aus der Mineralölsteuer zunehmen. Mit der seit dem 1.7.2012 wirksamen Änderung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (SR 641.71) orientieren sich die CO₂-Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen an den EU-Vorschriften. Bis 2015 sind diese auf 130 g/km zu senken. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer dürften damit mittelfristig leicht rückläufig sein.
- Zur Entwicklung der Einnahmen aus dem Tanktourismus im Rechnungsjahr 2012 gibt es keine klaren Indizien. Der Rückgang der Einnahmen im Jahr 2011 dürfte grösstenteils auf den starken Frankenkurs respektive die daraus resultierenden Mindereinnahmen beim Tanktourismus zurückzuführen sein. Der seit September 2011 geltende Franken/Euro-Mindestkurs wirkt dieser Entwicklung entgegen. Die leichte Zunahme der Einnahmen im 2012 von 0,3 Prozent lässt darauf schliessen, dass der Tanktourismus die Einnahmenentwicklung nicht wesentlich geprägt hat, mit der Ausnahme des Kantons Tessin, wo 2012 aufgrund der Mineralölsteuererhöhung in Italien ein regelrechter Boom an Tanktourismus aus Norditalien ausgelöst wurde.

16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut %	
Schwerverkehrsabgabe	1 555	1 600	1 529	-26	-1,6
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,5	2,4		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	805	752	711	-93	-11,6
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	206	283	283	77	37,6
Kantonsanteile	505	518	497	-8	-1,6
Übrige	39	47	37	-2	-4,2

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) liegen um 26 Millionen oder 1,6 Prozent deutlich unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang ist bei den ausländischen Fahrzeugen (-3,3 %) ausgeprägter als bei den inländischen Fahrzeugen (-1,0 %). Zu dieser Entwicklung haben folgende Faktoren beigetragen:

- Die Verkehrsleistung, die der Abgabe unterliegt (gemessen in Bruttotonnenkilometern), hat um 0,7 Prozent abgenommen. Der Rückgang ist nicht nur bei ausländischen Fahrzeugen, sondern – trotz wachsender Wirtschaft – auch bei inländischen Fahrzeugen festzustellen. Da sich die LSVA unabhängig von der Ladung nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeugs bemisst, bedeutet die Abnahme der Verkehrsleistung nicht unbedingt, dass die transportierte Menge im gleichen Ausmass zurückgegangen ist.
- Weitere Mindereinnahmen von rund 20 Millionen ergeben sich aus der Umstellung des Fahrzeugparks hin zu weniger umweltbelastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen. Im Jahresdurchschnitt 2012 ist der Anteil der stärker belasteten Fahrzeuge (EURO 0 bis 3) am Total der LSVA-Bruttotonnenkilometer auf 21 Prozent gesunken (2011: 29 %, 2010: 37 %). Der Anteil der häufigsten Klasse, der EURO 5-Fahrzeuge, ist von 61 auf 69 Prozent angestiegen.
- Nur in geringem Ausmass einnahmenmindernd wirkt die seit 1.1.2012 geltende Ermässigung von 10 Prozent für die mit Partikelfilter nachgerüsteten Fahrzeuge der Emissionsklassen EURO 2 und 3. Seit der Einführung des Rabatts wurden sehr wenig Fahrzeuge angemeldet.
- Am 1.7.2012 wurde eine weitere Ermässigung von 10 Prozent für Fahrzeuge der Schadstoffklasse EURO 6 eingeführt. In der kurzen Zeit seit der Einführung fielen erwartungsgemäss nur geringe Mindereinnahmen an, da der Anteil der Tonnenkilometer lediglich 0,8 Prozent erreichte. Der Rabatt soll bis zu demjenigen Zeitpunkt gelten, ab welchem nur noch EURO 6 Fahrzeuge gekauft und in Verkehr gesetzt werden können, was Ende 2014 der Fall sein wird. Das Rabattsystem dieser Fahrzeuge muss dann neu beurteilt werden.
- Den Mindereinnahmen stehen Mehreinnahmen von rund 8 Millionen aus der am 1.7.2012 vorgenommenen Anpassung des LSVA-Tarifs an die Teuerung gegenüber. Die Berücksichtigung der Teuerung ist nach Artikel 42 des Landverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der EU alle zwei Jahre vorgesehen. Die Tarifierpassung betrug 0,97 Prozent. Der Wert beruht auf der Entwicklung der Konsumentenpreise in der Schweiz von April 2009 bis März 2011.
- Keine Auswirkungen auf die Einnahmen 2012 hatte das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.10.2012 betreffend die Einsprachen gegen die auf den 1.1.2009 vorgenommene Abklassierung der EURO 3-Fahrzeuge in eine teurere Abgabekategorie. Der Bund hat das Urteil an das Bundesgericht weitergezogen. Die Verpflichtungen, die sich daraus ergeben können, werden unter den Eventualverbindlichkeiten für Rechtsfälle aufgeführt (vgl. Band 1, Ziff. 63/1).

Gegenüber dem Voranschlag sind die Einnahmen aus der LSVA um 4,4 Prozent tiefer ausgefallen als erwartet. Zum einen beruhte der Voranschlag auf einer Schätzung für das Jahr 2011, die sich im Nachhinein als zu hoch herausstellte. Zum anderen ist die Verkehrsleistung nicht wie erwartet im Einklang mit der zugrundeliegenden Wirtschaftsentwicklung angestiegen, sondern um etwa 1 Prozent zurückgegangen.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Der Bundesanteil floss bis 2010 vollständig in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte. Seit 2011 verbleibt ein Teil davon im allgemeinen Haushalt. Diese Mittel werden (nach Art. 85 Abs. 2 BV) zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten verwendet und den für den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung bestimmten Mitteln zugewiesen. Dies schafft Spielraum, um im ordentlichen Budget die finanziellen Mittel für den Substanzerhalt und Betrieb der Bahninfrastruktur zu erhöhen.

17 Qualität der Einnamenschätzungen

Die neuen Schätzmethoden bei der Verrechnungssteuer und den nichtfiskalischen Einnahmen scheinen mit Blick auf das Rechnungsergebnis 2012 erste Erfolge zu zeitigen: Im Vergleich zu früheren Jahren konnten die Prognosefehler deutlich reduziert werden. Trotz Verbesserungen dürfte bei der geringen Budgetabweichung der Verrechnungssteuer aber auch der Zufall eine Rolle spielen. Insgesamt hat sich der absolute Prognosefehler (Durchschnitt über 10 Jahre) gegenüber dem Vorjahr von 4,8 auf 4,3 Prozent verringert.

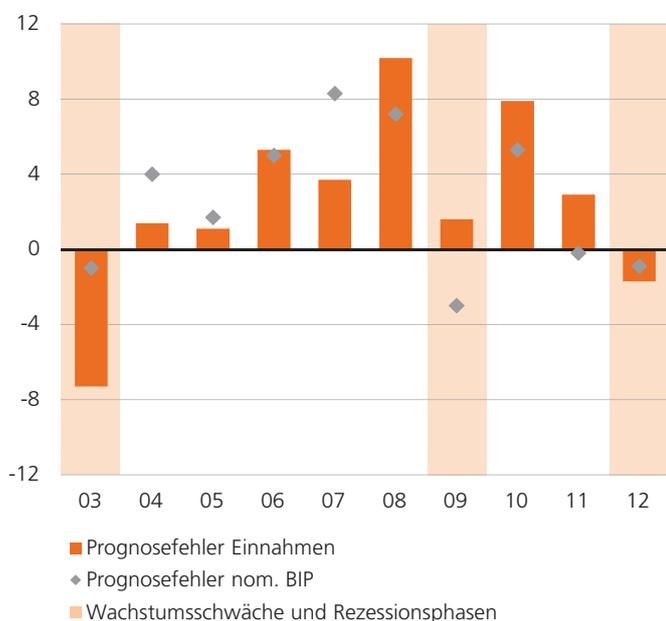
Prognosefehler im zeitlichen Verlauf

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Fehler bei der Prognose der ordentlichen Einnahmen des Bundes im Verlauf der letzten Dekade. Die Prognosefehler sind in Prozent des Voranschlagswertes ausgedrückt, um einen Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Ein positiver Prognosefehler bedeutet, dass die Einnahmen unterschätzt worden sind bzw. dass die effektiven Einnahmen den Budgetwert übertroffen haben. Ein negativer

Prognosefehler signalisiert eine Überschätzung der Einnahmen. Im Jahr 2003 ereignete sich im betrachteten Zeitraum mit einem negativen Prognosefehler von 7,3 Prozent die grösste Überschätzung der ordentlichen Einnahmen. Hingegen wurden die Einnahmen im Jahr 2008 mit einem positiven Prognosefehler von 10,2 Prozent am stärksten unterschätzt.

Die starken Schwankungen der Prognosefehler sind nicht zuletzt Ausdruck der zahlreichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welchen die Schätzungen der ordentlichen Einnahmen des Bundes unterliegen. So müssen neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes auch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, deren finanziellen Auswirkungen oftmals nur schwer voraussehbar sind. Die Einnamenschätzungen werden durch den relativ langen Prognosehorizont von bis zu 20 Monaten bis zum Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres zusätzlich erschwert.

Prognosefehler der ordentlichen Einnahmen in %
der Einnahmen resp. des nom. BIP gemäss VA



Die Prognosefehler der Einnahmen weisen ein konjunkturelles Muster auf: In einer Wachstumsschwäche oder Rezession (rot hinterlegt) sind sie negativ (2003, 2012) oder – so im Jahr 2009 – deutlich geringer als in den Jahren des Aufschwungs davor und danach. In konjunkturell günstigeren Zeiten hingegen sind die Prognosefehler im betrachteten Zeitraum fast durchwegs positiv.

Anpassungen der Schätzmethode

Die Qualität der Einnamenschätzungen wird mit jedem Rechnungsergebnis neu evaluiert. Dabei steht sowohl die Schätzqualität der Gesamteinnahmen wie auch jene der einzelnen Einnahmenkategorien im Fokus. Es wird besonders Wert darauf gelegt, dass die Einnahmen des Bundes weder systematisch über- noch unterschätzt werden. Mit dem Voranschlag 2012 wurden wichtige Anpassungen bei den Schätzmethoden vorgenommen. Bei den Fiskaleinnahmen betraf dies in erster Linie die Verrechnungssteuer. Anstelle eines langjährigen Durchschnittswertes wird der Ertrag dieser Steuer neu mit einer exponentiellen Glättungsmethode veranschlagt. Diese Methode berücksichtigt stärker die jüngste Entwicklung der Zeitreihe und vermag auch die Trendentwicklung der Einnahmen besser nachzubilden. Ebenfalls optimiert wurde die Schätzung der nicht-fiskalischen Einnahmen, die in der Vergangenheit systematisch unterschätzt wurden. Neu sind die Verwaltungseinheiten angehalten, im Budget den Durchschnittswert der letzten vier Rechnungsjahre einzustellen.

Prognosefehler nach Einnahmenart

Um die Qualität der Einnamenschätzung über einen längeren Zeitraum zu untersuchen, eignet sich der *durchschnittliche absolute Prognosefehler* als einfaches Mass. In den letzten zehn Jahren beträgt dieser für die ordentlichen Einnahmen des Bundes 4,3 Prozent. Somit werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 4,3 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen Einnahmenkategorien. Von den grossen Fiskaleinnahmen waren in den vergangenen zehn Jahren die Schätzungen der *Mineralölsteuereinnahmen* am genauesten: Hier wurden die Einnahmen durchschnittlich nur um 1,6 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Dicht dahinter folgen die Schätzungen der *Mehrwertsteuereinnahmen* mit einem durchschnittlichen absoluten Prognosefehler von 1,8 Prozent. Während die Genauigkeit der Einnamenschätzungen der *direkten Bundessteuer* (3,9%) im Vergleich zu den Gesamteinnahmen etwas besser ausfällt, sind bei den *Stempelabgaben* und insbesondere bei der *Verrechnungssteuer* deutliche Ausreisser zu beobachten: Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler betragen bei diesen Einnahmen 9,0 Prozent bzw. 41,5 Prozent. Sie widerspiegeln die starke Volatilität dieser Einnahmen.

Konjunkturelles Muster der Prognosefehler

Die orange hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Wachstumsschwäche oder Rezession befand, also in Phasen, in denen sich die Schweiz in einer gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung befand und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts unter ihrem langfristigen Potenzial – oder im Fall der Rezession sogar im negativen Bereich – lag. Mit dieser Darstellung lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Bundeseinnahmen während eines wirtschaftlichen Abschwungs tendenziell überschätzt (negativer Prognosefehler) und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen. Dies war auch in den vergangenen zehn Jahren annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den ordentlichen Einnahmen auf rund 14,6 Milliarden. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten ordentlichen Einnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode (rund 575 Mrd.), einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 2,5 Prozent. Mit anderen Worten wurden die ordentlichen Einnahmen seit 2003 durchschnittlich um 2,5 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, d.h. die Einnahmen wurden nicht systematisch über- oder unterschätzt.

Abhängigkeit von Wirtschaftsprognosen

In der Grafik sind ebenfalls die Fehler bei der Prognose des nominalen Bruttoinlandsproduktes eingetragen (graue Quadrate). Diese berechnen sich als prozentuale Differenz zwischen dem zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten nominalen Bruttoinlandsprodukt (Niveau in Mrd.) und dem tatsächlich realisierten nominalen Bruttoinlandsprodukt gemäss der vorläufigen Schätzung des Seco (2012) bzw. der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik. Hier zeigt sich, wie stark die Güte der Einnamenschätzungen von den Wirtschaftsprognosen abhängt. Dies lässt sich auch statistisch mit einem Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Reihen von 0,74 erfassen. Das davon abgeleitete Bestimmtheitsmass (Quadrat des Koeffizienten) zeigt, dass in der vergangenen Dekade rund die Hälfte der Streuung der Einnamenschätzfehler in Zusammenhang mit Schätzfehlern bei den Wirtschaftsprognosen steht.

Die ordentlichen Ausgaben des Bundes im Jahr 2012 betragen 61,7 Milliarden, 600 Millionen weniger als im Vorjahr. Auch bereinigt um Sondereffekte (Massnahmenpaket Frankenstärke, SIFEM, IV-Zusatzfinanzierung) bleibt das Ausgabenwachstum dank dem Rückgang der Ausgaben für Passivzinsen und Schuldenverwaltung moderat (+0,7 %).

Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Ordentliche Ausgaben	62 333	64 131	61 736	-597	-1,0
Δ in % Vorjahr	5,2	2,9	-1,0		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 490	2 599	2 501	11	0,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	950	1 043	961	11	1,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 799	3 181	2 979	181	6,5
Landesverteidigung	4 533	4 653	4 428	-106	-2,3
Bildung und Forschung	6 509	6 681	6 664	156	2,4
Kultur und Freizeit	429	476	450	20	4,8
Gesundheit	210	217	212	1	0,7
Soziale Wohlfahrt	20 557	21 005	20 668	111	0,5
Verkehr	8 062	8 467	8 130	68	0,8
Umweltschutz und Raumordnung	1 127	1 172	1 107	-20	-1,8
Landwirtschaft und Ernährung	3 663	3 728	3 711	48	1,3
Wirtschaft	632	563	544	-88	-13,9
Finanzen und Steuern	9 954	10 345	9 380	-574	-5,8

Hinweis: Rechnung 2011 bei «Beziehungen zum Ausland» bereinigt um den einmaligen Sondereffekt SIFEM (vgl. Box Band 1, Ziff. 32).

Die Gesamtausgaben des Bundes nahmen gegenüber dem Vorjahr um knapp 600 Millionen ab (-1,0%). In der Rechnung 2011 waren allerdings einmalige Ausgaben für das Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke (834 Mio.) und für die Kapitalisierung der SIFEM AG (416 Mio.) enthalten, die das Gesamtbild verzerren. Demgegenüber war im Jahr 2011 noch nicht die gesamte IV-Zusatzfinanzierung enthalten (nur 3/4 des MWST-Zuschlags), während 2012 der gesamte Zuschlag an die IV überwiesen wurde. Das um diese Faktoren bereinigte Ausgabenwachstum beträgt 0,7 Prozent. Dass es so moderat ausfällt, ist vor allem auf den starken Rückgang der Ausgaben für die Passivzinsen und die Schuldenverwaltung zurückzuführen (-702 Mio.; -27%). Das tiefe Zinsniveau führte zu einem aussergewöhnlich hohen Agio; dieses wird mit den Ausgaben für Passivzinsen verrechnet.

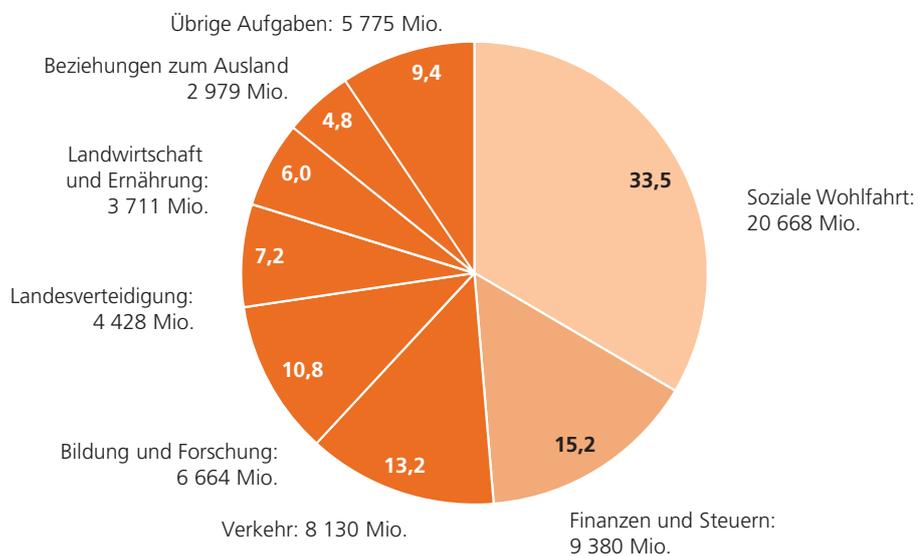
In der Mehrzahl der Aufgabengebiete lagen die Ausgaben höher als in der Rechnung 2011. In absoluten Zahlen wuchsen die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland, für Bildung und Forschung sowie für die soziale Wohlfahrt (Migration, Beiträge an Sozialversicherungen) am stärksten, wobei der Wegfall des Massnahmenpakets zur Abfederung der Frankenstärke den Zuwachs

in den beiden letztgenannten Aufgabengebieten abschwächte. Demgegenüber verzeichneten die Ausgaben für Finanzen und Steuern erneut einen starken Rückgang (tiefes Zinsniveau, Agios). Ferner waren auch die Ausgaben für die Landesverteidigung (Minderbedarf beim Rüstungsmaterial), für die Wirtschaft (Ausgabenspitze 2011 aufgrund des Massnahmenpakets Frankenstärke) sowie für die Umwelt und Raumordnung (tiefere Rückerstattungen von Lenkungsabgaben) rückläufig.

Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Die Struktur der ordentlichen Ausgaben des Bundes ist über die Zeit gesehen relativ stabil. Dennoch lassen sich gewisse Trends erkennen. Die schnell wachsenden Aufgabengebiete Bildung und Forschung, Beziehungen zum Ausland (Entwicklungszusammenarbeit) sowie die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt (Beiträge an Sozialversicherungen, Migration) nehmen einen steigenden Anteil am Haushalt in Anspruch (je +0,3 %-Pkte.). Demgegenüber ging der Anteil für Finanzen und Steuern vor allem dank sinkenden Zinsausgaben wie in den vergangenen Jahren zurück (-0,9 %-Pkte.). Die Anteile der anderen Aufgabengebiete veränderten sich um 0,1 Prozentpunkt oder weniger.

Ausgaben nach Aufgabengebieten 2012 Anteile in %
Ordentliche Ausgaben



Jene zwei Aufgabengebiete, in denen kurzfristig am wenigsten Spielraum besteht – soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern – binden knapp die Hälfte der Ausgaben des Bundes.

21 Soziale Wohlfahrt

Ein Drittel der gesamten Bundesausgaben entfällt auf die Soziale Wohlfahrt. Die Hälfte davon, gut 10 Milliarden, fließt in die Altersversicherung. 2012 sind die Ausgaben nur moderat gestiegen, vor allem weil die Renten in der AHV und IV unverändert blieben (sie wurden erst auf Anfang 2013 an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst). Ohne Sondereffekte betrug das Wachstum 1,8 Prozent.

Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Soziale Wohlfahrt	20 557	21 005	20 668	111	0,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,0	32,8	33,5		
Altersversicherung	10 184	10 452	10 339	155	1,5
Invalidenversicherung	4 671	4 951	4 821	150	3,2
Krankenversicherung	2 150	2 263	2 186	36	1,7
Ergänzungsleistungen	1 305	1 402	1 366	61	4,7
Militärversicherung	221	230	213	-8	-3,7
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	941	459	456	-485	-51,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	84	93	80	-4	-4,8
Migration	937	1 084	1 145	208	22,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	64	71	61	-3	-4,5

Im Jahr 2012 sind die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt um 0,5 Prozent gestiegen – deutlich weniger stark als im Rechnungsjahr 2011 (+11,4 %). Damals war in den Daten allerdings das Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke enthalten (vgl. Ausführungen zur ALV weiter unten). Ohne diese einmalige Verzerrung und ohne den Einnahmensprung beim MWST-Anteil der IV (vgl. Ausführungen zur IV) hätte sich ein Plus von 1,8 Prozent ergeben. Entlastend wirkte zudem der Umstand, dass 2012 bei AHV und IV keine Rentenerhöhung fällig war.

AHV, IV und EL

Knapp die Hälfte der Bundesausgaben für die Soziale Wohlfahrt wird für die *Altersversicherung* aufgewendet. Erstens zahlt der Bund 19,55 Prozent der Ausgaben der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV); 2012 erhöhten sich diese im Einklang mit der demografischen Entwicklung um 2,1 Prozent. Zweitens überweist der Bund 83 Prozent der Erträge aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV. Dieser Betrag nahm 2012 nur um 14 Millionen auf 2,26 Milliarden (+0,6 %) zu. Drittens erhält die AHV die Erträge aus der Spielbankenabgabe des Vorjahres; diese waren um 33 Millionen rückläufig. Ferner erhöhte sich der Eigenaufwand des Bundes wegen der Einsetzung der Oberaufsichtskommission BVG (+4 Mio.) sowie wegen eines höheren Bedarfs an Informatik-Personal in der Zentralen Ausgleichskasse ZAS (+15 Mio. inkl. IV).

Bei der *Invalidenversicherung* (IV) beträgt der Bundesbeitrag 37,7 Prozent der IV-Gesamtausgaben. Im Rahmen der IV-Zusatzfinanzierung (2011–2017) übernimmt der Bund zudem die IV-Schuldzinsen, und die Versicherung erhält die Erträge aus der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent.

2012 war der Bundesbeitrag als Folge der Sporbemühungen bei der IV um 2,5 Prozent rückläufig (-90 Mio.). Gleichzeitig betrug der Sonderbeitrag an die IV-Zinsen unverändert 186 Millionen. Der Ertrag aus der befristeten Mehrwertsteuererhöhung wuchs um 27 Prozent auf 1,1 Milliarden. Diese Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass die Mehrwertsteuer-Abrechnungen um rund ein Vierteljahr verzögert erfolgen; 2012 fielen somit erstmals die Erträge eines vollen Rechnungsjahres an.

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) trägt der Bund 5/8 des Betrags, der für die Existenzsicherung aufgewendet wird (jährliche EL). Der Rest sowie die EL für Krankheits- und Behinderungskosten werden von den Kantonen übernommen. Die Bundesbeiträge teilen sich je etwa zur Hälfte auf EL zur AHV sowie EL zur IV auf. Im Rechnungsjahr erhöhten sie sich insgesamt um 4,7 Prozent. Der kräftige Zuwachs erklärt sich durch eine Steigerung der Bezügerzahlen sowie höhere durchschnittlich ausbezahlte Beträge. Zudem schlug sich die seit 2011 gültige Neuordnung der Pflegefinanzierung (u.a. Erhöhung des Vermögensfreibetrags) erst 2012 voll im Bundesbeitrag an die EL nieder.

Um die gesetzlich festgelegten Beiträge an AHV, IV und EL zu finanzieren, stehen dem Bund die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung sowie 17 Prozent des Mehrwertsteuerprozents zu Gunsten der AHV zur Verfügung. Infolge der höheren Tabaksteuer stiegen deren Erträge um 189 Millionen (+8,6 %). Dagegen verharrten der Reingewinn der Alkoholverwaltung sowie der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent etwa auf dem Vorjahresniveau. Mit diesen Einnahmen konnten 24,7 (im Vorjahr 23,5) Prozent der Bundesbeiträge für AHV, IV und EL (einschliesslich IV-Zinsen) gedeckt werden.

Kranken- und Militärversicherung

Die Ausgaben des Bundes für die *Krankenversicherung* fallen vor allem für die individuelle Prämienverbilligung an. Sie legten 2012 um rund 36 Millionen oder 1,7 Prozent gegenüber der Rechnung 2011 zu. Dieses eher tiefe Wachstum ist auf den unterdurchschnittlichen Anstieg der Gesundheitskosten zurückzuführen. Der Beitrag des Bundes beläuft sich gemäss Artikel 66 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes auf 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteile) werden zu diesem Zweck verwendet, was im Jahr 2012 rund 896 Millionen ausmachte. Zudem trugen die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit rund 283 Millionen zur Finanzierung der Prämienverbilligung bei. Damit sind etwa 55 Prozent der Bundesausgaben für die Prämienverbilligung durch zweckgebundene Erträge gedeckt.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. Die Ausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um etwa 8 Millionen oder 3,7 Prozent ab. In diesen Zahlen sind allerdings keine zeitlichen Abgrenzungen berücksichtigt. Bei einer periodengerechten Darstellung betrug der Aufwand für 2012 etwa 216 Millionen. Dies liegt rund 2 Millionen unter dem periodengerechten Aufwand für 2011. Diese Entwicklung ist vor allem auf den kontinuierlichen Rückgang des Rentenbestands zurückzuführen.

ALV und sozialer Wohnungsbau

Bei der *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* nehmen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahresbudget um rund 485 Millionen (-51,5%) ab. Dies ist in erster Linie auf den ausserordentlichen Beitrag von 500 Millionen zurückzuführen, welcher der ALV 2011 im Rahmen der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke gewährt wurde. Hingegen zogen die Erhöhung der beitragspflichtigen Lohnsumme sowie das Inkrafttreten der 4. AVIG-Revision per 1. April 2011 (die erst 2012 wirksam wurde) eine Zunahme des ordentlichen Bundesbeitrags an die ALV um 16 Millionen nach sich; der Bundesbeitrag beträgt nun 0,159 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme.

Die grössten Anteile der Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* entfielen 2012 auf die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (81 %) sowie die Darlehen zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (8 %). Die Ausgaben für diese Aufgabe nahmen um rund 4 Millionen oder etwa 4,8 Prozent gegenüber 2011 ab. Dieser Rückgang ist insbesondere den sukzessive auslaufenden Zusatzverbilligungen von Mietzinsen zuzuschreiben, welche gegenüber der Rechnung 2011 um rund 5 Millionen zurückgingen.

Migration

Die Ausgaben für die *Migration* sind im Rechnungsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um knapp 208 Millionen (+ 22 %) gestiegen. Der Hauptgrund dafür waren die um 27 Prozent höheren Asylgesuche, die mit 28 631 Personen den höchsten Stand seit Jahren erreichten. Haupt-Herkunftsländer waren Eritrea, Nigeria, Tunesien und Serbien. Der starke Anstieg der Asylgesuche hat zu einem bedeutend höheren Aufwand für die Sozialhilfe und die Betreuung von Asylsuchenden sowie zu höheren Beiträgen an die Verwaltungskosten der Kantone geführt. Auch der Betriebsaufwand für die Verwaltungs- und Verfahrenszentren des Bundes und die Kosten im Vollzug sind gestiegen.

22 Finanzen und Steuern

2012 entfielen auf diesen Aufgabenbereich 15,2 Prozent der ordentlichen Ausgaben, gegenüber 16,0 Prozent im Vorjahr. Dieser Rückgang ist immer noch bedingt durch die guten Finanzierungsergebnisse der Vorjahre und die sinkenden Zinssätze. Die Ausgaben in diesem Bereich verzeichneten gegenüber dem Vorjahr einen markten Rückgang (-5,8 %), der sich zur Hauptsache mit der Reduktion der Kosten für die Vermögens- und Schuldenverwaltung im Gefolge ausserordentlich hoher Agios erklärt.

Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Finanzen und Steuern	9 954	10 345	9 380	-574	-5,8
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	16,0	16,1	15,2		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 300	4 354	4 375	75	1,7
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 605	2 889	1 904	-702	-26,9
Finanzausgleich	3 049	3 102	3 102	53	1,7

Leichtes Wachstum der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen

Das Wachstum der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen gegenüber dem Vorjahr (+75 Mio. oder +1,7%) ist in erster Linie auf das Wachstum der Anteile Dritter an der DBST (+73,5 Mio. oder +2,4 %) und auf die Verschlechterung bei den Debitorenverlusten zurückzuführen. Letztere verzeichneten wegen einer ausserordentlichen zusätzlichen Einbusse im Laufe des Rechnungsjahres eine Zunahme um 58 Millionen (+29,9%) gegenüber dem Vorjahr. Das Wachstum der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen wird jedoch durch den Rückgang der Kantonsanteile an den Einnahmen der Verrechnungssteuer abgeschwächt; diese fallen wegen einer Ertragseinbusse (vgl. Band 1, Ziffer 31) gegenüber dem Vorjahr 54 Millionen (-11,3%) tiefer aus.

Stark rückläufige Passivzinsen dank Agios auf Anleihen

Der Rückgang der Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung gegenüber dem Vorjahr beruht in erster Linie auf den Passivzinsen, die um einen Viertel (-618 Mio.) zurückgegangen sind. Dies ist generell Ausdruck eines geringeren Finanzierungsbedarfs aufgrund der guten Finanzierungsergebnisse der Vorjahre, widerspiegelt aber auch die anhaltende rückläufige Zinssatzentwicklung. Der Rückgang der Passivzinsen wird hauptsächlich durch die Agios bestimmt, die im Zuge der Aufstockung bereits bestehender Anleihen anfallen und die gleichbedeutend sind mit einer Verringerung der Zinslast. Ihr bereits hoher Bestand (968 Mio.) wuchs gegenüber 2011 noch um 410 Millionen (vgl. Kästchen im Band 1, Ziffer 21 und im Band 3, Ziffer 33). Nebst den Agios ist auch die sinkende Zinslast der Anleihen (-158 Mio.) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast zu nennen (namentlich infolge der Rückerstattung von Obligationen im 2012 im Umfang von 7,6 Mrd.). Hinzu kommen weitere Reduktionen geringeren Ausmasses insbesondere bei den Währungsverlusten (-44 Mio.), den Depotkonten (-30 Mio.) und der Verzinsung der Sparkasseneinlagen (-24 Mio.). Der allgemeine Rückgang der Passivzinsen wird

jedoch durch Ausgaben für die an die Eidg. Steuerverwaltung weitergeleitete Verrechnungssteuer bei Fälligkeit der Anleihen 2012 gebremst; diese waren ursprünglich mit einem Disagio emittiert worden (+73 Mio.). Die Ausgaben für Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie verzeichnen wegen der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Anleihen und Geldmarktbuchforderungen mit dem Inkrafttreten des revidierten Bankengesetzes («too big to fail»-Bestimmungen) im Laufe des Rechnungsjahres einen deutlichen Rückgang (-84 Mio.).

Leichter Zuwachs der Ausgleichszahlungen an die Kantone

2012 war das erste Rechnungsjahr der zweiten Vierjahresperiode des neuen Finanzausgleichs (NFA). Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der verschiedenen Instrumente des Finanzausgleichs beliefen sich auf insgesamt 3102 Millionen. Gegenüber 2011 sind sie um 53 Millionen (+1,7 %) gestiegen. Die Transferzahlungen schliessen einen Beitrag von 112 Millionen zur Kompensation der beim Übergang zum NFA festgestellten Abweichung von der Haushaltsneutralität mit ein. Dieser Beitrag wird proportional auf den vertikalen Ressourcenausgleich und die beiden Lastenausgleichsgefässe aufgeteilt. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich (2120 Mio.) verzeichnet einen leichten Anstieg (+20 Mio. oder +1,0%). Diese Zunahme ergibt sich aufgrund der Abnahme des Ressourcenpotenzials (-61 Mio.) und des oben erwähnten zusätzlichen Beitrags im Rahmen der Kompensation für die Abweichung von der Haushaltsneutralität (+81 Mio.). Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 738 Millionen (je 369 Millionen für den geografisch-topografischen und den soziodemografischen Lastenausgleich). Betragsmässig erhöht er sich damit um insgesamt 33 Millionen. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf die Kompensation für die Abweichung von der Haushaltsneutralität in Höhe von 31 Millionen zurückzuführen. Die übrige Zunahme ist durch die Anpassung an die Teuerung bedingt (von April 2010 bis April 2011: +0,3%).

Zweckgebundenheit der Ausgaben für «Finanzen und Steuern»

Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die Anteile an den Bundeseinnahmen. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA).

Die Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung umfassen im Wesentlichen die Passivzinsen (Zinslast der lang- und mittelfristigen Anleihen, der Depotkonten usw.) sowie die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie.

Der 2008 in Kraft getretene neue Finanzausgleich (NFA) besteht aus drei Elementen, von denen zwei mehr Gewicht haben: der Ressourcen- und der Lastenausgleich (Ausgleich geografisch-topografisch und soziodemographisch bedingter Überbelastung). Dank Härteausgleich als drittem Element lassen sich Härtefälle bei den Kantonen beim Übergang vom alten zum neuen Finanzausgleich vermeiden; er bleibt bis längstens 2036 in Kraft. Die Höhe des Härteausgleichs bleibt bis 2015 unverändert, danach wird die fragliche Summe jährlich um 5 Prozent gekürzt. Die Bundesbeiträge an die Instrumente des Finanzausgleichs werden jährlich an die Wirtschaftslage angepasst. Die Beiträge 2012 wurden beim Ressourcenausgleich an die Entwicklung des Ressourcenpotenzials bzw. beim Lastenausgleich an die Teuerung angepasst.

23 Verkehr

Die Bundesausgaben im Verkehrsbereich stiegen letztes Jahr wegen des erhöhten Ausgabenniveaus im Vorjahr um lediglich 0,8 Prozent. Das Bild ist gemischt: Während die Ausgaben für die Nationalstrassen und den regionalen Personenverkehr gewachsen sind, ist bei den Investitionen in die Schieneninfrastruktur ein Rückgang festzustellen.

Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Verkehr	8 062	8 467	8 130	68	0,8
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	12,9	13,2	13,2		
Strassenverkehr	2 589	2 843	2 841	251	9,7
Öffentlicher Verkehr	5 341	5 444	5 129	-212	-4,0
Luftfahrt	132	180	160	28	21,6

Die zusätzlichen Ausgaben im Vorjahr für Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke erhöhten die Vergleichsbasis und schwächten das Wachstum der Verkehrsausgaben ab. Wird dieser Effekt ausgeklammert, so ergibt sich ein Ausgabenwachstum von 1,2 Prozent.

Strassenverkehr

Beim Strassenverkehr ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 251 Millionen (+9,7%) zu verzeichnen (für eine Gesamtsicht inklusive Infrastrukturfonds vgl. folgende Seite):

- Die Ausgaben für die Nationalstrassen stiegen um 198 Millionen (+10,2%). Davon sind 141 Millionen auf einen höheren Anteil an der Einlage in den Infrastrukturfonds zurückzuführen. Diese Gewichtsverschiebung zugunsten der Nationalstrasse ist insbesondere das Resultat der auslaufenden Beiträge des Infrastrukturfonds an die dringlichen Schienenverkehrsprojekte des Agglomerationsverkehrs (vgl. öffentlicher Verkehr). Die restliche Zunahme von rund 57 Millionen wurde für Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen verwendet.
- Die Beiträge an Hauptstrassen stiegen teuerungsbedingt auf 195 Millionen, während die nicht werkgebundenen Beiträge an die Kantone infolge stagnierender Einnahmen mit 376 Millionen praktisch auf Vorjahresniveau verblieben.
- Für die übrigen Strassen wurden mit 134 Millionen (+64,2%) markant mehr Mittel eingesetzt. Die Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass aus dem Infrastrukturfonds rund 53 Millionen mehr für Strassenprojekte in Agglomerationen eingesetzt wurden.

Öffentlicher Verkehr

Die Ausgaben für das Aufgabengebiet öffentlicher Verkehr, zu dem auch die Bahninfrastrukturen und der Schienengüterverkehr zählen, gingen im Vergleich zum Vorjahr um 212 Millionen resp. 4 Prozent zurück. Dies erklärt sich zunächst mit den 2011 ergriffenen Massnahmen gegen die Auswirkungen der Frankenstärke, die im Vorjahr zusätzliche Ausgaben von 32 Millionen zur Folge hatten. Der Verzicht auf deren Weiterführung führte 2012 zu einem Ausgabenrückgang um 0,6 Prozentpunkte. Unter Ausklammerung dieses Effekts ergibt sich somit eine Abnahme von 3,4 Prozent. Diese ist im Wesentlichen folgenden Faktoren geschuldet:

- Die Beiträge an den Bau, den Betrieb und den Unterhalt der Bahninfrastruktur (-86 Mio.) sinken insbesondere aufgrund der auslaufenden Zahlungen an die dringlichen Schienenverkehrsprojekte des Agglomerationsverkehrs (-121 Mio.). Dieser Rückgang wird durch steigende Abgeltungen für den Betrieb und den Unterhalt der Eisenbahninfrastruktur (SBB und übrige Transportunternehmen, +27 Mio.) sowie einer Verdoppelung der Ausgaben für die Behindertengleichstellung (+6 Mio.) teilweise kompensiert.
- Die Einlagen des Bundes in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte liegen 120 Millionen (-8,5%) tiefer als im Vorjahr, was vor allem auf tiefere Einlagen aus den LSVA-Erträgen (-93 Mio.) zurückzuführen ist. Der Bundesanteil am Reinertrag der LSVA wurde wiederum nicht vollumfänglich in den FinöV-Fonds eingelegt. Zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten externen Kosten (vgl. Art. 85 Abs. 2 BV) wurden mehr Mittel im ordentlichen Bundeshaushalt zurückbehalten als im Vorjahr. Dies schaffte Spielraum, um die Mittel für Unterhalt und Substanzerhalt der Bahninfrastruktur haushaltsneutral zu erhöhen.

- Für die Güterverkehrsverlagerung wurden im Vergleich zum Vorjahr knapp 62 Millionen weniger ausgegeben (-21,2 %). Mitverantwortlich für diesen Rückgang ist der Wegfall der 2011 zur Abfederung der Frankenstärke zusätzlich bereitgestellten Mittel von 21 Millionen. Zudem waren 2012 sowohl die Gotthard- als auch die Simplonachse zeitweise gesperrt. Weil nur die tatsächlich erbrachten Leistungen abgegolten werden, resultierte ein zusätzlicher Rückgang der Bundesausgaben.
- Demgegenüber sind die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr deutlich angestiegen. Sie verzeichneten gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 6,5 Prozent (+52 Mio.). Durch diese Mittelaufstockung wurde sichergestellt, dass der Bund seine Verpflichtung zur hälftigen Finanzierung des von Bund und Kantonen gemeinsam bestellten Angebots erfüllt (Art. 33 PBG, SR 745.1). Bereinigt um die Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke (+11 Mio. im Jahr 2011) beläuft sich das Wachstum im regionalen Personenverkehr auf 7,9 Prozent.

Luftfahrt

Die Ausgaben des Bundes für die *Luftfahrt* stiegen gegenüber dem Vorjahr um gut 28 Millionen an (+21,6 %). Ursache hierfür ist im Wesentlichen jener Aufwand, der von der Spezialfinanzierung Luftverkehr abgedeckt wird, darunter insbesondere der Massnahmenbereich «technische Sicherheitsmassnahmen» (+17 Mio.). Diese Mittel wurden für die Deckung der Flugsicherungskosten auf Regionalflugplätzen verwendet. Da die Spezialfinanzierung Luftverkehr am 1.8.2011 in Kraft trat, wurden 2012 erstmals während eines ganzen Jahres Beiträge ausgerichtet.

Bundeshaushalt und Infrastrukturfonds

Nebst direkten Ausgaben im Aufgabengebiet Verkehr (bspw. für Ausbau und Unterhalt) tätigt der Bund auch Verkehrsinvestitionen über den separaten Infrastrukturfonds (vgl. Band 4, Sonderrechnung Infrastrukturfonds). Diese indirekten Ausgaben finanziert er mit jährlichen Einlagen in den Fonds, die in der Aufgabensicht des Bundeshaushaltes enthalten sind. Über den Infrastrukturfonds (IF) investiert der Bund zudem aus der 2008 erfolgten ausserordentlichen Ersteinlage (2600 Mio.) sowie aus der weiteren ausserordentlichen Einlage 2011 (850 Mio.) zusätzliche Mittel in Nationalstrassen und leistet Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Diese Mittel sind in der Aufgabensicht nicht enthalten.

Im Bundeshaushalt steigen die Ausgaben des Strassenverkehrs gegenüber dem Vorjahr um 251 Millionen resp. 9,7 Prozent (Ausgaben im Bundeshaushalt inkl. der dem Strassenverkehr zurechenbaren jährlichen Einlage in den IF). Die aus den beiden ausserordentlichen Einlagen des IF zugunsten der Strasse finanzierten Ausgaben sinken demgegenüber um 133 Millionen. Daraus ergibt sich in einer Gesamtsicht ein Ausgabenanstieg von 118 Millionen (3,9 %). Die aus dem IF mitfinanzierten Ausgaben haben daran folgenden Anteil:

- Nationalstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Nationalstrassen von 2404 Millionen setzen sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 2133 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage in den IF von 482 Mio.) sowie aus Ausgaben von 271 Millionen zusammen, welche der IF aus den a.o. Einlagen zugunsten der Netzfertigstellung und für die Engpassbeseitigung aufwendet. Gegenüber dem Vorjahr nehmen diese um 135 Millionen ab.
- Hauptstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Hauptstrassen von 215 Millionen ergeben sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 195 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage von 28 Mio.) und Mitteln in der Höhe von 20 Millionen, welche der IF aus den a.o. Einlagen für Pauschalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen leistet. Die Gesamtausgaben für Hauptstrassen liegen damit um rund 4 Millionen über denjenigen des Vorjahres.

Die übrigen aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Aufgaben (Strassen- und Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs) werden ausschliesslich aus der jährlichen Einlage finanziert und sind deshalb in der Aufgabensicht des Bundes vollständig abgebildet.

24 Bildung und Forschung

Die Bildungs- und Forschungsausgaben stiegen um 2,4 Prozent. Abgeschwächt wird diese Zunahme durch die Tatsache, dass das Aufgabengebiet 2011 in den Genuss umfangreicher ausserordentlicher Mittel kam, um die Frankenstärke abzufedern. Die Ausgaben stiegen insbesondere für die Berufsausbildung, um den gesetzlich vorgeschriebenen Anteil an der Finanzierung durch den Bund zu erreichen.

Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Bildung und Forschung	6 509	6 681	6 664	156	2,4
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,4	10,4	10,8		
Berufsbildung	751	884	844	93	12,3
Hochschulen	1 891	1 927	1 923	32	1,7
Grundlagenforschung	2 506	2 519	2 536	29	1,2
Angewandte Forschung	1 331	1 322	1 334	2	0,2
Übriges Bildungswesen	29	29	28	0	-1,3

Stark verzerrte Wachstumsrate

Dieses Aufgabengebiet verzeichnet eine hohe Zuwachsrate (+2,4% gegenüber dem Vorjahr). Verzerrt wird das Wachstum dadurch, dass 2011 195 Millionen zur Abfederung der Auswirkungen der Frankenstärke ausgegeben wurden. Ohne diese ausserordentlichen Massnahmen würde das Aufgabengebiet ein Wachstum von 5,6 Prozent aufweisen. Der Anteil an den ordentlichen Gesamtausgaben des Bundes stieg auf 10,8 Prozent. Die Rechnung 2012 liegt 16 Millionen unter dem Voranschlag. Es gibt viele und zum Teil gegensätzliche Gründe für diese Differenz; in absoluten Zahlen stellt die abnehmende Nachfrage nach Projektfinanzierungen im Bereich der Berufsausbildung (-37 Mio.) das wichtigste Element dar.

Gegenüber der Rechnung 2011 stiegen die Ausgaben für Bildung und Forschung um 156 Millionen. Diese Zunahme ist in erster Linie auf die Ressourcen zurückzuführen, die das Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft 2012 (BBl 2011 757) verabschiedet hat. Sie betrifft insbesondere die Berufsbildung (+92 Mio.), die Forschungsrahmenprogramme der EU (+26 Mio.), den Schweizerischen Nationalfonds SNF (+23 Mio.) und die kantonalen Hochschulen (+22 Mio.).

Beitragsziel bei der Berufsbildung erreicht

Die Ausgaben für die Berufsbildung sind gegenüber den übrigen Positionen dieses Aufgabengebiets deutlich stärker gewachsen (+12,3%), was dem Willen des Bundesrats entspricht, einen Finanzierungsanteil zu erreichen, mit dem etwa ein Viertel der Ausgaben der öffentlichen Hand in diesem Bereich gedeckt sind. Die Pauschalbeiträge haben um 13,3 Prozent zugenommen (+90 Mio.) und die Innovations- und Projektbeiträge um 7,4 Prozent (+4 Mio.).

Beiträge an internationale Organisationen und Programme im Wachsen begriffen

Es wird zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die *Grundlagenforschung* stiegen um 1,2 Prozent (+29 Mio.). Diesem Teilbereich werden im Wesentlichen rund 60 Prozent des Finanzierungsbeitrags an den

ETH-Bereich, die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) sowie an die meisten internationalen Forschungsorganisationen sowie ein Teil der Beiträge an die Europäische Raumfahrtbehörde (ESA) angerechnet. Der Beitrag an den ETH-Bereich ging gemäss BFI-Botschaft 2012 um 27 Millionen zurück, weil die ausserordentlichen Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke, die 2011 (60 Mio.) zur Anwendung gelangten, nicht verlängert wurden. Die Beiträge an das CERN und an die Europäischen Südsternwarte (ESO) nahmen stark zu (+12 Mio.; +22 %); einerseits wegen der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Eckwerte zur Ermittlung der Verteilschlüssel der Mitgliedstaaten und andererseits wegen der Lancierung des Projekts *European Extremely Large Telescope* (E-ELT) in der (ESO).

Die Ausgaben für die *angewandte Forschung* stiegen nur mässig (+2 Mio.; +0,2 %), insbesondere weil die Zunahme der obligatorischen Beiträge an die Rahmenforschungsprogramme der EU (+26 Mio.) –die zu 90 Prozent der angewandten Forschung angerechnet werden – grösstenteils durch Minderausgaben (-15 Mio.) bei der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) kompensiert wird. Der Nachtragskredit von 60 Millionen, den die angewandte Forschung 2012 zur Unterstützung von Projekten erhielt, die 2011 im Rahmen der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke nicht verabschiedet worden waren, wurde nicht aufgebraucht.

Das Aufgabengebiet und die BFI-Botschaft

Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. Weder die obligatorischen Beiträge an internationale Organisationen (107 Mio.), noch die Mietausgaben von Institutionen des Bundes (306 Mio.) oder der Eigenaufwand (270 Mio.) werden im Rahmen der BFI-Botschaft beantragt. Der überwiegende Teil (89 %) der Kredite im Aufgabenbereich Bildung und Forschung ist jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft oder für die europäischen Forschungs- und Bildungsrahmenprogramme bestimmt. Diese Kredite sind um 2,1 Prozent (+122 Mio.) gestiegen.

25 Landesverteidigung

Die Ausgaben für das Aufgabengebiet Landesverteidigung waren im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig. Die Abnahme um 2,3 Prozent ist insbesondere auf die stark gesunkenen Ausgaben für Rüstungsmaterial zurückzuführen. Mit Minderausgaben von beinahe 5 Prozent wurde zudem das Budget erneut klar unterschritten.

Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Landesverteidigung	4 533	4 653	4 428	-106	-2,3
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,3	7,3	7,2		
Militärische Landesverteidigung	4 417	4 530	4 306	-112	-2,5
Nationale Sicherheitskooperation	116	122	122	6	5,3

Die Ausgaben für die Landesverteidigung von 4428 Millionen liegen in erster Linie wegen gesunkener Ausgaben für Rüstungsmaterial unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang um 166 Millionen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr in grossem Umfang Kreditreste eingesetzt wurden, um verzögerte Vorhaben aufzuholen.

Bei den weiteren Ausgaben sind verschiedene gegenläufige Entwicklungen auszumachen:

- Die Ausgaben im Bereich internationale militärische Kooperation und Friedenserhaltung gingen verbuchungsbedingt um 38 Millionen zurück: Die Beiträge der Schweiz an die UNO werden nicht periodengerecht abgerechnet, was zu hohen jährlichen Unterschieden führt.
- Die Investitionsausgaben nahmen um 43 Millionen zu, weil verschiedene Bauprojekte, welche 2011 Verzögerungen erlitten hatten, im 2012 realisiert werden konnten.
- Bei der Materiellen Sicherstellung der Armee (MSA) – im Einzelnen beim Ersatzmaterial und Instandhaltungsbudget (EIB), bei der Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung (AMB) sowie bei der Ausrüstung und dem Erneuerungsbedarf (AEB) – erhöhten sich die Ausgaben um insgesamt 37 Millionen. Gründe dafür sind Ersatzbeschaffungen sowie erhöhte Bedürfnisse für die Führungsunterstützung und den Betrieb bestehender Systeme.
- Da ab 2012 Teile des Nachrichtendienstes dem Aufgabengebiet Landesverteidigung zugerechnet werden, stiegen die Personalausgaben entsprechend an (+19 Mio.).

Das Aufgabengebiet Landesverteidigung umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch die Nationale Sicherheitskooperation. Diese verzeichnet gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 6 Millionen (+5,3 %), welches auf die zusätzlichen Ausgaben beim Zivilschutz für die Umnutzung und Aufhebung von Schutzanlagen zurückzuführen ist.

Starke Budgetunterschreitung

Gemäss Voranschlag 2012 waren Ausgaben von 4653 Millionen für die Landesverteidigung vorgesehen gewesen. Die budgetierten Ausgaben wurden um 225 Millionen oder 4,8 Prozent unterschritten. Bedeutsame Minderaufwände fielen beim Betrieb der Armee an (-90 Mio.). Diese sind zum einen auf verschiedene Verzögerungen beim Infrastruktur- und Informatiksystemeunterhalt sowie bei der Umsetzung von Departementsprojekten zurückzuführen. Zum anderen lagen die Preise bei den Lebensmitteln und Unterkünften tiefer als vorgesehen, und es wurde weniger Treibstoff verbraucht. Im Personalbereich sind Kreditreste in Höhe von 75 Millionen zu verzeichnen. Grund ist insbesondere der Anstellungsstopp für das zivile Personal der Armee, welchen der Departementsvorsteher VBS im Jahr 2010 beschlossen hatte. Zudem hat sich im militärischen Bereich die Neubesetzung vakanter Stellen als schwierig erwiesen. Im Rüstungsaufwand sind ferner Kreditreste von 40 Millionen infolge von Verzögerungen zu verzeichnen. Schliesslich waren die geleisteten Beiträge der Schweiz an die UNO rund 20 Millionen tiefer als veranschlagt.

Ungünstige Entwicklung des Anteils der Betriebsausgaben

Bei der Militärischen Landesverteidigung liegt das Verhältnis zwischen Betriebs- (Sach-, Transfer- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) bei 67 zu 33 Prozent. 2011 belief sich dieses Verhältnis noch auf 65 zu 35 Prozent. Damit hat sich die Armee vom mittelfristigen Ziel, ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen, wieder entfernt.

26 Landwirtschaft und Ernährung

Die Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung sind gegenüber dem Vorjahr um 48 Millionen auf gut 3,7 Milliarden gestiegen. Der Löwenanteil der Ausgaben kommt in Form von allgemeinen und ökologischen Direktzahlungen den Landwirtschaftsbetrieben zugute.

Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 663	3 728	3 711	48	1,3
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,9	5,8	6,0		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	147	194	192	45	30,8
Produktion und Absatz	441	447	440	-1	-0,2
Direktzahlungen	2 795	2 809	2 809	14	0,5
Übrige Ausgaben	281	278	270	-11	-3,8

Der Hauptanteil der Landwirtschaftsausgaben wird gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Mit Bundesbeschluss vom 14.4.2011 hat das Parlament die Zahlungsrahmen für die Jahre 2012 und 2013 wie folgt festgelegt: Direktzahlungen 5625 Millionen, Produktion und Absatz 837 Millionen und Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 388 Millionen.

Mit 2809 Millionen wurden auch im Jahr 2012 rund drei Viertel der Agrarausgaben für *allgemeine und ökologische Direktzahlungen* eingesetzt. Somit hat der Bund an jeden der bestehenden 57 600 Landwirtschaftsbetriebe (Stand 2011) pro Jahr durchschnittlich knapp 49 000 Franken an Direktzahlungen ausgerichtet. Mit Ausgaben von 2178 Millionen ist der Grossteil dieser Mittel in Form von allgemeinen Direktzahlungen in die Landwirtschaftsbetriebe geflossen. Die restlichen 631 Millionen wurden als ökologische Direktzahlungen ausgerichtet. Die Mehrausgaben bei den Direktzahlungen gegenüber dem Vorjahr (+14 Mio.) sind unter anderem auf eine höhere Teilnahme der Landwirtschaftsbetriebe an den Tierwohlprogrammen (RAUS und BTS) zurückzuführen.

Die Ausgaben im Bereich *Produktion und Absatz* setzen sich aus Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft und des Pflanzenbaus sowie der Absatzförderung zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen im Bereich Produktion und Absatz mit 440 Millionen weitgehend stabil geblieben (-0,2%). Während im 2012 rund 6 Millionen mehr Zulagen an die Milchwirtschaft ausbezahlt wurden, sind die Beihilfen an den Pflanzenbau um 5,7 Millionen und die Beihilfen an die Viehwirtschaft um knapp 1,3 Millionen gesunken. Erhöhte Ausgaben sind bei der Absatzförderung (+0,5 Mio.) und bei den Entschädigungen an private Organisationen für den Vollzug der Schlachtviehverordnung (+0,3 Mio.) zu verzeichnen.

Die Aufwendungen der *Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen* haben gegenüber dem Vorjahr um gut 42 Millionen zugenommen (+31%). Diese Zunahme resultiert schwergewichtig aus den im Vorjahr überproportional vorgenommenen Kürzungen bei den Investitionskrediten (-34 Mio.) aufgrund der Teuerungskorrektur im Rahmen des Konsolidierungsprogramms (KOP 12/13). Nachdem das Parlament mit der Verabschiedung der Zahlungsrahmen 2012-2013 auf die Teuerungskorrektur in der Landwirtschaft teilweise verzichtet hat, wurde der Kredit im Voranschlag 2012 wieder aufgestockt. Im Vergleich zum Vorjahr sind auch die Ausgaben bei der landwirtschaftlichen Strukturverbesserung um 4 Millionen gestiegen. Grund dafür ist die starke Zunahme der Projekte zur regionalen Entwicklung.

Die *Übrigen Ausgaben* ausserhalb der Zahlungsrahmen setzen sich aus den Bereichen Verwaltung, Forschung und Beratung zusammen. Dazu gezählt werden auch Ausgaben für den Vollzug, die Kontrolle und den Pflanzenschutz. Ebenfalls in dieser Ausgabenkategorie enthalten sind die Familienzulagen für die Landwirtschaft (84 Mio.) und die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte im Rahmen des «Schoggi-Gesetzes» (64 Mio.). Die beiden Letzteren sind massgeblich für den Rückgang der Übrigen Ausgaben (-11 Mio.) verantwortlich: 2012 wurden aufgrund einer Revision der Ausführungsbestimmungen des Schoggi-Gesetzes nur Beiträge für die Exporte in den Monaten Januar–November ausbezahlt; die Exporte im Dezember werden der Rechnung 2013 belastet (-6 Mio.). Weiter wurden infolge der Inkraftsetzung des neuen Familienzulagen-gesetzes (FamZG) landwirtschaftliche Familienzulagen im Umfang von knapp 4 Millionen – mehr als budgetiert – in den Geltungsbereich des FamZG und damit der Kantone verschoben.

27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 6,5 Prozent (+181 Mio.). Haupttreiber für dieses im Vergleich zu den Gesamtausgaben überdurchschnittliche Wachstum waren die Entwicklungszusammenarbeit sowie in geringerem Ausmass die Beiträge an die Erweiterung der EU.

Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 799	3 181	2 979	181	6,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,5	5,0	4,8		
Politische Beziehungen	720	820	713	-7	-0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 943	2 100	2 106	163	8,4
Wirtschaftliche Beziehungen	81	83	78	-3	-3,7
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	55	177	82	27	50,4

Hinweis: Rechnung 2011 bereinigt um den einmaligen Sondereffekt SIFEM (betrifft «Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit» und «Entwicklungshilfe»; vgl. Box Band 1, Ziff. 32)

Stagnation bei den politischen Beziehungen

Die Ausgaben im Bereich *Politische Beziehungen* gingen im Vergleich zur Rechnung des Vorjahres um 0,9 Prozent zurück (-7 Mio.). Dies ist das Resultat verschiedener gegenläufiger Faktoren: Eine markante Abnahme um 15,1 Prozent (-26 Mio.) verzeichneten die Beiträge an internationale Organisationen, wobei die Beiträge an die UNO (-19 Mio.) und die Darlehen an die Immobilienstiftung FIPOI (-7 Mio.) am stärksten zurückgingen. Dem stand ein Wachstum bei der zivilen Friedens- und Sicherheitsförderung (+6 Mio.) sowie bei den übrigen politischen Beziehungen (+13 Mio.) gegenüber. Letzteres geht hauptsächlich auf das Wachstum von Personal- und Betriebsaufwand im EDA zurück. Der leichte Rückgang bei den Ausgaben für die *Politischen Beziehungen* ist insofern bemerkenswert, als im Voranschlag 2012 noch ein Wachstum von 101 Millionen gegenüber der Rechnung 2011 vorgesehen war. Hauptgrund für diese Diskrepanz ist eine Verzögerung bei der Renovation des UNO-Sitzes in Genf, für welche statt der veranschlagten 50 Millionen erst 14 Millionen geflossen sind. Weitere namhafte Kreditreste entstanden bei den Personalkrediten und beim Betriebsaufwand des EDA (17 resp. 16 Mio.), hauptsächlich aufgrund günstiger Wechselkurse.

Entwicklungshilfe: Starkes Wachstum zur Erreichung der APD-Quote von 0,5 Prozent

Die Ausgaben für die *Entwicklungshilfe* verzeichneten einen Zuwachs von 8,4 Prozent (+163 Mio.) gegenüber dem Vorjahr (ohne Berücksichtigung der haushaltsneutralen Transaktionen im Zuge der SIFEM-Gründung). Damit befindet sich dieser Bereich weiterhin auf dem durch das Parlament vorgegebenen Wachstumspfad zur Erreichung einer APD-Quote von 0,5 Prozent bis 2015. Am stärksten wuchsen die Ausgaben für die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe (+101 Mio.), gefolgt von den Beiträgen an multilaterale Organisationen (+35 Mio.) und der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit (+26 Mio.).

Leichter Rückgang bei den wirtschaftlichen Beziehungen

Die Ausgaben für die *Wirtschaftlichen Beziehungen*, welche hauptsächlich Beiträge an internationale Organisationen im Wirtschaftsbereich beinhalten (EFTA, OECD, IWF, WTO u.a.), gingen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der günstigeren Wechselkurse um 3,7 Prozent zurück (-3 Mio.).

Verzögerte Auszahlungen beim EU-Erweiterungsbeitrag

Die Ausgaben für die *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU* stiegen stark an (+50,4 % bzw. +27 Mio.). Sie blieben damit jedoch um 95 Millionen unterhalb des budgetierten Wertes, was auf anhaltende Verzögerungen bei der Umsetzung der Projekte des Erweiterungsbeitrags zurückzuführen ist. Seit 2011 beinhaltet die *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU* faktisch nur noch den Erweiterungsbeitrag, weil dieser für die betroffenen Länder die «klassische» Transitionshilfe aus der Zeit vor der EU-Osterweiterung abgelöst hat. Ab 2013 wird diese Aufgabe deshalb nicht mehr separat, sondern als Teil der *Wirtschaftlichen Beziehungen* ausgewiesen.

APD-Quote

Die öffentliche Entwicklungshilfe (aide publique au développement, kurz: APD) umfasst gemäss Definition der OECD alle Finanzströme an Entwicklungsländer und an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen, (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden. Die APD-Quote ist eine statistische Grösse, welche den Anteil der APD-Ausgaben eines Landes in Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) bezeichnet und häufig für internationale Vergleiche verwendet wird.

28 Übrige Aufgabengebiete

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete haben gegenüber dem Vorjahr um 65 Millionen abgenommen (-1,1 %). Die Entwicklung ist hauptsächlich auf den Abschluss der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke zurückzuführen, wobei insbesondere das 2011 ausgerichtete Darlehen von 100 Millionen an die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit ins Gewicht fällt. Bereinigt um diesen Sondereffekt sind die Ausgaben um 35 Millionen gewachsen (+0,6 %).

Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Übrige Aufgabengebiete	5 839	6 071	5 775	-65	-1,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,4	9,5	9,4		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 490	2 599	2 501	11	0,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	950	1 043	961	11	1,2
Kultur und Freizeit	429	476	450	20	4,8
Gesundheit	210	217	212	1	0,7
Umweltschutz und Raumordnung	1 127	1 172	1 107	-20	-1,8
Wirtschaft	632	563	544	-88	-13,9

Im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* haben die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um knapp 11 Millionen (+0,4 %) zugenommen. Während namentlich die Ausgaben für Bauten und Logistik markant gewachsen sind (+25 Mio.), wurden für die Informatik (-14 Mio.), die Departementsführung (-9 Mio.) sowie das Parlament (-2 Mio.) weniger Mittel eingesetzt.

Im Bereich *Ordnung und öffentliche Sicherheit* sind die Ausgaben um 11 Millionen (+1,2 %) gestiegen. Die Zunahme erklärt sich insbesondere mit einem höheren Mittelbedarf für die Grenzkontrollen (Personal, technische Einrichtungen, +12 Mio.), für das allgemeine Rechtswesen (+4 Mio.) und für die Gerichte (Bundespatentgericht, +2 Mio.). Rückläufig waren demgegenüber die Ausgaben für Polizeidienste und Strafverfolgung (-8 Mio.), was wesentlich auf die neue Zuordnung von Tätigkeiten des Nachrichtendienstes des Bundes auf die Landesverteidigung zurückzuführen ist (-17 Mio.); dieser Effekt wird abgeschwächt durch Personalaufstockungen im Bundesamt für Polizei sowie bei der Bundesanwaltschaft (+9 Mio.).

Das Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit* wuchs gegenüber der Rechnung 2011 um 20 Millionen (+4,8 %). Wichtigste Treiber waren zum einen der Denkmal- und Heimatschutz, der mit einem Ausgabenwachstum von 11 Millionen zu Buch steht, zum andern die indirekte Presseförderung (Verbilligung Zeitungs-transporte), die das Parlament im Rahmen der Postgesetzrevision um 20 Millionen aufgestockt hat. Die Ausgaben für den Sport gingen um 10 Millionen zurück; dies ist indes im Wesentlichen auf eine Anpassung des Beitragsmodus für J+S-Aktivitäten zurückzuführen, die spätere Auszahlungen zur Folge hat.

Die Ausgaben für die *Gesundheit* nahmen um 1 Million zu (+0,7 %). Einem höheren Mittelbedarf des Instituts für Viruskrankheiten und Immunophylaxe (Ersatzinvestitionen) sowie

einem höheren Investitionsbeitrag an die Reha-Klinik Novaggio stehen Minderausgaben bei der Tierverkehrskontrolle sowie im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung gegenüber.

Im Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* wurden insgesamt 20 Millionen weniger ausgegeben als im Vorjahr (-1,8%). Der Rückgang ist massgeblich auf die tiefere Rückerstattung der Lenkungsabgaben VOC und CO₂ zurückzuführen (-87 Mio.). Ein Ausgabenwachstum verzeichnen demgegenüber die Abfall- und Abwasserbeseitigung (+15 Mio.) sowie der Naturschutz, wo zusätzliche Mittel für den Fonds Landschaft Schweiz (+10 Mio.) und für neue Projekte zur Revitalisierung von Gewässern (+17 Mio.) eingesetzt wurden. Ebenso wurden für den Schutz vor Naturgefahren zusätzliche Ressourcen im Umfang von 17 Millionen beansprucht. Für die Raumordnung wurde gut 1 Million mehr ausgegeben.

Schliesslich liegen die Ausgaben für die *Wirtschaft* um 88 Millionen unter dem Vorjahreswert. Der markante Rückgang ist auf das Darlehen von 100 Millionen für die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit zurückzuführen, welches das Parlament zu Lasten der Rechnung 2011 gesprochen hatte (Frankenstärke). Bereinigt um diesen Sondereffekt sind die Ausgaben im Aufgabengebiet um 12 Millionen gestiegen. Dabei liegen insbesondere die Ausgaben für die Wirtschaftsordnung höher als im Vorjahr (+17 Mio.). Dies ist v.a. auf Umschlüsselungen aus anderen Aufgabengebieten im Rahmen von diversen Reorganisationen in der Verwaltung zurückzuführen (u.a. SIF, RegInfra). Daneben wurde der Personalbestand der Wettbewerbskommission erhöht (Frankenstärke). Während für die Exportförderung (+3 Mio.) und die Waldwirtschaft (+1 Mio.) mehr ausgegeben wurde, hat der Mittelbedarf für die Energie u.a. mit dem Abschluss der Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung und wegen Umschlüsselungen um 9 Millionen abgenommen.

31 Personal

Im Vergleich zur Rechnung 2011 stieg der Personalaufwand um insgesamt 137 Millionen an (+2,8%). Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf stellenseitige Aufstockungen im Umfang von 255 Vollzeitstellen, Lohnmassnahmen, Begleitmassnahmen zum Grundlagenwechsel bei PUBLICA und Arbeitgeberleistungen zurückzuführen.

Personal

Mio CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Personalaufwand	4 923	5 278	5 060	137	2,8
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 804	5 150	4 940	136	2,8
Legislative	71	74	72	1	1,8
Entschädigungen für Parlamentarier	36	38	36	0	0,9
Personalaufwand	35	36	35	0	1,1
Übriger Personalaufwand	0	–	0	0	0,0
Judikative	135	141	138	3	2,2
Bezüge Bundesrichter	38	40	39	2	4,0
Personalaufwand	96	99	98	1	1,6
Übriger Personalaufwand	1	2	1	0	0,0
Exekutive	4 498	4 690	4 621	122	2,7
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	11,1
Personalaufwand	4 383	4 545	4 494	111	2,5
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	54	69	60	6	11,4
Übriger Personalaufwand	56	70	61	5	8,9
Global- und Spezialkredite	51	193	57	5	9,9
Globalkredite	–	54	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global	–	72	–	–	–
Arbeitgeberleistungen	51	67	57	5	10,7
Umstrukturierungen	48	54	53	4	8,9
Sozialplan	7	7	4	-3	-37,3
Vorruhestandsurlaub	42	47	49	7	15,5
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	119	127	120	1	1,2
Aufwand für befristet angestelltes Personal	119	127	120	1	1,2
Personalausgaben	4 945	5 278	5 070	125	2,5

Hinweise:

- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2012 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Arbeitgeberleistungen: Gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen (VLVA), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Pensionskassenverpflichtungen, Berufsunfall und Berufsunfähigkeit, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene.

Legislative

Der Personalaufwand der Legislative nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent zu, was in der Summe etwa den Lohnmassnahmen und den Begleitmassnahmen zum Grundlagenwechsel (Erhöhung der Sparbeiträge) entspricht.

Judikative

Der Personalaufwand der Judikative nahm gegenüber der Rechnung 2011 um insgesamt 3 Millionen zu. Die Zunahme begründet sich hauptsächlich mit der Neuschaffung des Bundespatentgerichts und dem Um- und Ausbau der Bundesanwaltschaft.

Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive stieg gegenüber der Rechnung 2011 um 122 Millionen (+2,7 %). Die Zunahme erklärt sich mit den gewährten Lohnmassnahmen (+51,5 Mio.), den stellenseitigen Aufstockungen inkl. Lokalpersonal des EDA (+52 Mio.) und den Begleitmassnahmen zum Grundlagenwechsel bei PUBLICA (+13 Mio.). Einen Anstieg in der Höhe von 5 Millionen hat auch der übrige Personalaufwand erfahren.

Entwicklung der Anzahl Stellen

Die stellenseitigen Aufstockungen infolge von Aufgabenerweiterungen und -intensivierungen führten gegenüber der Rechnung 2011 zu einer Zunahme der Personalbezüge in der Grössenordnung von rund 45 Millionen (+255 Vollzeiteneinheiten). Davon entfallen rund 5 Millionen auf eine Zunahme des sogenannten Temporärpersonals. Dieses wird für die kurzfristige Überbrückung von ausserordentlich anfallenden Aufgaben oder bei Absenzen (z. B. Mutterschaftsurlaub) eingesetzt und fliesst nicht in die Stellenbetrachtung mit ein. Weitere rund 6 Millionen, welche ebenfalls nicht in die Stellenbetrachtung einbezogen werden, sind auf einen Strukturbruch bei der Überführung von aus Drittmitteln finanzierten Stellen beim EVD (agroscope) zurückzuführen. Von den restlichen 34 Millionen fiel ein wesentlicher Teil der Stellenaufstockungen in den folgenden Bereichen an: Beim EDA auf das Lokalpersonal, beim EJPD im Migrationsbereich (BFM) und für den verstärkten Einsatz gegen die Internetkriminalität (fedpol) und beim EFD bei der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS). Beim EVD erfolgten die stellenseitigen Zunahmen hauptsächlich wegen der Bekämpfung der Frankenstärke (GS und WEKO) und der Aufhebung des Zulassungsverfahrens beim Zivildienst (ZIVI), beim UVEK im Bereich der Umwelt (BAFU). Die restlichen Aufstockungen verteilten sich in etwa gleichmässig über die Departemente. Die Stellenaufstockungen werden rund in der Hälfte der Fälle intern kompensiert und führten daher in diesem Umfang nicht zu einer Mehrbelastung des Haushalts.

Global- und Spezialkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten *Globalkrediten* (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden *Arbeitgeberbeiträge* wurden an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert und in deren Personalaufwand integriert.

Die Nettozunahme der *Arbeitgeberleistungen* im Umfang von 5 Millionen ist auf Mehraufwendungen im Zusammenhang mit freiwilligen vorzeitigen Pensionierungen (Anteil des Arbeitgebers an der Finanzierung der Überbrückungsrenten nach Artikel 88f Bundespersonalverordnung [BPV] (+6 Mio.) und Mehrausgaben im Bereich der Berufsinvalidität (+1 Mio.) zurückzuführen. Aufwandmindernd wirkte sich dagegen die Abnahme der Arbeitgeberzusatzleistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen (-2 Mio.) aus.

Umstrukturierungen

Die Nettozunahme im Umfang von 4 Millionen ist dem Vorruhestandsurlaub nach Artikel 34 BPV zuzuschreiben. Diese Kosten haben gegenüber dem Vorjahr um 7 Millionen zugenommen und sind mit der Zunahme der Anzahl Personen, welche in den Vorruhestand getreten sind, zu erklären. Demgegenüber stehen Aufwandrückgänge von 3 Millionen bei den Sozialplankosten, da weniger Personen nach Sozialplan pensioniert wurden.

Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten nahm um 1 Million (1,2 %) zu. Diese Zunahme ist auf Aufstockungen bei der BK, beim Bundesverwaltungsgericht, beim EDA, EDI und EVD zurückzuführen.

Personalausgaben versus Personalaufwand

Der Unterschied zwischen den Personalausgaben und dem Personalaufwand erklärt sich im Wesentlichen mit der Auflösung von Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben.

32 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Im Vergleich zur Rechnung 2011 sanken die *Ausgaben* um 40 Millionen oder 4,2 Prozent. Damit ist erstmals seit der Einführung der Finanzberichterstattung zum IKT-Bereich im Jahr 2001 ein Rückgang der IKT-Ausgaben zu verzeichnen. Ein Grund dafür sind die vom Bundesrat im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2012/2013 ergriffenen Sparmassnahmen.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	43	33	42	-1	-2,3
Ertrag aus Informatikleistungen	29	19	28	-1	-3,4
Übriger Ertrag	14	14	14	0	0,0
Aufwand	1 094	1 203	1 080	-14	-1,3
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	347	352	344	-3	-0,9
Sach- und Betriebsaufwand	645	710	625	-20	-3,1
Hardware Informatik	46	57	30	-16	-34,8
Software	36	36	44	8	22,2
Informatik Betrieb/Wartung	120	153	123	3	2,5
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	244	254	225	-19	-7,8
Telekommunikation	50	49	50	0	0,0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	149	161	153	4	2,7
Abschreibungen	102	141	111	9	8,8
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	96	111	82	-14	-14,2
Investitionen Informatiksysteme	46	58	35	-11	-23,9
Investitionen Software	49	53	46	-3	-6,1
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	1	0	1	0	60,2
Ausgaben	956	1 034	916	-40	-4,2
Finanzierungswirksamer Aufwand	860	923	834	-26	-3,0
Investitionsausgaben	96	111	82	-14	-14,6

Der *Aufwand* nahm gegenüber der Rechnung 2011 um 14 Millionen oder 1,3 Prozent ab. Der Rückgang des Aufwands lässt sich hauptsächlich mit folgenden Faktoren erklären:

- Minderaufwand von 19 Millionen für Informatikentwicklung-, -beratung, -dienstleistungen hauptsächlich wegen Ablösungen und Zusammenführungen von SAP-Systemen bei der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB, -9 Mio.), der Beendigung des Programms Büroautomation Bund (-7 Mio.) und dem Abbruch des Projektes INSIEME der Eidg. Steuerverwaltung (ESTV, -6 Mio.).
- Minderbedarf von 16 Millionen für die Beschaffung von Hardware beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT): Aufgrund der abgeschlossenen Migration auf Windows 7 reduzierte sich der Aufwand für Hardware-Ersatz um 9 Millionen, und auch der mit der neuen Netzwerkstrategie Bund vollzogene Strategiewechsel im Bereich Telekommunikation führte zu einem Rückgang von 6 Millionen bei den Hardware-Beschaffungen.

Dem steht im geringen Ausmass ein Mehraufwand entgegen:

- Mehraufwand von 9 Millionen für Abschreibungen: Einer Zunahme der Abschreibungen bei der ESTV für das Projekt INSIEME (+10 Mio.) und für Fachanwendungen beim Bundesamt für Strassen (+6 Mio.) standen Minderaufwendungen beim BIT von 7 Millionen wegen tieferen Investitionen und Sonderabschreibungen im Vorjahr gegenüber.
- Zunahme von 8 Millionen für Softwarebeschaffungen beim BIT, die zum grössten Teil auf Neubestellungen von Arbeitsplatz-Software durch die LB zurückzuführen sind.

Betrachtet man die Entwicklung des Aufwands gegliedert nach *Aufwandarten*, so waren gegenläufige Bewegungen zu verzeichnen: Während der Sach- und Betriebsaufwand und der Personalaufwand um 20 Millionen respektive 3 Millionen sanken, stiegen die Abschreibungen um 9 Millionen:

- Die Reduktion beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer ist primär auf Minderaufwand beim BIT zurückzuführen. Grund dafür ist die Reorganisation im Zusammenhang mit dem IKT-Lösungszentrum (LZG) der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in Genf. Dieses wurde vom BIT an die ZAS transferiert (43 Vollzeitstellen oder rund 7 Mio.). Damit ist die ZAS ein interner LE des EFD, welcher IKT-Leistungen ausschliesslich im Bereich der Fachanwendungen und für sich selbst erbringt. Der Personalaufwand für das LZG der ZAS wird deshalb nicht mehr unter dem IKT-Aufwand geführt.
- Die Abnahme von 20 Millionen beim *Sach- und Betriebsaufwand* hat verschiedene Ursachen: Einerseits sanken die Aufwendungen für die Entwicklung von Fachanwendungen (-19 Mio.) und die Beschaffung von Hardware (-16 Mio.), andererseits stiegen die Aufwendungen für die Beschaffung von Software (+8 Mio.), der übrige Sach- und Betriebsaufwand der LE (+4 Mio.) und der Aufwand für Betrieb/Wartung (+3 Mio.).

Der *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer sank gegenüber der Rechnung 2011 um 1 Million, weil das BIT weniger Leistungen für externe Dritte erbrachte.

Die *Investitionsausgaben* nahmen um 14 Millionen (-14,2 %) ab. Die Abnahme resultiert aus Minderausgaben für Investitionen in Informatiksysteme (-11 Mio.) und eine Reduktion bei den Investitionen in aktivierbare Software (-3 Mio.). Grund dafür waren Minderausgaben für Informatiksysteme beim BIT von 9 Millionen wegen Verzicht auf Investitionen in den Notfallplan II aufgrund der neuen Netzwerkstrategie Bund und einer Verlängerung der Nutzungsdauer der Server-Infrastruktur von 3 auf 5 Jahre im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2012/2013, Minderbedarf von 3 Millionen beim Projekt «Neues Überwachungssystem Interception System Schweiz» beim Informatik Service Center EJPD (ISC-EJPD) wegen Projektverzögerungen sowie Minderbedarf für Software für das Projekt INSIEME der ESTV.

Erstmaliger Rückgang der IKT-Ausgaben

Im Vergleich zur Vorperiode nahmen die *Ausgaben* um 40 Millionen oder 4,2 Prozent ab. Sie setzen sich zusammen aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (834 Mio.) und den Investitionsausgaben (82 Mio.) Der finanzierungswirksame Aufwand berechnet sich folgendermassen: Aufwand minus nicht finanzierungswirksamer Aufwand (111 Mio.) minus Aufwand für Leistungsverrechnung der LE (135 Mio.). Seit der Einführung der Finanzberichterstattung zum IKT-Bereich im Jahr 2001 ist damit erstmals ein Rückgang der IKT-Ausgaben in der Staatsrechnung zu verzeichnen. Bereits im Voranschlag war ein Rückgang von 26 Millionen gegenüber der Vorperiode ausgewiesen worden. Dieser ist nun in der Rechnung 2012 um 14 Millionen höher ausgefallen.

Bei der Beurteilung dieser Abnahme ist folgende strukturelle Veränderung zu berücksichtigen: Das LZG wurde vom BIT an die ZAS transferiert, wodurch die IKT-Ausgaben um 7 Millionen sanken. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts sanken die Ausgaben um 33 Millionen oder 3,6 Prozent. Damit zeigt sich einmal mehr, dass die vom Bundesrat ergriffenen Sparmassnahmen im Eigenbereich der Verwaltung Wirkung zeigen. Diese aus finanzpolitischer Sicht positive Entwicklung ist zum grössten Teil auf die Umsetzung der Sparmassnahmen aus dem Konsolidierungsprogramm 2012/2013 zurückzuführen. Aufgrund dieser Sparmassnahmen wird das Ausgabenwachstum in der IKT auch in den nächsten Jahren tief ausfallen, womit auch der IKT-Bereich einen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts leistet. Dies erfordert eine konsequente Verbesserung der IKT-Effizienz. Mit der revidierten Bundesinformatikverordnung, die auf den 1.1.2012 in Kraft getreten ist, sind die Grundlagen für eine solche Verbesserung geschaffen worden.

Leistungsverrechnung im IKT-Bereich

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die *Leistungserbringer* (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und FUB – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) beläuft sich 2012 auf 587 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC-EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für Swissmedic, den AHV-Fonds, Publica, das Paul Scherrer Institut, die FINMA, Kantone und Gemeinden). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJPD erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 423 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (330 Mio.), ISC-EJPD (94 Mio.) und Informatik EDA (56 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCEco des EVD (21 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und als LV-Mittel für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Zentrale Steuerung

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Bundesrat oder das Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim ISB: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Investitionsmittel für IKT-Standarddienste).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

33 Bundestresorerie

Das Rechnungsjahr war durch ausserordentlich tiefe Zinsen gekennzeichnet. Die Rendite der 10-jährigen Eidgenössischen Anleihe fiel vorübergehend auf unter 0,4 Prozent und die Geldmarkt-Buchforderungen rentierten sogar negativ. Die Bundestresorerie nutzte das rekordtiefe Zinsniveau und emittierte lang laufende Anleihen. Insgesamt wurden Anleihen im Umfang von 7,8 Milliarden mit einer mittleren Laufzeit von 17,6 Jahren zu durchschnittlich 0,85 Prozent platziert. Gleichzeitig führten die tiefen Zinsen zu unerwartet hohen Agios von knapp einer Milliarde.

Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Total	92 559	92 539	93 666	1 127	1,2
Geldmarkt	9 181	10 610	13 006	2 396	22,6
Geldmarktbuchforderungen	9 181	10 610	13 006	2 396	22,6
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	–	–	–	–	–
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	–	–	–	–
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	–	–	–	–	–
Kapitalmarkt	83 378	81 929	80 660	-1 269	-1,5
Öffentliche Anleihen	81 538	80 049	79 290	-759	-0,9
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 790	1 830	1 320	-510	-27,9
Festgeldschulden übrige	50	50	50	0	0,0

Geld- und Kapitalmarkt

Die Verschuldung des Bundes am Geld- und Kapitalmarkt nahm gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,1 Milliarden zu. Der Anstieg ist auf die frühe Anleihefälligkeit im Februar 2013 zurückzuführen, wodurch mit dem Aufbau der Tresorieremittel bereits im vierten Quartal 2012 gestartet werden musste. Im Vorjahr veränderte sich die Markverschuldung nur unwesentlich (Nettoreduktion von 20 Mio.).

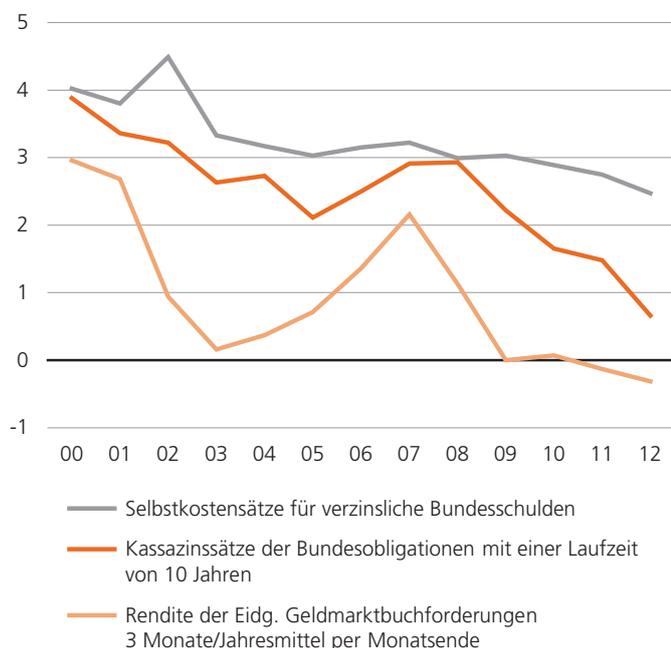
Im Berichtsjahr hat die Bundestresorerie an insgesamt elf Auktionen 18 Anleihen emittiert. Dabei fiel die Wahl schwergewichtig auf lang laufende Anleihen. Die durchschnittliche Laufzeit der Emissionen betrug 17,6 Jahre (2011: 16 Jahre) bei einer durchschnittlichen Rendite von 0,85 Prozent (2011: 1,87 %). Wie gewohnt wurden die Anleihen jeweils am zweiten Mittwoch jeden Monats emittiert, wobei im August keine Auktion stattfand. Es wurden drei neue Basisanleihen (Fälligkeiten: 2024, 2037 und 2042) lanciert und daneben bestehende Anleihen aufgestockt. Mit Aufstockungen können sukzessive grosse, liquide Anleihen aufgebaut werden, was den Handel am Sekundärmarkt stützt und die Preisbildung verbessert. Die im November und Dezember 2011 emittierten Bundesanleihen wurden im Januar 2012 und die im November und Dezember 2012 begebenen Bundesanleihen erst im Januar 2013 liberiert. Inklusive der platzierten Eigenquoten wurden im Jahr 2012 brutto insgesamt 7,8 Milliarden mittels Anleihen aufgenommen (2011: 6,1 Milliarden). Mit der Rückzahlung einer Anleihe von 8,6 Milliarden im Juni wurden 2012 die ausstehenden Anleihen um 0,8 Milliarden

abgebaut (2011: Nettoerhöhung von 1,5 Mrd.). Per Ende 2012 sind 22 Bundesanleihen mit einem Nominalbetrag von insgesamt 79,3 Milliarden ausstehend (Ende 2011: 80,0 Mrd.). Drei weisen ein Volumen von über sechs Milliarden, drei eines über fünf Milliarden auf.

Aufgrund des extrem tiefen Zinsniveaus – die 10-jährige Eidgenössische Anleihe fiel vorübergehend auf unter 0,4 Prozent – lagen die Coupons der aufgestockten Anleihen über den entsprechenden Marktrenditen. Dadurch wurden die Anleihen zu Preisen über pari emittiert, was zu einem erheblichen Agio führte. Das vereinnahmte Agio bei der Emission einer Anleihe wird in der Erfolgsrechnung linear über deren Laufzeit abgeschrieben.

Die Geldbeschaffung mittels Geldmarkt-Buchforderungen wurde um 2,4 Milliarden erhöht; insgesamt waren am Jahresende 13,0 Milliarden ausstehend. Seit Ende August 2011 sind bei den Geldmarkt-Buchforderungen Zeichnungen über pari (über 100 Prozent) möglich. Bei Zuteilungen über pari ist die Verzinsung negativ, d.h. für den Bund resultieren aus der Mittelaufnahme Zinseinnahmen. Die Käufer von Geldmarkt-Buchforderungen suchen Sicherheit und sind deshalb bereit, eine Art Versicherungsprämie in Form negativer Zinsen zu bezahlen. Aber auch die besonderen Verhältnisse am Swapmarkt haben zu einer erhöhten ausländischen Nachfrage nach Geldmarkt-Buchforderungen geführt. Über das ganze Jahr rentierten die Geldmarkt-Buchforderungen – ausser einer Emission zu pari – im negativen Bereich.

Entwicklung der Selbstkostensätze in %



Die Selbstkostensätze für verzinsliche Bundesschulden (oberste Linie) reagieren träge auf die erheblichen Zinsrückgänge, da in einem Jahr jeweils nur ein kleiner Teil der Schulden erneuert wird.

Geldmarktkredite (inkl. Mittelaufnahmen bei PostFinance) zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel wurden nicht eingesetzt.

Die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV liess ihre fälligen Festgeldanlagen auslaufen und erhöhte im Gegenzug aus Zinsüberlegungen den Bestand auf ihrem Depotkonto bei der EFV im gleichen Umfang. Dadurch reduzierten sich die Anlagen um 510 auf 1320 Millionen per Ende 2012.

Unter den übrigen Festgeldschulden figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

Zinsentwicklung

Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren und Depotkonti) wider. Dieser liegt Ende 2012 bei 2,47 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nach 2,75 Prozent im Vorjahr. Der Rückgang des Satzes ist auf die rekordtiefen Renditen bei den Anleiheemissionen und die negativen Renditen bei den Emissionen von Geldmarkt-Buchforderungen zurückzuführen. Zudem setzte der Bundesrat die Änderung des Bankengesetzes zur Regelung der «Too big to fail»-Problematik auf den 1.3.2012 in Kraft, wodurch seit diesem Zeitpunkt bei den Emissionen der Anleihen und Geldmarkt-Buchforderungen keine Stempelabgaben mehr anfallen.

In die Berechnung der Selbstkostensätze einbezogen sind sämtliche Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der oben stehenden Tabelle «Veränderung der Geld- und

Kapitalmarktschulden». Ende 2012 beliefen sich die Schulden zur Berechnung der Selbstkostensätze auf 93,7 Milliarden (Vorjahr: 92,5 Mrd.). In der Berechnung werden der Nominalzinsatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten inklusive Emissionsabgabe (bis Ende Februar 2012) sowie die Einlösungskommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

Tresoreriemittel

Die Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie unterliegen monatlichen Schwankungen von mehreren Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Nationalbank und am Markt platziert. Bei den Marktanlagen wird darauf geachtet, dass die Bonität der Gegenparteien einwandfrei ist. Um Klumpenrisiken zu vermeiden, werden die Mittel breit gestreut angelegt. Durch die Interventionen der Schweizerischen Nationalbank zur Durchsetzung des Mindestkurses von 1,20 Franken pro Euro wurde dem Markt viel Liquidität zugeleitet, wodurch die Tresoreriemittel mangels Nachfrage kurzfristig kaum mehr angelegt werden konnten. Die Gelder waren denn auch zum grössten Teil bei der Nationalbank angelegt. Ende Jahr beliefen sich die verfügbaren Tresoreriemittel auf 10,5 Milliarden (7,3 Mrd. Ende 2011).

Die Darlehen an den ALV-Fonds sanken per Ende 2012 von 6,0 auf 5,0 Milliarden. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende Jahr 890 Millionen (Vorjahr: 590 Mio.).

Devisenbewirtschaftung, Derivative

Der Budgetbedarf an Devisen (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Im Berichtsjahr wurden keine Optionen eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2012 hat die Bundestresorerie 301 Millionen Euro und 448 Millionen US-Dollar für die Verwaltungseinheiten beschafft. Im Dezember 2012 wurden aufgrund des höheren Bedarfs zusätzlich 49 Millionen US-Dollar gekauft. Demgegenüber mussten 11,5 Millionen Euro per Ende 2012 veräussert werden. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für Spezialgeschäfte aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren spezifischer Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt.

Im Bereich der Derivative reduzierten sich die finanzierungswirksamen Nettozinszahlungen aufgrund auslaufender Swapverträge von 85 Millionen auf 72 Millionen. Die Nettopayerposition reduzierte sich von 2,2 Milliarden Ende 2011 auf 1,5 Milliarden Ende 2012. Im Jahr 2012 wurden keine neuen Zinssatzswaps oder andere Zinsderivative abgeschlossen. Die bestehenden Zinssatzswaps wurden zwischen 1995 und 2005 getätigt, um eine längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen. Die

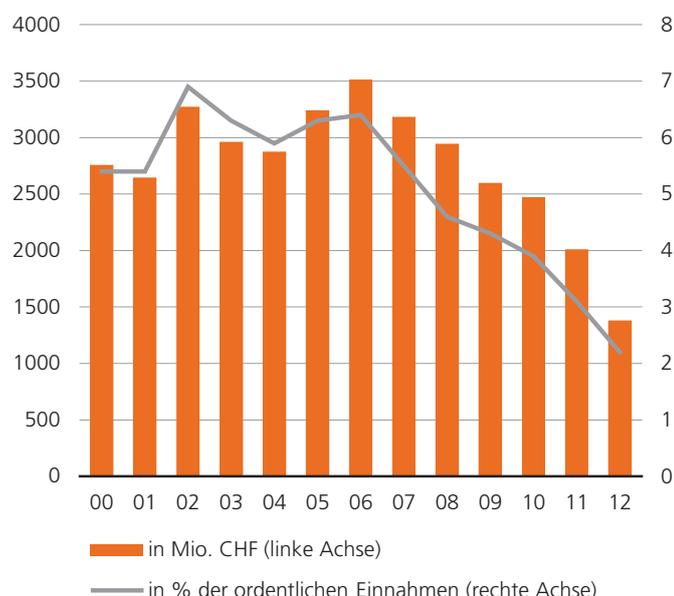
Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Marktwert der offenen Positionen sank aufgrund der kleineren Nettoposition von Payerswaps auf 198 Millionen.

Budgetabweichung

Aufgrund des sehr tiefen Zinsniveaus im Jahr 2011 wurde dem Budget 2012 ein Zinsanstieg unterstellt und daher ein relativ geringes Agio von 66 Millionen budgetiert. Das Zinsniveau fiel 2012 jedoch wider Erwarten weiter und erreichte ein neues Allzeittief. Entsprechend resultierten bei den Aufstockungen hohe Agios (vgl. Kasten weiter unten). Insgesamt wurden Agios im Umfang von 968 Millionen vereinnahmt. Der finanzierungswirksame Zinsaufwand bei den Passivzinsen reduzierte sich um diesen Agiobetrag, d.h. die Finanzierungsrechnung wird im betreffenden Jahr im vollen Umfang der Agios entlastet.

Das erzielte Agio jeder einzelnen Anleihe wird in der Erfolgsrechnung linear über deren Laufzeit abgeschrieben. Diese Amortisationen führen zu nicht finanzierungswirksamen Aufwendungen. Durch die hohen Agios lagen diese Aufwendungen ebenfalls erheblich über dem budgetierten Wert.

Entwicklung der Nettozinslast in Mio. und % Einnahmen



Während die Zinsausgaben erheblich unter dem Niveau des Vorjahres waren, blieben die Zinseinnahmen gegenüber dem Vorjahr praktisch stabil. Damit reduzierte sich die Nettozinslast zum sechsten Mal in Folge von 3,1 auf 2,2 Prozent der ordentlichen Einnahmen.

Agios, Disagios und Passivzinsen

Bei der Emission von Anleihen wird der Preis in Prozentpunkten des Nennwertes angegeben. Liegt der aktuelle Kurswert oder Ausgabekurs über dem Nennwert, wird von Agio gesprochen, liegt der Kurs unter dem Nennwert, so ist von einem Disagio die Rede. Der Ausgabepreis in Prozent des Nennwertes einer Anleihe hängt ab vom Verhältnis der Verzinsung (Coupon) zum aktuellen Zinsniveau. Wird eine *neue* Anleihe aufgelegt, wird ein marktkonformer Zinssatz gewählt, d.h. der Coupon entspricht dem aktuellen Zinsniveau. Entsprechend ist der Ausgabepreis nahe beim Nennwert (oder nahe «100%»). Bei *Aufstockungen* dagegen liegt der Coupon der Anleihe oftmals merklich über oder unter dem aktuellen Zinsniveau, und damit weicht der Ausgabepreis teilweise deutlich vom Nennwert ab. Wird in einer Tiefzinsphase eine Anleihe mit einem hohen Coupon ausgegeben, muss ein Käufer einen entsprechend hohen Preis bezahlen, und es fällt ein grosses Agio an. Bei tiefem Coupon in einer Hochzinsphase verhält es sich umgekehrt.

Beispiel: Im März 2012 wurde die im 2006 lancierte und 2036 fällig werdende 2,50 % Anleihe aufgestockt. Das Zinsniveau bei Auktion lag für eine 24-jährige Laufzeit bei rund 1,20 %, also halb so hoch wie der Coupon der Anleihe. Bei der Auktion wurde entsprechend ein Ausgabepreis von 127,05 % erzielt, d.h. der Käufer zahlt bei Liberierung 127,05 % des Nennwertes der Anleihe, vereinnahmt aber während der Restlaufzeit den – im Vergleich zum vorherrschenden Zinsniveau – hohen Coupon von 2,50 %. Bei Endfälligkeit erhält er nur noch 100 % des Nennwertes zurückbezahlt. Insgesamt betrug die Rendite resp. der Zinsaufwand dieser Aufstockungstranche 1,19 %.

34 Beratungsaufwand

Der Bund wendete im vergangenen Jahr 230 Millionen für Beratungsdienstleistungen auf, 5 Millionen mehr als im Vorjahr. Rund die Hälfte davon entfällt auf die Bereiche Energie, Umwelt, Gesundheit und Nationalstrassen. Der Voranschlag 2012 wurde um 36 Millionen unterschritten.

Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Beratungsaufwand	225	266	230	5	2,3
Allgemeiner Beratungsaufwand	202	252	206	4	1,8
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige Kommissionen	17 6	7 7	15 9	-1 3	-9,1 51,4
Beratungsausgaben	222	266	232	10	4,5

Die Einheiten mit den höchsten Aufwänden für Beratungsleistungen waren das BFE (46 Mio., v.a. EnergieSchweiz), das BAFU (29 Mio., Vollzug und Forschung), das ASTRA (20 Mio., u.a. Strassen- und Brückenforschung) und das BAG (18 Mio., Politikvorbereitung, Prävention, Forschung). Im Übrigen verteilt sich der Beratungsaufwand auf über 100 Kreditpositionen in allen Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung. Deshalb können an dieser Stelle nur die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. dem Voranschlag kommentiert werden.

Höher als in der Rechnung 2011 waren die Beratungsaufwendungen insbesondere beim BIT (+2,6 Mio.), beim BAFU (+2,3 Mio.) und beim BFE (+2,1 Mio.). Um mehr als eine Million über dem Vorjahreswert lagen sie auch beim BSV, bei Agroscope, bei der KTI und beim BAG. Rückläufig war der Beratungsaufwand demgegenüber namentlich beim ASTRA (-5,8 Mio.), beim GS VBS (-1,9 Mio.), beim SECO (-1,2 Mio.) sowie bei der Verteidigung (-1,1 Mio.) und beim BASPO (-1,0 Mio.).

Der Voranschlag 2012 wurde um 36 Millionen (13,7 %) unterschritten. Die grössten Abweichungen zum Voranschlag 2012 (Kreditreste) entstanden bei folgenden Einheiten:

- Verteidigung (8,7 Mio.), aufgrund von Priorisierungen und Verzicht;
- SBF (4,2 Mio.) auf verschiedenen Subventionskrediten;
- BSV (4,0 Mio.) u.a. dank einer Kampagne, die günstiger ausfiel als erwartet;
- BBT (3,8 Mio.) aufgrund von Verzögerungen und nicht umgesetzten Projekten;
- GS VBS (3,7 Mio.) wegen Verzögerungen und Priorisierungen.

Diese Kreditreste sind jedoch mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Ein Teil des Beratungsaufwands wird auf Krediten budgetiert, die auch andere Komponenten enthalten (z.B. FLAG-Globalbudgets, Einzelmassnahmen). Innerhalb solcher Kredite können die Mittel auch für andere Zwecke als Beratung eingesetzt werden, z.B. für externe Dienstleistungen oder anderen Betriebsaufwand. Demnach muss ein nicht verwendeter Kreditanteil für Beratungsaufwand nicht zwingend bedeuten, dass Kreditreste in gleicher Höhe existieren.

Abgrenzung des Beratungsaufwands

Unter den Beratungsaufwand fallen Dienstleistungen,

- *deren Empfänger der Bund ist:* Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit);
- *die einen Beitrag zur Optimierung der Aufgabenerfüllung des Bundes leisten* (Erweiterung der Wissensbasis, Neugestaltung von Prozessen und Organisationen, Unterstützung bei der Durchführung von Programmen, etc.). Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

35 **Öffentlichkeitsarbeit**

Stabilität und Kostenbewusstsein – mit diesen Begriffen lassen sich die Entwicklung der Kosten im Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Bundes beschreiben. Trotz steigender Ansprüche und neuer Medien haben die Departemente die Kommunikationskosten im Griff.

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
			absolut	%
Total Kosten	79,7	80,6	1,0	1,2
Presse- und Informationsarbeit	29,4	29,9	0,5	1,7
Direktinformation	41,6	41,7	0,1	0,2
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	8,7	9,1	0,4	4,0

Die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Departemente und der Bundeskanzlei (inklusive der separat erfassten EAV, Integrationsbüro EDA/EVD und Infrastrukturfonds) betragen im Jahr 2012 insgesamt 80,6 Millionen. Dies ist 1,0 Million bzw. 1,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit am gesamten Aufwand des Bundes beträgt 0,1 Prozent. Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zu zuordnen sind, erfassen Aufwendungen für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für die Presse- und Informationsarbeit sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

Verwendungszweck

Von den Gesamtkosten entfielen 29,9 Millionen (37%) auf den Bereich *Presse- und Informationsarbeit*, 41,7 Millionen (51,7%) auf Kosten für *Direktinformation* und 9,1 Millionen (11,3%) auf *Präventionskampagnen* und *Abstimmungsinformationen*. Der Aufwand für Presse- und Informationsarbeit und für Direktinformation blieb annähernd stabil, bei Kampagnen und Abstimmungsinformationen ist ein kleiner Anstieg zu verzeichnen.

Kostenarten

Der Gesamtaufwand für die *Personalkosten* der insgesamt 302 Vollzeitstellen (Vorjahr: 294) betrug im Berichtsjahr 51,2 Millionen (63,5% der Gesamtkosten). Dies sind 1,7 Millionen mehr als im Vorjahr (+3,5%). Umgerechnet auf Vollzeitstellen beträgt der Anstieg rund 2,7 Prozent. Die *Sachkosten* beliefen sich auf 29,4 Millionen Franken (36,5% der Gesamtkosten). Dies sind 0,7 Millionen weniger als im Vorjahr (-2,5%). Der Anteil an Eigenleistungen ist wie in den vergangenen Jahren gestiegen.

Aktivitäten der Departemente

Die BK verzeichnete 2012 Aufwände für Öffentlichkeitsarbeit von 8,9 Millionen (+0,2 Mio.). Der Anstieg ist in erster Linie auf grössere Aufwendungen für die VOX-Analysen zu den eidgenössischen Abstimmungen zurückzuführen. 2012 waren es vier Abstimmungstermine, 2011 nur einer. Bedeutendster Aufwandsposten ist die Entschädigung für die Leistungen der Schweizerischen Depeschagentur (3,1 Mio.).

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total Rechnung 2012	BK	EDA	EDI	EJPD	VBS
Total	80,6	8,9	7,2	12,9	4,2	13,5
Presse- und Informationsarbeit	29,9	4,5	1,9	3,6	2,4	4,7
Direktinformation	41,7	4,2	5,3	3,3	1,8	8,7
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	9,1	0,3	–	6,0	0,1	0,1

Fortsetzung Mio. CHF	EFD	EVD	UVEK	IB	EAV	IF
Total	10,7	10,3	10,6	0,8	0,8	0,6
Presse- und Informationsarbeit	3,3	4,3	4,7	0,2	0,2	–
Direktinformation	6,0	5,2	5,5	0,6	0,6	0,6
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	1,4	0,8	0,4	0,0	–	–

IB = Integrationsbüro EDA/EVD
IF = Infrastrukturfonds

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Organisationseinheiten mit Vorjahresvergleich

Mio. CHF	Total Rechnung 2011		Total Rechnung 2012		Differenz zu 2011	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Total	79,7	100,0	80,6	100,0	1,0	1,2
BK	8,7	11,0	8,9	11,1	0,2	2,5
EDA	8,3	10,4	7,2	8,9	-1,1	-13,2
EDI	12,4	15,5	12,9	16,0	0,6	4,5
EJPD	4,1	5,2	4,2	5,3	0,1	2,4
VBS	12,6	15,8	13,5	16,7	0,9	6,8
EFD	9,3	11,6	10,7	13,3	1,5	16,0
EVD	10,3	12,9	10,3	12,8	0,1	0,6
UVEK	11,8	14,8	10,6	13,1	-1,2	-10,4
IB	0,9	1,1	0,8	1,0	-0,1	-8,2
EAV	0,6	0,8	0,8	0,9	0,2	25,8
IF	0,7	0,9	0,6	0,8	-0,1	-12,2

IB = Integrationsbüro EDA/EVD
IF = Infrastrukturfonds

Das EDA gab 2012 insgesamt 7,2 Millionen für Öffentlichkeitsarbeit aus (-1,1 Mio. bzw. -13,2%). Die DEZA verzeichnete einen Rückgang der Kosten von rund 1,3 Millionen, nachdem im Vorjahr das Jubiläumsjahr «50 Jahre DEZA» zu höheren Kommunikationskosten geführt hatte. Im EDA stiegen die Personalkosten um rund 0,2 Millionen.

Im EDI stiegen die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit auf 12,9 Millionen (+0,6 Mio.). Die Kommunikation des EDI war im Vergleich zum Vorjahr viel stärker durch eidgenössische Abstimmungen beansprucht (Managed Care, Jugend&Musik, Schutz vor Passivrauchen). Im BSV stiegen die Kosten deutlich an (+0,6 Mio.). Dies ist in erster Linie mit den durchgeführten Jugendschutzprogrammen «Jugend und Gewalt» sowie «Jugend und Medien» zu erklären.

Im EJPD blieben die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit mit 4,2 Millionen weitgehend stabil (+0,1 Mio.). Die Mehrkosten entstanden primär durch Wiederbesetzung vakanter Stellenprozente. Die Personalkosten machen mit insgesamt 3,7 Millionen einen Anteil von 86 Prozent der Gesamtkosten der Öffentlichkeitsarbeit aus. Davon entfällt der grösste Teil (63%) auf die Medien- und Informationsarbeit zu den Themen Migration, Polizei und Justiz.

Das VBS war auch im 2012 das Departement mit dem bedeutendsten Anteil an den gesamten Kosten der Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt wurden 13,5 Millionen aufgewendet, was einer Zunahme von 0,9 Millionen entspricht (+6,8%). Die Sachkosten stiegen um 0,6 Millionen, u.a. wegen neuer Kommunikationsprodukte im BABS und bei Swisstopo. Bei der Verteidigung blieben die Personalkosten und der Stellenetat (rund 37 Vollzeitstellen) gleich, die Sachkosten stiegen um 8,0 Prozent.

Die Öffentlichkeitsarbeit des EFD war 2012 geprägt vom Präsidentschaftsjahr. Wegen der weiterhin starken Nachfrage nach Informationen zu internationalen Finanz- und Steuerfragen stieg die Beanspruchung der Kommunikationsdienste, was sich auch in höheren Personalkosten im SIF und im GS-EFD auswirkte. Die Gesamtkosten stiegen um 1,5 Millionen auf 10,7 Millionen (+16%). Die Personalkosten erhöhten sich um 11,8 Prozent auf 8,1 Millionen. Die Sachkosten, die im Vorjahr stark zurückgegangen waren, erreichten mit 2,6 Millionen wieder das Niveau der Vorjahre.

Im EVD betragen 2012 die Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit 10,3 Millionen und sind damit praktisch unverändert gegenüber dem Vorjahr (+0,6%). Die Personalkosten gingen wegen nicht ausgeschöpfter Stellenprozente im GS-EVD und im SECO um 4,6 Prozent auf 7,4 Millionen zurück, die Sachkosten stiegen um 13 Prozent auf 2,9 Millionen. Mit dem Agrarbericht und Filmen zur Berufsbildung setzten das BLW bzw. das BBT thematische Schwerpunkte, die etwas höhere Sachkosten mit sich brachten.

Das UVEK verzeichnete 2012 einen deutlichen Rückgang der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit. Diese betragen 10,6 Millionen (-1,2 Mio. bzw. -10,4%). Die Personalkosten stiegen um 2,5 Prozent auf 6,5 Millionen. Einen deutlichen Rückgang gab es mit 25,4 Prozent bzw. 1,4 Millionen bei den Sachkosten. Dafür sind in erster Linie deutlich niedrigere Sachkosten des BAV für Baustelleninformation und Strassenbauvorhaben verantwortlich. Das ARE verzeichnete im Zusammenhang mit den Abstimmungen über die Zweitwohnungsinitiative und über das Raumplanungsgesetz geringfügig höhere Kommunikationskosten.

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsbüros EDA/EVD und des Infrastrukturfonds gingen 2012 um 8,2 bzw. 12,2 Prozent zurück, diejenigen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung stiegen im Zusammenhang mit dem 125-Jahr-Jubiläum der EAV gegenüber dem Vorjahr um 25,8 Prozent.

Im Vergleich zur Rechnung 2011 stieg der Gesamtaufwand der FLAG-Einheiten um 65 Millionen oder 1 Prozent. Neue Aufgaben und der Unterhalt der Infrastrukturen begründen diesen Mehraufwand. Im Eigenbereich ist der prozentuale Anstieg doppelt so stark, insbesondere wegen des stark gewachsenen Personalaufwands (+4 %). Demgegenüber ist der Funktionsertrag rückläufig, dies unter anderem infolge des kleineren Immobilienbestands der armasuisse. Erneut stark zugenommen hat die Reservenbildung (+35 %).

Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	2 479	2 258	2 416	-63	-2,5
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 251	2 124	2 220	-31	-1,4
Regalien und Konzessionen	30	30	30	0	0,0
Übriger Ertrag	198	104	166	-32	-16,1
Ordentlicher Aufwand	5 438	5 667	5 503	65	1,2
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 039	4 160	4 130	91	2,3
Transferaufwand	1 342	1 417	1 367	25	1,9
Übriger Aufwand	57	90	6	-51	-89,8
Ausserordentlicher Ertrag	-	634	738	738	-
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	40	35	33	-7	-16,6
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	25	33	32	7	29,9
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	15	3	1	-14	-91,2
Ordentliche Investitionsausgaben	2 612	2 729	2 675	63	2,4
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 589	1 625	1 575	-14	-0,9
Investitionsbeiträge	170	177	172	2	1,3
Übrige Investitionen	854	928	928	74	8,7
Ausserordentliche Investitionsausgaben	850	-	-	-850	-100,0

Hinweis:

- Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung
- Für die bessere Vergleichbarkeit werden die Zahlenwerte 2011 ohne BRZ dargestellt.

Entwicklung von Erfolgs- und Investitionsrechnung

Der *ordentliche Ertrag* der 21 FLAG-Verwaltungseinheiten beläuft sich auf 2416 Millionen. Er ist um 2,5 Prozent kleiner als 2011 (-63 Mio.). Der Rückgang teilt sich je zur Hälfte zwischen dem *Funktionsertrag* (-31 Mio.) und dem *übrigen Ertrag* (-32 Mio.) auf. Die Einnahmen aus *Regalien und Konzessionen* lagen dagegen auf dem Vorjahresniveau. Der Rückgang im *Funktionsertrag* erklärt sich einerseits durch die Zunahme im finanzierungswirksamen Anteil (+24 Mio.; +7%), andererseits durch die Abnahme bei der Leistungsverrechnung (-46 Mio.; -3%) und beim nicht finanzierungswirksamen Anteil (-10 Mio.; -17%):

- Die finanzierungswirksamen Erträge machen mit 384 Millionen rund einen Sechstel des Funktionsertrages aus. Zwei Drittel des Zuwachses (+ 16 Mio.) fallen bei der Zentralen Ausgleichsstelle an. Er ist durch geleistete Kostenvergütungen des Ausgleichsfonds sowie Mehreinnahmen bei der Familienausgleichskasse des Bundes und der freiwilligen Versicherung begründet. Weitere Mehrerträge erzielen das Bundesamt für Kommunikation (+ 4 Mio.) aus der Auktion der Mobilfunkfrequenzen und die Vollzugsstelle für den Zivildienst (+4 Mio.) aus der Abgeltung der Einsatzbetriebe für geleistete Zivildiensttage.

- Mehr als 80 Prozent des Funktionsertrags (1789 Mio.) entstammen der internen Leistungsverrechnung (LV). Im Wesentlichen wurde die Ertragsentwicklung von tieferen Erträgen der armasuisse Immobilien aufgrund des kleineren Immobilienbestandes (- 39 Mio.) und der IKT-Leistungserbringer (-10 Mio.) geprägt.

- Die nicht finanzierungswirksamen Erträge von 46 Millionen haben lediglich einen Anteil von 2 Prozent des Funktionsertrages. Der Ertragsrückgang ist hauptsächlich auf geringere Aufwertungsgewinne bei armasuisse Immobilien zurückzuführen.

Die Abnahme im *übrigen Ertrag* erklärt sich im Wesentlichen durch die Fertigstellung von Nationalstrassenteilstücken nach altem Recht. Im Vergleich zum Vorjahr haben Kantone in geringerem Umfang Eigentum an den Bund übertragen. Dies führt zu einem Ertragsrückgang von 125 Millionen beim Bundesamt für Strassen. Dieser Rückgang wird teilweise kompensiert durch eine höhere Zunahme des Münzumschs (+ 33 Mio.) sowie der damit verbundenen Reduktion der Rückstellung in der Bilanz (+57 Mio.) bei der swissmint.

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten steigt gegenüber 2011 um 1 Prozent auf 5503 Millionen. Im Eigenbereich (*Funktionsaufwand* Globalbudget) erhöht sich der Aufwand um 91 Millionen (+2,3 %). Wie im Vorjahr stellt er rund 30 Prozent des Eigenaufwands des Bundes (ohne Rüstungsaufwand). Der Aufwand setzt sich wie folgt zusammen: Personalaufwand (907 Mio.; 22 %), Sach- und Betriebsaufwand (1522 Mio.; 37 %) und Abschreibungen (1700 Mio.; 41 %).

- Der Personalaufwand steigt um 35 Millionen (+4 %). Der Zuwachs ist im Wesentlichen durch folgende Faktoren bestimmt: Temporäre Personalaufstockung für die Schaffung einer Informatikabteilung und Integration des Lösungszentrums BIT sowie für die Bearbeitung steigender Fallzahlen und Wahrnehmung neuer Aufgaben im Rahmen der Umsetzung der 6. IV-Revision bei der Zentralen Ausgleichsstelle (+11 Mio.); Abwicklung von Drittmittelprojekten in der Erfolgsrechnung durch die *agroscope* (+10 Mio.); für die Umsetzung des Netzbeschlusses und des CO₂-Gesetzes im Bereich Personenwagen beim Bundesamt für Strassen (+ 4 Mio.); erhöhte Nachfrage nach Leistungen beim Bundesamt für Metrologie, beim Bundesamt für Sport, beim Informatik Service Center EJPD und bei der Vollzugstelle für Zivildienst(+10 Mio.). Diesen Mehraufwänden stehen grösstenteils auch entsprechende Mehrträge gegenüber.
- Der Sach- und Betriebsaufwand nimmt um 43 Millionen zu (+3 %). Verantwortlich für die Erhöhung sind primär höhere Aufwände des Bundesamtes für Strassen für den Betrieb der Nationalstrassen (+22 Mio.), des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz für die Rückführung der Informatik-Systeme der NAZ von der Führungsunterstützungsbasis der Armee und für Komponenten der zentralen Steuerung POLYALERT, die im Bundesbesitz bleiben und neu im Eigenaufwand geführt werden (+10 Mio.), der *armasuisse* Immobilien für Instandsetzungen von Liegenschaften und externe Dienstleistungen (+5 Mio.) sowie für nutzerspezifische Basisdienstleistungen, Betrieb und Wartung der Informatik beim Bundesamt für Sport (+ 3 Mio.) und bei *agroscope* (+3 Mio.).
- Die Abschreibungen liegen im Vergleich zum Vorjahr um 11 Millionen (+1 %) höher. Dies ist auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückzuführen. Einerseits steigen die Abschreibungen beim Bundesamt für Strassen auf dem Nationalstrassennetz (+ 9 Mio.) und auf der eingesetzten Software (6 Mio.). Andererseits fallen die Abschreibungen bei den IKT-Leistungserbringern um 4 Millionen.

Der *Transferaufwand* steigt gegenüber dem Vorjahr um 25 Millionen (+2 %). Den grössten Anteil an diese Zunahme steuern Wertberichtigungen im Transferbereich des Bundesamtes für Strassen (+13 Mio.) und Beiträge an technische Sicherheitsmassnahmen für Dritte (+ 17 Mio.) des Bundesamtes für Zivilluftfahrt bei.

Der *übrige Aufwand* sinkt um 51 Millionen (-90 %). Hauptgrund hierfür ist, dass die *swissmint* in Folge geringerer Zunahme des Münzumschs im Vergleich zum Vorjahr keine Rückstellungen bilden musste.

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* sinken gegenüber 2011 um 7 Millionen. Zwar nehmen im Eigenbereich die Veräusserungen von *armasuisse* Immobilien um 7 Millionen zu. Die Rückzahlungen für die an Landesflughäfen, Regionalflughäfen und Flugfelder gewährten Darlehen an das Bundesamt für Zivilluftfahrt fallen aber im Vergleich zum Vorjahr um 14 Millionen tiefer aus.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* steigen gegenüber 2011 um 63 Millionen. Im Eigenbereich resultiert allerdings ein Rückgang von 14 Millionen. Einerseits sinken die Investitionsausgaben beim Bundesamt für Strassen (-49 Mio.) und beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (-9 Mio.). Andererseits steigen sie bei *armasuisse* Immobilien (+44 Mio.). Der Anstieg bei den *Investitionsbeiträgen* um 2 Millionen ist auf höhere Beiträge für Hauptstrassen beim Bundesamt für Strassen zurückzuführen. Stark angestiegen sind zudem die *übrigen Investitionen* (74 Mio.; -9%). Entscheidend hierfür ist die gegenüber dem Vorjahr höhere Einlage in den Infrastrukturfonds beim Bundesamt für Strassen.

Entwicklung des Personalbestandes

Der Jahresdurchschnitt des Personalbestandes der FLAG-Einheiten erhöht sich gegenüber 2011 auf umgerechnet 5695 Vollzeitstellen (+31 FTE). Der höhere Personalbestand ergibt sich insbesondere durch folgende Veränderungen:

- Bundesamt für Strassen (+20 FTE): Zur Wahrnehmung neuer Aufgaben (wie z.B. Umsetzung des Netzbeschlusses, Sanktionen zur Einhaltung der CO₂-Emissionsziele);
- Zentrale Ausgleichsstelle (+11 FTE): Zur Bewältigung steigender Arbeitslasten (Rentengesuche, Auskünfte), neuer Aufgaben bei der Umsetzung der 6. IV-Revision und temporär für den Aufbau der Informatikabteilung.

Neutral wirkte sich die Überführung des Lösungszentrums in Genf (40 FTE) vom Bundesamt für Informatik und Telekommunikation zur Zentralen Ausgleichsstelle aus.

Entwicklung der Reserven

2012 werden neue zweckgebundene Reserven im Umfang von insgesamt 110 Millionen gebildet und solche im Umfang von 61 Millionen aufgelöst. Der Bestand hat somit stark zugenommen und beträgt Ende 2012 185 Millionen (+35 %). Die Reserven verteilen sich auf 18 der 21 FLAG-Einheiten. Der mit Abstand grösste Anteil (86 Mio.; 47%) entfällt auf das ASTRA. 2012 wurden keine allgemeine Reserven gebildet und nur bei der *swisstopo* 50 000 aufgelöst. Per 31.12.2012 verfügen 14 von 21 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven im Umfang von 40 Millionen.

Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2012				Zweckgebundene Reserven FLAG 2012			
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.
Total	39,7	–	-0,0	39,7	136,7	109,5	-61,4	184,9
285 IT EDA	1,2	–	–	1,2	2,3	2,0	–	4,3
307 NB	–	–	–	–	1,0	1,1	-0,6	1,5
311 MeteoSchweiz	1,2	–	–	1,2	5,7	2,8	–	8,5
414 METAS	1,7	–	–	1,7	0,8	–	-0,8	–
485 ISC-EJPD	3,4	–	–	3,4	5,2	1,3	-2,8	3,7
504 BASPO	3,0	–	–	3,0	–	–	–	–
506 BABS	1,8	–	–	1,8	0,1	0,5	-0,1	0,5
542 ar W+T	1,1	–	–	1,1	3,3	0,7	-1,5	2,4
543 ar Immo	10,0	–	–	10,0	73,8	–	-34,1	39,7
570 swisstopo	2,7	–	-0,0	2,7	4,6	2,5	-2,3	4,8
602 ZAS	–	–	–	–	3,1	–	-0,8	2,4
603 Swissmint	–	–	–	–	0,2	0,9	-0,2	0,9
609 BIT	10,0	–	–	10,0	24,5	7,2	-14,0	17,7
710 Agroscope	–	–	–	–	2,1	–	-1,4	0,7
735 ZIVI	0,7	–	–	0,7	2,6	–	–	2,6
740 SAS	0,3	–	–	0,3	0,6	0,6	-0,0	1,1
785 ISCeco	–	–	–	–	2,0	2,6	-1,8	2,7
803 BAZL	2,0	–	–	2,0	1,7	–	-0,1	1,6
806 ASTRA	–	–	–	–	2,2	86,0	–	88,2
808 BAKOM	0,5	–	–	0,5	1,2	1,4	-1,1	1,5

Allgemeine Reserven können gebildet werden, wenn eine FLAG-Einheit nachweislich besonders wirtschaftlich und effektiv gearbeitet hat. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen oder 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. Die Verwendung muss sich nach den Zielsetzungen des Leistungsauftrags richten.

Zweckgebundene Reserven können gebildet werden aus Kreditanteilen für geplante Projekte, die am Jahresende noch nicht abgeschlossen sind. Die Reserven dürfen nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie.

Weiterentwicklung der Verwaltungsführung –

Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Der Bundesrat hat am 4.5.2011 den Richtungsentscheid zur Weiterentwicklung der Verwaltungsführung gefällt und am 16.12.2011 den Projektantrag NFB beschlossen. Die Planung und Steuerung des Haushalts soll verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen ausgerichtet werden. Die Budgetierung soll durch jährliche Ziele zu Leistungen und Wirkungen ergänzt werden ('performance budgeting'). Das neue Führungsmodell soll den Planungsdialog mit dem Parlament ausbauen und dessen Rolle in der Leistungssteuerung stärken, gleichzeitig aber die heutige Kompetenzordnung zwischen Exekutive und Legislative in Planungs- und Steuerungsfragen grundsätzlich beibehalten.

NFB baut im Wesentlichen auf folgenden neuen Planungs- und Steuerungselementen auf:

- Voranschlag mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP);
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie Leistungsgruppen der Verwaltungseinheiten mit ausgewählten Zielen zu Leistungen und Wirkungen;
- Leistungskontrakte zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblichen Jahreszielen zu Kosten, Leistungen und Projekten.

Für sämtliche Verwaltungseinheiten sollen sich die zukünftigen Handlungsspielräume und Anreize am bestehenden FLAG-Modell orientieren. Neben dem Globalbudget sollen namentlich die Möglichkeit zur Reservbildung, Kreditüberschreitungen bei leistungsbedingten Mehrerträgen und erleichterte Kreditverschiebungen beibehalten werden.

2013 wird die Botschaft zum NFB erarbeitet, zu der auch eine Vorkonultation der interessierten parlamentarischen Kommissionen stattfinden wird. NFB ist eine Massnahme der Legislaturplanung 2011–2015; die Einführung ist per 1.1.2016 geplant.

Der bessere Abschluss der Erfolgs- gegenüber der Finanzierungsrechnung (+0,4 Mrd.) ist primär auf Bewertungsgewinne bei Beteiligungen zurückzuführen. Demgegenüber werden die Agios in der Erfolgsrechnung über die Laufzeiten verteilt und fallen entsprechend geringer aus. Die Differenz zwischen Investitionsausgaben und den Abschreibungen und Wertberichtigungen der Erfolgsrechnung ist relativ gering und widerspiegelt das stabile Investitionsvolumen des Bundes.

Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung	Rechnung 2012	Erfolgsrechnung	Rechnung 2012	Differenz
Mio. CHF				
Finanzierungsergebnis	2 000	Jahresergebnis	2 443	444
Ordentliches Finanzierungsergebnis	1 262	Ordentliches Ergebnis	1 705	444
Ordentliche Einnahmen	62 997	Ordentlicher Ertrag	64 041	1 044
Fiskaleinnahmen	58 788	Fiskalertrag	58 288	-500
Regalien und Konzessionen	938	Regalien und Konzessionen	995	57
Übrige laufende Einnahmen	1 721	Übriger Ertrag	1 852	131
Investitionseinnahmen	222			-222
Finanzeinnahmen	1 328	Finanzertrag	2 842	1 514
Beteiligungseinnahmen	867			-867
Übrige Finanzeinnahmen	461	Zunahme von Equitywerten	2 285	2 285
		Übriger Finanzertrag	557	96
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	64	64
Ordentliche Ausgaben	61 736	Ordentlicher Aufwand	62 336	601
Eigenausgaben	9 940	Eigenaufwand	12 304	2 364
Personalausgaben	5 070	Personalaufwand	5 060	-10
Sach- und Betriebsausgaben	3 873	Sach- und Betriebsaufwand	4 029	156
Rüstungsausgaben	997	Rüstungsaufwand	997	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 218	2 218
Laufende Transferausgaben	42 882	Transferaufwand	47 332	4 450
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 687	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 687	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 036	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 015	-21
Beiträge an eigene Institutionen	3 093	Beiträge an eigene Institutionen	3 093	-
Beiträge an Dritte	14 594	Beiträge an Dritte	14 619	25
Beiträge an Sozialversicherungen	15 472	Beiträge an Sozialversicherungen	15 399	-73
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 101	4 101
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	417	417
Finanzausgaben	1 906	Finanzaufwand	2 664	758
Zinsausgaben	1 736	Zinsaufwand	2 406	670
Übrige Finanzausgaben	171	Abnahme von Equitywerten	-	-
		Übriger Finanzaufwand	258	88
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	37	37
Investitionsausgaben	7 007			-7 007
Sachanlagen und Vorräte	2 359			-2 359
Immaterielle Anlagen	47			-47
Darlehen	480			-480
Beteiligungen	20			-20
Investitionsbeiträge	4 101			-4 101
Ausserordentliche Einnahmen	738	Ausserordentlicher Ertrag	738	-
Ausserordentliche Ausgaben	-	Ausserordentlicher Aufwand	-	-

Die Differenz des ordentlichen Ergebnisses zwischen der Finanzierungsrechnung und der Erfolgsrechnung von 444 Millionen verteilt sich über die Kontengruppen wie folgt:

Einnahmen gegenüber Ertrag (+1044 Mio.)

Die *Fiskalerträge* liegen infolge der Erhöhung der Rückstellung für künftig zu erwartende Rückerstattungsforderungen aus der Verrechnungssteuer um 500 Millionen tiefer als die Fiskaleinnahmen. Diese Rückstellung beträgt neu 8,7 Milliarden.

Die Differenz bei den *Regalien- und Konzessionen* von plus 57 Millionen ist die Folge einer Reduktion der Rückstellung für den Münzumsatz. Die Höhe der Rückstellung wird alle fünf Jahre überprüft. Zur Zeit beträgt die Rückstellung 2 Milliarden.

Beim *übrigen Ertrag* stammt der Unterschied von 131 Millionen zur Finanzierungsrechnung vorwiegend aus der Aktivierung von Eigenleistungen und Anlagegütern (57 Mio.), der Aktivierung von Kantonsanteilen von in Betrieb genommenen Nationalstrassen (19 Mio.) sowie aus dem Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken (34 Mio.). Neben den erwähnten Positionen sind weitere zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Erfassung der Erträge zu berücksichtigen: Asylwesen (1 Mio.), Liegenschaftsbereich (18 Mio.), Diverse (2 Mio.).

Die Einnahmen aus der *Veräusserung von Investitionsgütern* im Betrag von 222 Millionen führen lediglich im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten zu einem Ertrag, welcher im übrigen Ertrag enthalten ist.

Die Differenz von 1514 Millionen beim *Finanzertrag* resultiert im Wesentlichen aus Bewertungsgewinnen auf den namhaften Beteiligungen (Zunahme der Equitywerte, vgl. Band 3, Statistikteil, Tabelle D03) sowie dem Saldo von Abgrenzungen bei Geld- und Kapitalmarktanlagen.

Aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* erfolgten Entnahmen im Betrag von 64 Millionen. Es handelt sich dabei um die Fonds Spielbankenabgabe (52 Mio.) sowie CO₂-Abgabe, Gebäudeprogramm (12 Mio.).

Ausgaben gegenüber Aufwand (+601 Mio.)

Die Abweichung des *Eigenaufwandes* von den entsprechenden Ausgaben von 2364 Millionen ergibt sich aus den nachstehenden Positionen:

Die Aufwandminderung beim *Personal* von 10 Millionen resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo aus Auflösungen von Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben (-11 Mio.) und Abgrenzungen im Bereich der Überbrückungsrenten (+1 Mio.).

Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (+156 Mio.) handelt es sich grösstenteils um nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager und um Abgrenzungen beim Liegenschaftsunterhalt.

Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* von 2218 Millionen erfolgen in der Regel linear über die Nutzungsdauer. Verluste aus Anlagenabgang werden als ausserplanmässige Abschreibungen gebucht. Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf den Nationalstrassen (1425 Mio.), Liegenschaften und Grundstücken (570 Mio.), Mobilien (82 Mio.), Informatik (49 Mio.) und immateriellen Anlagen (92 Mio.).

Beim *Transferaufwand* belaufen sich die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung per Saldo auf total 4450 Millionen. Bei den Entschädigungen an Gemeinwesen resultiert aus einer Abgrenzung für die Abgeltung der Nothilfepauschale an die Kantone ein Minderaufwand von 21 Millionen. Ein Mehraufwand von 25 Millionen ergibt sich bei der Kontengruppe Beiträge an Dritte aus zeitlichen Abgrenzungen für den periodengerechten Ausweis der Verpflichtungen. Der Aufwand für Beiträge an Sozialversicherungen liegt mit minus 73 Millionen unter den entsprechenden Ausgaben. Diese Abweichung resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen für künftige Rentenverpflichtungen aus der Militärversicherung (-76 Mio.) sowie aus weiteren zeitlichen Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung von Leistungen (+ 3 Mio.).

Die *Investitionsbeiträge* (4101 Mio.) werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Ausgaben für Darlehen und Beteiligungen werden ebenfalls über die Investitionsrechnung abgerechnet und Ende Jahr gemäss den Vorschriften bewertet und wenn nötig wertberichtigt. Von den *Wertberichtigungen* von total 417 Millionen entfallen auf Darlehen 397 Millionen: Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit (7 Mio.), SIFEM (8 Mio.), SBB und übrige konzessionierte Transportunternehmen KTU (363 Mio.), Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (1 Mio.), Investitionskredite an die Landwirtschaft (55 Mio.), abzüglich diverse Wertaufholungen von total 40 Millionen: BLS Netz AG und weitere KTU (32 Mio.), WEG/WFG-Darlehen (8 Mio.). Die Wertberichtigungen bei den Beteiligungen belaufen sich auf 20 Millionen und betreffen im Wesentlichen Wertkorrekturen bei diversen Entwicklungsbanken.

Beim *Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu den Finanzausgaben 758 Millionen. Die Abgrenzungen zum periodengerechten Ausweis des Aufwandes betragen beim Zinsaufwand für Anleihen 670 Millionen, beim übrigen Finanzaufwand 88 Millionen (Kapitalbeschaffungsaufwand 37 Mio., Kommissionen, Abgaben und Spesen 51 Mio.).

Die Einlagen in die *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* betragen im Berichtsjahr 37 Millionen. Sie betreffen den Altlastenfonds (15 Mio.), die Lenkungsabgabe VOC/HEL (4 Mio.), die CO₂-Abgabe, Rückverteilung (12 Mio.), die CO₂-Verminderung, Rückverteilung (3 Mio.), die Filmförderung (1 Mio.) sowie den Fonds für Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (1 Mio.).

Unterschiede Finanzierungs-/Erfolgsrechnung

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die Erfolgsrechnung den Saldo aus dem Wertverzehr und -zuwachs (d.h. Aufwand resp. Ertrag) und damit die Veränderung der Vermögenslage des Bundes. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden (mit unmittelbarem Mittelabfluss) werden daher in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen, vermögensverändernden Geschäftsvorfälle berücksichtigt.

Hauptunterschied zwischen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung ist die *Behandlung der Investitionen*. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung, fliessen aber nicht in die Erfolgsrechnung ein, weil sie nicht das Vermögen verringern, sondern einen Abtausch von Positionen auf der Aktivseite der Bilanz darstellen. Hingegen gehen die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den

Ausserordentliche Transaktionen

Die ausserordentlichen Einnahmen in der Finanzierungsrechnung (738 Mio.) stammen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen. Sie werden in der gleichen Höhe als ausserordentlicher Ertrag in der Erfolgsrechnung berücksichtigt und nicht zeitlich abgegrenzt.

Investitionen als nicht finanzierungswirksamer Aufwand in die Erfolgsrechnung ein (Wertverzehr). Die (nicht rückzahlbaren) Investitionsbeiträge werden zwar als Investition geführt, aber vollständig wertberichtigt, weil die Aktivierung beim Empfänger erfolgt. Mit Wertberichtigungen wird zudem den eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buchwerte. Ebenso werden Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte) berücksichtigt.

Unter den nicht finanzierungswirksamen Aufwänden sind auch die *Rückstellungen* zu nennen. Diese werden für bereits eingetretene Ereignisse gebildet, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu künftigen Ausgaben führen. Ferner enthält die Erfolgsrechnung nicht finanzierungswirksame *Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten*, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft worden sind und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren.

Im Jahr 2012 betrug das Volumen der Leistungsverrechnung 2,6 Milliarden und damit nur wenig mehr als im Vorjahr. Das leicht geringere Verrechnungsvolumen bei der Unterbringung ist eine Folge des fortgeführten Abbaus beim Immobilienbestand von armasuisse. Bei der Informatik ist das Volumen gegenüber 2011 stabil, allerdings ergibt sich gegenüber dem Budget – wie schon in den Vorjahren – durch kurzfristige Leistungsvereinbarungen ein um 12 Prozent deutlich höheres Volumen.

Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 643	2 644	2 620	-22	-0,8
Unterbringung	1 670	1 664	1 652	-18	-1,1
armasuisse Immobilien	1 226	1 196	1 187	-39	-3,2
Bundesamt für Bauten und Logistik	444	468	465	21	4,7
Informatik	593	533	595	2	0,3
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	424	351	398	-25	-6,0
Übrige IKT-Leistungserbringer	170	181	197	27	16,1
Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften	247	275	240	-7	-2,7
Übrige verrechnete Leistungen	132	172	133	1	0,8
Dienstleistungen	83	117	88	5	5,6
Verkäufe	49	54	46	-4	-7,3

Das auf die Unterbringung bezogene Verrechnungsvolumen (-18 Mio.) ist auf den sinkenden Umfang bei armasuisse Immobilien zurückzuführen. Dieser ist eine Folge des kontinuierlichen Abbaus des Immobilienbestandes (Kernbestand), gemäss den politischen Vorgaben. Er wird sich daher in der Tendenz fortsetzen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist in der Informatik (BIT) das Verrechnungsvolumen aufgrund der geringeren Nachfrage nach Projektleistungen zurückgegangen (-25 Mio.). Bei den übrigen IKT-Leistungserbringern (+27 Mio.) sind insbesondere im EDA für die Auslandskommunikation (Netzerneuerung KOMBV 4) höhere Kosten angefallen. Weiter ist im VBS eine Zunahme als Folge einer Anpassung der Verrechnungspreise für den IT Systembetrieb zu verzeichnen.

Die bedeutende Abweichung zum Voranschlag (+62 Mio. resp. +12 %) ist hauptsächlich auf unterjährig realisierte, jedoch nicht geplante Vorhaben und Projekte zurückzuführen. Die Konkretisierung und somit der Sourcing-Entscheid zugunsten des bundesinternen IKT-LE erfolgte – wie bereits in den Vorjahren – teilweise erst im Haushaltvollzug. Die LV für Betrieb und Instandhaltung Liegenschaften fiel im Vergleich zum Voranschlag 2012 um 35 Mio. geringer aus. In der Verteidigung konnten aufgrund von personellen Ressourcenengpässen weniger Leistungen zugunsten der armasuisse erbracht werden.

Kriterien für die Leistungsverrechnung (LV)

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung werden gewisse Leistungen kreditwirksam zwischen den Verwaltungseinheiten verrechnet. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer (LE) übersteigt 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten Menge und Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs steuern zu können.
- *Kommerzieller Charakter:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten



A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungsergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Bruttoschulden
2012	1 262	62 997	61 736	1 705	64 041	62 336	-24 999	112 406
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 812
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 110
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 520
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 297
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

Hinweise:

- Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung
- Beim Eigenkapital wird bis 2006 (vor Einführung NRM) der Bilanzfehlbetrag ausgewiesen. Seit der Einführung des NRM (2007) umfasst das Eigenkapital neben dem Bilanzfehlbetrag auch die zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital, die Spezialfonds und die Reserven aus Globalbudgets.

A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen	20 680	Ausserordentliche Ausgaben	21 724
2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	738	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	64 177	67 973	62 833	64 535	64 751	63 735	-800	-1,2
2 Ausserordentliche Einnahmen	283	7 024	–	290	634	738		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	63 894	60 949	62 833	64 245	64 117	62 997	-1 248	-1,9
4 Konjunkturfaktor	0,983	1,018	1,013	1,007	1,007	1,012	0,005	
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	62 808	62 046	63 650	64 695	64 565	63 753	-942	-1,5
6 Konjunktuell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	1 086	-1 097	-817	-450	-449	-756		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	11 141	–	427	1 998	–	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	–	416	166	435	435		
11 Höchstzulässige Ausgaben [11=5+7-8-9-10]	73 949	62 046	63 662	66 527	64 131	63 319	-3 209	-4,8
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	67 739	58 228	59 693	64 331	64 131	61 736	-2 595	-4,0
13 Differenz (Art. 16 FHG) [13=11-12]	6 210	3 818	3 969	2 197	0	1 583		

A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
14 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	2 616	8 827	12 645	15 614	17 811		
15 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto) [=8]	–	–	–	–	–		
16 Differenz (Art. 16 FHG) [=13]	6 210	3 818	3 969	2 197	1 583		
17 Zwischentotal [17=14+15+16]	8 827	12 645	16 614	17 811	19 394	1 583	8,9
18 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
19 Inkraftsetzung Ergänzungsregel (Art. 66 FHG)	–	–	-1 000	–	–		
20 Stand Ausgleichskonto per 31.12. [20=17+18+19]	8 827	12 645	15 614	17 811	19 394	1 583	8,9

A03 Stand Amortisationskonto

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
21 Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	–	–	–	416	-1 127		
22 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 17a FHG)	–	–	–	1 998	–		
23 Ausserordentliche Einnahmen (Art. 17a FHG)	–	–	–	290	738		
24 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto) [=9]	–	–	–	–	–		
25 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen) [=10]	–	–	416	166	435		
26 Stand Amortisationskonto per 31.12. [26=21-22+23+24+25]	–	–	416	-1 127	46	1 173	104,1

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	63 894	60 949	62 833	64 245	64 117	62 997	-1 248	-1,9
Fiskaleinnahmen	58 752	55 890	58 157	58 996	59 914	58 788	-208	-0,4
Direkte Bundessteuer	17 513	17 877	17 886	17 891	18 759	18 342	451	2,5
Verrechnungssteuer	6 460	4 380	4 723	4 861	4 186	4 335	-526	-10,8
Stempelabgaben	2 975	2 806	2 855	2 857	2 445	2 136	-721	-25,2
Mehrwertsteuer	20 512	19 830	20 672	21 642	22 550	22 050	408	1,9
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	7 279	7 602	7 341	7 435	7 543	202	2,8
Mineralölsteuern	5 222	5 183	5 134	5 020	5 090	5 033	13	0,3
Tabaksteuer	2 186	1 987	2 356	2 208	2 233	2 397	188	8,5
Biersteuer	110	110	112	113	112	113	1	0,7
Verkehrsabgaben	2 137	2 114	2 210	2 323	2 323	2 293	-30	-1,3
Automobilsteuer	363	312	373	408	370	412	4	0,9
Nationalstrassenabgabe	333	351	347	360	353	352	-8	-2,1
Schwerverkehrsabgabe	1 441	1 452	1 490	1 555	1 600	1 529	-26	-1,6
Zölle	1 017	1 033	1 079	1 046	1 060	1 044	-2	-0,2
Spielbankenabgabe	455	415	381	376	395	329	-47	-12,4
Lenkungsabgaben	163	151	748	660	761	716	57	8,6
Lenkungsabgabe VOC	135	124	123	127	125	125	-1	-1,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	-	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	27	36	35	36	35	0	-0,2
Lenkungsabgabe CO2	-	-	589	498	600	556	58	11,7
Übrige Fiskaleinnahmen	3	4	0	-	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 331	1 354	1 391	1 410	924	938	-472	-33,5
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	235	246	243	269	275	267	-3	-0,9
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	333	333	-500	-60,0
Zunahme des Münzumsatzes	42	53	74	54	87	87	33	61,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	196	187	209	221	196	218	-2	-1,1
Übrige Regalien und Konzessionen	25	35	32	33	33	33	0	0,0
Finanzeinnahmen	1 719	1 608	1 233	1 601	1 337	1 328	-273	-17,1
Zinseinnahmen	715	535	360	369	496	353	-15	-4,2
Finanzanlagen	298	34	11	24	53	40	16	66,2
Darlehen	180	240	67	64	165	58	-6	-9,3
Bevorschussung an FinöV-Fonds	226	177	204	193	194	176	-16	-8,6
Übrige Zinseinnahmen	11	84	77	88	83	79	-9	-9,9
Kursgewinne	91	49	82	169	-	107	-62	-36,9
Beteiligungseinnahmen	905	771	790	838	840	867	29	3,5
Übrige Finanzeinnahmen	8	254	1	226	1	1	-225	-99,6
Übrige laufende Einnahmen	1 840	1 802	1 720	1 645	1 691	1 721	76	4,6
Entgelte	1 441	1 396	1 272	1 200	1 247	1 251	52	4,3
Wehrpflichtersatzabgabe	140	148	155	157	170	160	3	1,9
Gebühren	305	227	217	225	244	241	16	7,2
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	78	79	78	76	68	78	1	1,9
Verkäufe	183	148	128	101	74	91	-10	-9,5
Rückerstattungen	186	198	108	132	116	130	-2	-1,3
EU Zinsbesteuerung	147	166	120	97	135	114	17	17,2
Übrige Entgelte	402	430	466	411	440	436	25	6,2
Verschiedene Einnahmen	399	406	447	445	443	469	24	5,5
Einnahmen aus Liegenschaften	354	348	376	361	380	386	25	7,0
Übrige verschiedene Einnahmen	45	59	71	84	63	83	-1	-1,0
Investitionseinnahmen	252	295	333	593	252	222	-371	-62,5
Veräusserung von Sachanlagen	46	74	78	45	62	50	4	9,6
Rückzahlung von Darlehen	202	212	237	186	189	172	-14	-7,6
Übrige Investitionseinnahmen	4	9	18	362	-	1	-361	-99,9

B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	2,5	-1,9
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	2,6	-0,4
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8	2,5
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5	-10,8
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-25,2
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4	1,9
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1	2,8
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3	0,3
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3	8,5
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3	0,7
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6	-1,3
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3	0,9
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8	-2,1
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9	-1,6
Kombinierter Verkehr	-	-	-	-100,0	-	-
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1	-0,2
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3	-12,4
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5	8,6
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0	-1,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5	-0,2
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	-	11,7
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	6,3	1,2	-33,5
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9	-0,9
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-	-60,0
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	4,4	61,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3	-1,1
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1	0,0
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	5,8	-17,1
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	-4,2
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	66,2
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	-9,3
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	1,6	-8,6
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-9,9
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4	-36,9
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3	3,5
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8	-99,6
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-1,8	4,6
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	4,3
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4	1,9
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4	7,2
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1	1,9
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8	-9,5
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	-1,3
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3	17,2
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3	6,2
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3	5,5
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1	7,0
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7	-1,0
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	12,9	-62,5
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7	9,6
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	-7,6
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4	-99,9

B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,0	93,3
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2	29,1
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1	6,9
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,4
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8	35,0
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8	12,0
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2	8,0
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,8
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5	3,6
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,7
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4	2,4
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,7
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6	0,5
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,1
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	–	0,4	0,9
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	–
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,2	1,5
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,5
Zunahme des Münzumlaufs	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,4	2,1
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8	0,6
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1	0,1
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2	0,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2	0,2
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,4
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,8	2,7
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	2,0
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,1
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,6	0,4
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	56 598	58 228	59 266	62 333	64 131	61 736	-597	-1,0
Eigenausgaben	9 107	9 533	9 487	9 789	10 311	9 940	150	1,5
Personalausgaben	4 555	4 828	4 894	4 945	5 278	5 070	125	2,5
Personalbezüge	3 761	3 954	3 998	4 024	4 249	4 111	87	2,2
Arbeitgeberbeiträge	612	752	781	804	896	842	38	4,7
Arbeitgeberleistungen	107	41	53	47	51	39	-9	-18,1
Übrige Personalausgaben	76	80	62	70	81	79	10	13,7
Sach- und Betriebsausgaben	3 323	3 611	3 592	3 682	3 996	3 873	192	5,2
Material- und Warenausgaben	46	41	46	39	53	39	-1	-2,3
Betriebsausgaben	2 968	3 164	3 126	3 233	3 500	3 371	137	4,2
Liegenschaften	249	288	287	282	300	292	10	3,6
Mieten und Pachten	152	151	149	176	170	170	-5	-3,1
Informatik	434	482	470	496	549	471	-25	-5,0
Beratungsausgaben	262	252	239	222	266	232	10	4,5
Betriebsausgaben der Armee	796	809	863	928	1 001	967	39	4,2
Verluste auf Forderungen	208	195	189	217	173	287	70	32,3
Übrige Betriebsausgaben	866	987	929	913	1 041	951	38	4,2
Betrieblicher Unterhalt	309	405	420	409	443	464	55	13,5
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 228	1 095	1 001	1 163	1 037	997	-166	-14,3
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	147	120	111	95	105	86	-9	-9,5
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	290	292	316	307	396	317	10	3,3
Rüstungsmaterial	792	683	575	761	536	594	-167	-22,0
Laufende Transferausgaben	37 146	38 194	39 536	42 494	43 554	42 882	388	0,9
Anteile Dritter an	7 414	7 116	7 705	8 549	8 874	8 687	138	1,6
Bundeseinnahmen								
Kantonsanteile	4 665	4 388	4 436	4 466	4 564	4 477	11	0,2
Anteile der Sozialversicherungen	2 619	2 596	2 694	3 519	3 826	3 734	215	6,1
Rückverteilung	130	132	576	564	483	477	-87	-15,5
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an	773	780	801	856	976	1 036	180	21,0
Gemeinwesen								
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	2 723	2 850	2 971	3 078	3 093	122	4,1
Beiträge an Dritte	12 646	13 290	13 616	14 316	14 883	14 594	278	1,9
Finanzausgleich	2 725	2 808	2 901	3 049	3 102	3 102	53	1,7
Internationale Organisationen	1 465	1 497	1 602	1 760	1 812	1 824	64	3,6
Übrige Beiträge an Dritte	8 456	8 985	9 114	9 507	9 970	9 668	162	1,7
Beiträge an Sozialversicherungen	13 740	14 285	14 564	15 802	15 743	15 472	-330	-2,1
AHV / IV / ALV	10 550	10 918	11 055	12 124	11 853	11 711	-413	-3,4
Übrige Sozialversicherungen	3 190	3 367	3 508	3 677	3 890	3 761	84	2,3

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
							absolut	%
Finanzausgaben	3 791	3 255	2 972	2 605	2 889	1 906	-699	-26,8
Zinsausgaben	3 660	3 135	2 834	2 380	2 773	1 736	-644	-27,1
Anleihen	3 270	2 896	2 595	2 178	2 480	1 610	-568	-26,1
Geldmarktbuchforderungen	141	1	3	5	72	-	-5	-100,0
Übrige Zinsausgaben	250	238	236	196	221	126	-70	-35,9
Kursverluste	77	26	54	88	-	44	-44	-49,9
Kapitalbeschaffungsausgaben	52	78	83	137	43	53	-84	-61,1
Übrige Finanzausgaben	1	16	2	0	73	73	73	n.a.
Investitionsausgaben	6 554	7 245	7 270	7 444	7 377	7 007	-437	-5,9
Sachanlagen und Vorräte	2 265	2 512	2 585	2 270	2 494	2 359	89	3,9
Liegenschaften	588	635	596	637	631	659	22	3,5
Mobilien und Vorräte	341	378	283	230	285	239	10	4,2
Nationalstrassen	1 336	1 499	1 706	1 403	1 579	1 461	58	4,1
Immaterielle Anlagen	31	39	46	50	53	47	-3	-6,2
Darlehen	366	599	307	854	422	480	-374	-43,8
Beteiligungen	31	30	30	110	52	20	-90	-82,0
Investitionsbeiträge	3 861	4 065	4 302	4 160	4 355	4 101	-59	-1,4
Fonds für	1 591	1 548	1 604	1 401	1 391	1 282	-120	-8,5
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 270	2 518	2 699	2 759	2 964	2 819	60	2,2

n.a.: nicht ausgewiesen

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	-1,0
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	3,7	1,5
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,6	2,5
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,2
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1	4,7
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	-18,1
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9	13,7
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	6,7	5,2
Material- und Warenausgaben	–	–	78,3	38,5	-3,7	-2,3
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7	4,2
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	3,6
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2	-3,1
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9	-5,0
Beratungsausgaben	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0	4,5
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0	4,2
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	-0,8	32,3
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	4,2
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–	13,5
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	-14,3
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	-9,5
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5	3,3
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	-22,0
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	4,8	0,9
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,2	1,6
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1	0,2
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	10,5	7,4	9,2	6,1
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	50,7	40,0	-15,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-3,0	21,0
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1	4,1
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	1,9
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	1,7
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9	3,6
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1	1,7
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2	-2,1
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5	-3,4
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3	2,3
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-26,8
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-11,3	-27,1
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9	-26,1
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	-100,0
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	-35,9
Kursverluste	–	–	–	–	12,8	-49,9
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	11,4	-61,1
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	–	-75,1	n.a.

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	4,4	-5,9
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	26,9	3,9
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4	3,5
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	4,2
Nationalstrassen	-	-	-	-	-	4,1
Immaterielle Anlagen	-	-	-	3,0	40,6	-6,2
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	22,8	-43,8
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	33,3	-82,0
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,3	-1,4
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	-	-8,5
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7	2,2

n.a.: nicht ausgewiesen

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,0	16,1
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,1	8,2
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2	1,4
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0	6,3
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,8
Beratungsausgaben	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,6
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,5
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,5
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,8
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9	1,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	1,0
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	66,6	69,5
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	13,0	14,1
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6	7,3
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	6,0
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,8
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,7
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	5,0
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,8	23,6
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	5,0
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7	3,0
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3	15,7
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,7	25,1
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9	19,0
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,1
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,1
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,1	2,8
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6	2,6
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	–
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,2
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,1
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,1

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	12,1	11,3
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	3,8
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0	1,1
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,4
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,9	0,8
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,6
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,1
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3	4,6

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut %	
Ordentliche Ausgaben	56 598	58 228	59 266	62 333	64 131	61 736	-597	-1,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 273	2 474	2 460	2 490	2 599	2 501	11	0,4
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 273	2 474	2 460	2 490	2 599	2 501	11	0,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	836	890	910	950	1 043	961	11	1,2
Allgemeines Rechtswesen	77	75	76	77	84	82	4	5,8
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	324	339	354	397	437	390	-8	-1,9
Grenzkontrollen	291	316	314	314	345	327	12	3,9
Gerichte	145	159	166	161	177	163	2	1,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 394	2 587	2 607	3 214	3 181	2 979	-235	-7,3
Politische Beziehungen	645	712	726	720	820	713	-7	-0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 642	1 723	1 761	2 358	2 100	2 106	-253	-10,7
Wirtschaftliche Beziehungen	86	76	75	81	83	78	-3	-3,7
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	21	75	44	55	177	82	27	50,4
Landesverteidigung	4 537	4 515	4 395	4 533	4 653	4 428	-106	-2,3
Militärische Landesverteidigung	4 439	4 413	4 292	4 417	4 530	4 306	-112	-2,5
Nationale Sicherheitskooperation	97	102	103	116	122	122	6	5,3
Bildung und Forschung	5 339	5 715	6 067	6 509	6 681	6 664	156	2,4
Berufsbildung	573	628	691	751	884	844	93	12,3
Hochschulen	1 655	1 765	1 833	1 891	1 927	1 923	32	1,7
Grundlagenforschung	2 038	2 196	2 350	2 506	2 519	2 536	29	1,2
Angewandte Forschung	1 043	1 099	1 164	1 331	1 322	1 334	2	0,2
Übriges Bildungswesen	30	28	28	29	29	28	0	-1,3
Kultur und Freizeit	429	395	413	429	476	450	20	4,8
Kulturerhaltung	85	92	106	104	118	116	12	11,9
Kulturförderung und Medienpolitik	168	170	169	172	194	190	18	10,7
Sport	176	134	138	153	164	143	-10	-6,7
Gesundheit	220	276	228	210	217	212	1	0,7
Gesundheit	220	276	228	210	217	212	1	0,7
Soziale Wohlfahrt	17 434	18 049	18 454	20 557	21 005	20 668	111	0,5
Altersversicherung	9 322	9 671	9 935	10 184	10 452	10 339	155	1,5
Invalidenversicherung	3 655	3 581	3 523	4 671	4 951	4 821	150	3,2
Krankenversicherung	1 806	1 847	2 008	2 150	2 263	2 186	36	1,7
Ergänzungsleistungen	1 127	1 312	1 271	1 305	1 402	1 366	61	4,7
Militärversicherung	252	195	216	221	230	213	-8	-3,7
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	314	406	439	941	459	456	-485	-51,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	99	144	126	84	93	80	-4	-4,8
Migration	812	842	885	937	1 084	1 145	208	22,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	47	53	51	64	71	61	-3	-4,5
Verkehr	7 538	8 099	8 225	8 062	8 467	8 130	68	0,8
Strassenverkehr	2 458	2 678	2 914	2 589	2 843	2 841	251	9,7
Öffentlicher Verkehr	4 989	5 325	5 215	5 341	5 444	5 129	-212	-4,0
Luftfahrt	91	96	96	132	180	160	28	21,6
Umweltschutz und Raumordnung	651	726	1 140	1 127	1 172	1 107	-20	-1,8
Umweltschutz	330	340	792	762	745	696	-67	-8,7
Schutz vor Naturgefahren	212	257	239	247	274	264	17	7,0
Naturschutz	96	117	96	103	137	131	28	26,9
Raumordnung	13	13	14	14	15	16	1	10,6

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
							absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 551	3 692	3 666	3 663	3 728	3 711	48	1,3
Landwirtschaft und Ernährung	3 551	3 692	3 666	3 663	3 728	3 711	48	1,3
Wirtschaft	405	560	591	632	563	544	-88	-13,9
Wirtschaftsordnung	160	109	119	120	145	137	17	13,8
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	131	247	168	234	147	138	-97	-41,2
Energie	90	179	280	254	245	244	-9	-3,7
Waldwirtschaft	25	27	24	24	26	25	1	5,5
Finanzen und Steuern	10 991	10 248	10 111	9 954	10 345	9 380	-574	-5,8
Anteile an Bundeseinnahmen	4 484	4 185	4 238	4 300	4 354	4 375	75	1,7
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 782	3 255	2 972	2 605	2 889	1 904	-702	-26,9
Finanzausgleich	2 725	2 808	2 901	3 049	3 102	3 102	53	1,7

B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	-1,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	0,4
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	0,4
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,2	4,0	1,2
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	5,8
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3	-1,9
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8	3,9
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3	1,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	9,0	-7,3
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1	-0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9	-10,7
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3	-3,7
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1	50,4
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	1,2	-2,3
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	-2,5
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0	5,3
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,9	2,4
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7	12,3
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9	1,7
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1	1,2
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4	0,2
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	-1,3
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-1,7	4,8
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5	11,9
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-6,6	10,7
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3	-6,7
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	0,7
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	0,7
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	5,0	0,5
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	1,5
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0	3,2
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3	1,7
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4	4,7
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	-3,7
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8	-51,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	-4,8
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3	22,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3	-4,5
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	2,3	0,8
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	9,7
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3	-4,0
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0	21,6
Umweltschutz und Raumordnung	-4,2	-0,5	4,7	3,8	14,5	-1,8
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2	-8,7
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	3,5	7,0
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9	26,9
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7	10,6
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	1,3
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	1,3

B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Wirtschaft	-9,1	-2,3	5,2	-11,6	12,3	-13,9
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0	13,8
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-41,2
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1	-3,7
Waldwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-12,4	5,5
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	0,5	-5,8
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0	1,7
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-26,9
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,7

B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,1
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,1
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,6	4,8
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,4
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	7,6	7,2
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4	7,0
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	10,0	10,8
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,4
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,1
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,1
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0	2,2
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7	0,7
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,5	33,5
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,7
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5	7,8
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,5
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9	0,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,1
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,5	13,2
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,6
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8	8,3
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
Umweltschutz und Raumordnung	1,2	1,1	1,2	1,2	1,5	1,8
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9	1,1
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	6,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	6,0

B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Wirtschaft	1,6	1,3	1,4	0,8	0,9	0,9
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4
Waldwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0	0,0
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	17,5	15,2
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3	7,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,1
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	5,0

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2012

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2012	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationa- le Zusammenarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	61 736	2 501	961	2 979	4 428	6 664	450
Eigenausgaben	9 940	2 126	766	697	3 947	246	123
Personalausgaben	5 070	1 325	670	552	1 422	150	88
Sach- und Betriebsausgaben	3 873	796	101	147	1 532	96	36
Rüstungsausgaben	997	–	–	–	997	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	5	-4	-2	-4	0	–
Laufende Transferausgaben	42 882	29	146	2 205	109	6 169	294
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 687	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 036	–	61	–	15	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 093	–	–	–	–	2 375	126
Beiträge an Dritte	14 594	29	85	2 205	94	3 794	164
Beiträge an Sozialversicherungen	15 472	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	1 906	2	–	0	0	0	0
Investitionsausgaben	7 007	343	49	77	372	249	32
Sachanlagen und Vorräte	2 359	334	24	0	372	148	2
Immaterielle Anlagen	47	9	6	2	–	0	–
Darlehen	480	–	–	55	–	–	–
Beteiligungen	20	–	–	20	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 101	–	19	–	–	101	30

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	212	20 668	8 130	1 107	3 711	544	9 380
Eigenausgaben	125	450	714	171	121	178	274
Personalausgaben	62	302	179	106	89	126	–
Sach- und Betriebsausgaben	63	148	531	65	32	52	274
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	0	4	0	–	0	–
Laufende Transferausgaben	82	20 207	2 230	601	3 444	164	7 202
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 734	376	477	–	–	4 101
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	926	24	4	2	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	577	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	67	160	1 253	120	3 357	164	3 102
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 388	–	–	84	–	–
Finanzausgaben	–	0	0	–	–	0	1 904
Investitionsausgaben	4	11	5 186	335	146	202	–
Sachanlagen und Vorräte	2	1	1 468	2	4	3	–
Immaterielle Anlagen	0	4	24	0	0	0	–
Darlehen	–	7	362	–	55	2	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	2	0	3 332	333	87	197	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2011

Kontengruppen	Total Rechnung 2011	Aufgabengebiete					
		Institutio- nelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	62 333	2 490	950	3 214	4 533	6 509	429
Eigenausgaben	9 789	2 123	758	671	4 054	238	118
Personalausgaben	4 945	1 309	661	532	1 403	142	85
Sach- und Betriebsausgaben	3 682	815	99	139	1 486	96	33
Rüstungsausgaben	1 163	–	–	–	1 163	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	-1	-2	0	3	0	–
Laufende Transferausgaben	42 494	31	150	2 053	152	5 977	286
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 549	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	856	–	65	–	14	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 971	–	–	–	–	2 339	73
Beiträge an Dritte	14 316	31	85	2 053	138	3 638	210
Beiträge an Sozialversicherungen	15 802	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 605	–	–	0	0	0	0
Investitionsausgaben	7 444	336	42	490	327	294	25
Sachanlagen und Vorräte	2 270	319	18	2	327	186	2
Immaterielle Anlagen	50	17	6	1	–	0	–
Darlehen	854	–	–	378	–	–	–
Beteiligungen	110	–	–	110	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 160	–	18	–	–	108	23

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	210	20 557	8 062	1 127	3 663	632	9 954
Eigenausgaben	123	406	646	163	116	161	211
Personalausgaben	60	282	169	101	85	116	–
Sach- und Betriebsausgaben	63	125	478	61	31	45	211
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	0	0	–	0	–
Laufende Transferausgaben	84	20 138	2 211	665	3 445	163	7 138
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 519	377	564	–	–	4 089
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	745	24	4	1	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	16	–	543	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	69	161	1 266	97	3 355	163	3 049
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 713	–	–	88	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	0	2 605
Investitionsausgaben	3	13	5 205	299	101	308	–
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 407	2	2	3	–
Immaterielle Anlagen	1	6	16	0	2	0	–
Darlehen	–	7	354	–	14	102	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	0	3 428	296	83	203	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand		1 037	1 096	1 009	-28
VOC / HEL-Lenkungsabgabe		255	260	259	4
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	127	125	125	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	2	4	1	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	-130	-124	-122	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung		-132	-91	-120	12
606	E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	332	400	368	
606	E1400.0114 Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	0	1	-	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	-1	-1	0	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-434	-359	-355	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm		-38	-34	-50	-13
606	E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	166	200	184	
606	E1400.0114 Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	-	-	0	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	0	-	0	
810	A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-133	-131	-153	
805	A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-67	-65	-43	
Sanktion CO₂-Verminderung PW, Rückverteilung		-	-	3	3
805	E1100.0124 Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	-	-	1	
805	E1400.0116 Zinsen auf Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	-	-	0	
806	E5300.0113 (Teil) Sanktion CO ₂ -Verminderung Personenwagen	-	-	3	
805	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-	-	0	
806	A6100.0001 (Teil) Funktionsaufwand (Globalbudget)	-	-	0	
Spielbankenabgabe		757	771	705	-52
417	E1100.0122 Spielbankenabgabe	376	395	329	
417	A2300.0113 Spielbankenabgabe für die AHV	-415	-381	-381	
Altlastenfonds		154	149	169	15
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	35	36	35	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-10	-40	-19	
810	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-	-	-1	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern		32	32	32	0
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung		8	8	9	1
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	3	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-2	-2	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	0	0	0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	0	-	-	
Filmförderung		1	0	1	1
306	E1300.0146 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	0	0	1	
306	A2310.0454 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	-	0	-	

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Einlage (+) / Entnahme (-)
	Krankenversicherung	0	0	0	0
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	881	913	886	
606	E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	206	283	283	
316	A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-1 086	-1 196	-1 169	
	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	0	0	0	0
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 248	2 323	2 262	
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	855	1 122	1 090	
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	461	477	463	
606	E1100.0102 Tabaksteuer	2 208	2 233	2 397	
601	E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	269	275	267	
318	A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV	-2 938	-2 985	-3 127	
318	A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV				
318	A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV				
318	A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
318	A2310.0453 (Teil) Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605	A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 248	-2 323	-2 262	
605	A2300.0111 Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-855	-1 122	-1 090	

Hinweise:

- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste
- Fonds mit positiven Vorzeichen sind in der Bilanz unter den «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» bilanziert. Jene Fonds mit negativen Vorzeichen sind hingegen unter den «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» ausgewiesen.

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	3 803	4 189	4 418	615
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 028	1 822	2 078	49
Einnahmen	3 821	3 823	3 834	
Ausgaben	-4 576	-4 030	-3 784	
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL - WTO	1 711	2 290	2 256	545
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	533	579	545	
Spezialfinanzierung Luftverkehr	9	23	31	21
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	8	23	20	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	11	31	28	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-10	-27	-26	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-	-7	-1	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-	-7	-	
Bundeskriegstransportversicherung	55	55	55	0
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	0	0	

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Einnahmen	3 821	3 823	3 803	-17	-0,5
606 A2111.0141 Aufwandsentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-34	-31	-31	3	-7,9
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-	-5	-2	-2	-
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 489	1 497	1 482	-7	-0,5
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 994	1 999	1 979	-15	-0,7
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	360	353	352	-8	-2,1
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	6	8	6	1	9,3
806 E5100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	-	-	11	11	-
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	5	3	6	1	10,7
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	0	0,0
Ausgaben	4 576	4 030	3 784	-792	-17,3
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 484	1 640	1 542	58	3,9
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	313	335	329	16	5,1
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 171	1 305	1 213	42	3,6
Infrastrukturfonds	1 703	928	928	-776	-45,5
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	853	928	928	74	8,7
806 A8900.0100 a.o. Einlage Infrastrukturfonds	850	-	-	-850	-100,0
Hauptstrassen	166	168	168	2	1,1
806 A8300.0107 Hauptstrassen	166	168	168	2	1,1
Übrige werkgebundene Beiträge	529	565	445	-85	-16,0
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	203	175	154	-49	-24,1
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	2	0	3,7
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	18	16	7	-11	-61,5
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	4	2	2	-2	-48,7
802 A4300.0121 Anschlussgleise	16	22	10	-6	-39,1
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	279	310	265	-14	-5,2
802 A4300.0141 Terminalanlagen	7	37	5	-2	-33,6
Nicht werkgebundene Beiträge	377	379	376	-1	-0,3
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	370	372	368	-1	-0,3
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	8	8	0	-0,3
Forschung und Verwaltung	158	178	160	2	1,1
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	155	171	158	3	1,9
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	3	7	2	-1	-41,5
Umweltschutz	97	107	102	5	5,5
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,7
810 A2310.0134 Wald	45	46	46	2	3,4
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	15	23	19	4	24,9
810 A4300.0139 Lärmschutz	36	37	36	0	-0,1

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
				absolut	%
Heimat- und Landschaftsschutz	14	15	15	0	1,4
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	1,5
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	2,0
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	48	51	50	3	5,5
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	48	51	50	3	5,5
Saldo	-755	-206	19	774	
Funktionsertrag (Globalbudget) ASTRA; einmalige Gutschrift 2008 - 2011			30		
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	2 028	1 822	2 078	49	2,4

Hinweis:

– Mit Inkraftsetzung der NFA 2008 ging die Zuständigkeit für die Nationalstrassen von den Kantonen zum Bund über. Damit verbunden war, dass verschiedene Einnahmen (insbesondere Erträge aus Vermietungen und aus strassenbaupolizeilichen Verträgen) neu an den Bund flossen. Eine nachträgliche Beurteilung dieser - in den entsprechenden Jahresrechnung bereits verbuchten - Einnahmen hat gezeigt, dass sie teilweise der Spezialfinanzierung Strassenverkehr gutgeschrieben werden können. Für die Jahre 2008 - 2011 erfolgt dies mit einer einmaligen Gutschrift. Der Wert für das Jahr 2012 ist bereits in der obenstehenden Tabelle enthalten.

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Ordentlicher Ertrag	64 047	64 146	63 523	65 693	63 988	64 041	-1 652	-2,5
Fiskalertrag	58 052	56 790	57 757	60 096	59 914	58 288	-1 808	-3,0
Direkte Bundessteuer	17 513	17 877	17 886	17 891	18 759	18 342	451	2,5
Verrechnungssteuer	5 760	5 280	4 323	5 961	4 186	3 835	-2 126	-35,7
Stempelabgaben	2 975	2 806	2 855	2 857	2 445	2 136	-721	-25,2
Mehrwertsteuer	20 512	19 830	20 672	21 642	22 550	22 050	408	1,9
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	7 279	7 602	7 341	7 435	7 543	202	2,8
Mineralölsteuer	5 222	5 183	5 134	5 020	5 090	5 033	13	0,3
Tabaksteuer	2 186	1 987	2 356	2 208	2 233	2 397	188	8,5
Biersteuer	110	110	112	113	112	113	1	0,7
Verkehrsabgaben	2 137	2 114	2 210	2 323	2 323	2 293	-30	-1,3
Automobilsteuer	363	312	373	408	370	412	4	0,9
Nationalstrassenabgabe	333	351	347	360	353	352	-8	-2,1
Schwerverkehrsabgabe	1 441	1 452	1 490	1 555	1 600	1 529	-26	-1,6
Zölle	1 017	1 033	1 079	1 046	1 060	1 044	-2	-0,2
Spielbankenabgabe	455	415	381	376	395	329	-47	-12,4
Lenkungsabgaben	163	151	748	660	761	716	57	8,6
Lenkungsabgabe VOC	135	124	123	127	125	125	-1	-1,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	-	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	27	36	35	36	35	0	-0,2
Lenkungsabgabe CO2	-	-	589	498	600	556	58	11,7
Übriger Fiskalertrag	3	4	0	-	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 284	1 350	1 383	1 403	925	995	-409	-29,1
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	235	246	243	269	275	267	-3	-0,9
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	333	333	-500	-60,0
Zunahme des Münzumschlags	42	53	74	54	87	144	90	168,1
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	148	182	199	213	196	217	4	1,8
Übrige Regalien und Konzessionen	26	36	33	34	34	34	0	0,0
Finanzertrag	2 740	3 075	2 446	2 136	1 365	2 842	707	33,1
Zinsertrag	659	477	375	376	524	359	-17	-4,6
Finanzanlagen	248	10	11	18	58	40	22	121,8
Darlehen	175	206	83	78	189	64	-14	-18,3
Bevorschussung an FinöV-Fonds	226	177	204	193	194	176	-16	-8,6
Übriger Zinsertrag	11	84	77	88	83	79	-9	-9,9
Kursgewinne	86	49	82	169	-	107	-62	-36,9
Beteiligungsertrag	1	0	0	1	0	0	-1	-70,8
Zunahme von Equitywerten	1 807	2 179	1 840	1 256	840	2 285	1 030	82,0
Übriger Finanzertrag	187	370	149	334	1	92	-242	-72,6
Übriger Ertrag	1 970	2 893	1 803	1 880	1 779	1 852	-28	-1,5
Entgelte	1 508	1 354	1 259	1 192	1 253	1 255	63	5,3
Wehrpflichtersatzabgabe	140	148	155	157	170	160	3	1,9
Gebühren	305	227	217	225	251	243	18	7,9
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	79	80	79	76	68	78	2	2,1
Verkäufe	183	149	129	102	74	92	-10	-9,6
Rückerstattungen	231	173	104	118	116	131	13	10,8
EU Zinsbesteuerung	147	166	120	97	135	114	17	17,2
Übrige Entgelte	423	412	455	415	440	436	21	5,0
Verschiedener Ertrag	462	1 539	544	689	526	598	-91	-13,2
Liegenschaftenertrag	354	357	371	365	380	386	21	5,6
Übriger verschiedener Ertrag	108	1 181	173	323	145	211	-112	-34,6
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	2	37	135	178	5	64	-113	-63,8

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
							absolut	%
Ordentlicher Aufwand	56 587	57 726	59 385	62 680	63 878	62 336	-344	-0,5
Eigenaufwand	11 406	11 929	12 039	12 230	12 804	12 304	73	0,6
Personalaufwand	4 501	4 812	4 824	4 923	5 278	5 060	137	2,8
Personalbezüge	3 767	3 948	3 998	4 023	4 249	4 111	87	2,2
Arbeitgeberbeiträge	611	752	781	804	896	843	39	4,9
Arbeitgeberleistungen	65	42	78	47	51	38	-9	-18,9
Übriger Personalaufwand	58	70	-34	49	81	68	19	38,6
Sach- und Betriebsaufwand	3 762	4 120	4 071	3 983	4 300	4 029	46	1,2
Material- und Warenaufwand	269	237	259	192	302	138	-54	-28,0
Betriebsaufwand	3 139	3 470	3 399	3 386	3 555	3 424	38	1,1
Liegenschaften	445	552	531	465	328	414	-51	-11,0
Mieten und Pachten	153	150	149	160	170	164	4	2,7
Informatik	434	488	471	496	549	472	-24	-4,9
Beratungsaufwand	263	252	238	225	266	230	5	2,3
Betriebsaufwand der Armee	794	809	861	929	1 001	968	39	4,2
Abschreibungen auf Forderungen	170	205	200	190	173	221	30	16,0
Übriger Betriebsaufwand	880	1 014	948	921	1 067	955	34	3,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	354	412	413	404	443	467	63	15,5
Rüstungsaufwand	1 228	1 095	1 001	1 163	1 037	997	-166	-14,3
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	147	120	111	95	105	86	-9	-9,5
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	290	292	316	307	396	317	10	3,3
Rüstungsmaterial	792	683	575	761	536	594	-167	-22,0
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1 914	1 902	2 143	2 162	2 190	2 218	56	2,6
Gebäude	611	359	487	528	517	555	27	5,2
Nationalstrassen	1 176	1 390	1 424	1 416	1 455	1 425	9	0,6
Übrige Abschreibungen	127	153	232	218	219	238	20	9,4
Transferaufwand	41 254	42 445	44 024	46 994	48 221	47 332	338	0,7
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 414	7 116	7 705	8 549	8 874	8 687	138	1,6
Kantonsanteile	4 665	4 388	4 436	4 466	4 564	4 477	11	0,2
Anteile der Sozialversicherungen	2 619	2 596	2 694	3 519	3 826	3 734	215	6,1
Rückverteilung Lenkungsabgaben	130	132	576	564	483	477	-87	-15,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	785	778	807	856	981	1 015	159	18,6
Beiträge an eigene Institutionen	2 573	2 723	2 850	2 971	3 078	3 093	122	4,1
Beiträge an Dritte	12 668	13 279	13 608	14 317	14 883	14 619	302	2,1
Finanzausgleich	2 725	2 808	2 901	3 049	3 102	3 102	53	1,7
Internationale Organisationen	1 482	1 496	1 597	1 762	1 812	1 825	63	3,6
Übrige Beiträge an Dritte	8 461	8 976	9 110	9 506	9 970	9 692	186	2,0
Beiträge an Sozialversicherungen	13 582	14 280	14 493	15 754	15 671	15 399	-355	-2,3
AHV / IV / ALV	10 524	10 915	11 053	12 126	11 856	11 712	-414	-3,4
Übrige Sozialversicherungen	3 058	3 365	3 439	3 628	3 815	3 687	59	1,6
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	3 861	4 065	4 302	4 160	4 355	4 101	-59	-1,4
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	203	259	386	378	417	31	8,0

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011	
							absolut	%
Finanzaufwand	3 864	3 341	3 299	3 428	2 789	2 664	-764	-22,3
Zinsaufwand	3 334	3 042	2 902	2 669	2 602	2 406	-263	-9,9
Anleihen	2 939	2 785	2 679	2 481	2 314	2 297	-184	-7,4
Geldmarktbuchforderungen	165	9	2	6	79	0	-6	-92,5
Übriger Zinsaufwand	230	248	221	182	210	109	-73	-40,2
Kursverluste	77	26	54	88	-	44	-44	-49,9
Kapitalbeschaffungsaufwand	134	128	122	116	113	104	-12	-10,2
Abnahme von Equitywerten	7	5	95	440	-	-	-440	-100,0
Übriger Finanzaufwand	312	140	126	116	73	110	-6	-5,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	63	11	22	27	64	37	10	35,2

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	2008-2012
Ordentlicher Ertrag	10,4	0,2	-1,0	3,4	-2,6	-2,5	0,0
Fiskalertrag	12,0	-2,2	1,7	4,1	-0,3	-3,0	0,1
Direkte Bundessteuer	13,8	2,1	0,0	0,0	4,9	2,5	1,2
Verrechnungssteuer	111,0	-8,3	-18,1	37,9	-29,8	-35,7	-9,7
Stempelabgaben	-0,5	-5,7	1,8	0,1	-14,4	-25,2	-7,9
Mehrwertsteuer	4,2	-3,3	4,2	4,7	4,2	1,9	1,8
Übrige Verbrauchssteuern	1,9	-3,2	4,4	-3,4	1,3	2,8	0,1
Verkehrsabgaben	6,0	-1,1	4,6	5,1	0,0	-1,3	1,8
Zölle	-2,2	1,6	4,5	-3,1	1,3	-0,2	0,7
Verschiedener Fiskalertrag	2,2	-8,1	97,9	-8,3	11,6	1,0	13,9
Regalien und Konzessionen	-3,5	5,1	2,5	1,5	-34,1	-29,1	-6,2
Finanzertrag	-7,7	12,2	-20,5	-12,7	-36,1	33,1	0,9
Beteiligungsertrag	-31,9	-37,2	9,3	177,9	-83,5	-70,8	-13,6
Zunahme von Equitywerten	-2,9	20,6	-15,5	-31,8	-33,1	82,0	6,0
Übriger Finanzertrag	-15,9	-3,9	-32,4	45,2	-40,2	-36,6	-12,1
Übriger Ertrag	6,8	46,9	-37,7	4,3	-5,4	-1,5	-1,5
Entgelte	8,7	-10,2	-7,0	-5,3	5,2	5,3	-4,5
Verschiedener Ertrag	1,1	233,3	-64,6	26,6	-23,7	-13,2	6,7
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-91,3	1 978,9	262,0	31,7	-97,2	-63,8	144,8
Ordentlicher Aufwand	4,2	2,0	2,9	5,5	1,9	-0,5	2,4
Eigenaufwand	19,1	4,6	0,9	1,6	4,7	0,6	1,9
Personalaufwand	0,2	6,9	0,2	2,1	7,2	2,8	3,0
Sach- und Betriebsaufwand	16,2	9,5	-1,2	-2,2	8,0	1,2	1,7
Rüstungsaufwand	5,2	-10,9	-8,6	16,2	-10,9	-14,3	-5,1
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	183,4	-0,7	12,7	0,9	1,3	2,6	3,7
Transferaufwand	1,6	2,9	3,7	6,7	2,6	0,7	3,5
Anteile Dritter an Bundeserträgen	-14,0	-4,0	8,3	11,0	3,8	1,6	4,0
Entschädigungen an Gemeinwesen	-17,8	-0,9	3,7	6,1	14,7	18,6	6,6
Beiträge an eigene Institutionen	1,8	5,8	4,7	4,2	3,6	4,1	4,7
Beiträge an Dritte	30,0	4,8	2,5	5,2	4,0	2,1	3,6
Beiträge an Sozialversicherungen	1,2	5,1	1,5	8,7	-0,5	-2,3	3,2
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-22,3	5,3	5,8	-3,3	4,7	-1,4	1,5
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,0	-45,3	27,5	49,0	-2,0	8,0	2,9
Finanzaufwand	-3,7	-13,6	-1,2	3,9	-18,7	-22,3	-8,9
Zinsaufwand	-8,3	-8,8	-4,6	-8,1	-2,5	-9,9	-7,8
Abnahme von Equitywerten	-	-15,8	1 632,4	363,9	-100,0	-100,0	-100,0
Übriger Finanzaufwand	38,3	-43,9	2,9	5,9	-41,7	-19,3	-16,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-36,2	-82,1	97,3	22,1	136,0	35,2	-12,7

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	90,6	88,5	90,9	91,5	93,6	91,0
Direkte Bundessteuer	27,3	27,9	28,2	27,2	29,3	28,6
Verrechnungssteuer	9,0	8,2	6,8	9,1	6,5	6,0
Stempelabgaben	4,6	4,4	4,5	4,3	3,8	3,3
Mehrwertsteuer	32,0	30,9	32,5	32,9	35,2	34,4
Übrige Verbrauchssteuern	11,7	11,3	12,0	11,2	11,6	11,8
Verkehrsabgaben	3,3	3,3	3,5	3,5	3,6	3,6
Zölle	1,6	1,6	1,7	1,6	1,7	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	0,9	1,8	1,6	1,8	1,6
Regalien und Konzessionen	2,0	2,1	2,2	2,1	1,4	1,6
Finanzertrag	4,3	4,8	3,9	3,3	2,1	4,4
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	2,8	3,4	2,9	1,9	1,3	3,6
Übriger Finanzertrag	1,5	1,4	1,0	1,3	0,8	0,9
Übriger Ertrag	3,1	4,5	2,8	2,9	2,8	2,9
Entgelte	2,4	2,1	2,0	1,8	2,0	2,0
Verschiedener Ertrag	0,7	2,4	0,9	1,0	0,8	0,9
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	0,0	0,1	0,2	0,3	0,0	0,1
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	20,2	20,7	20,3	19,5	20,0	19,7
Personalaufwand	8,0	8,3	8,1	7,9	8,3	8,1
Sach- und Betriebsaufwand	6,6	7,1	6,9	6,4	6,7	6,5
Rüstungsaufwand	2,2	1,9	1,7	1,9	1,6	1,6
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,4	3,3	3,6	3,4	3,4	3,6
Transferaufwand	72,9	73,5	74,1	75,0	75,5	75,9
Anteile Dritter an Bundeserträgen	13,1	12,3	13,0	13,6	13,9	13,9
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,4	1,3	1,4	1,4	1,5	1,6
Beiträge an eigene Institutionen	4,5	4,7	4,8	4,7	4,8	5,0
Beiträge an Dritte	22,4	23,0	22,9	22,8	23,3	23,5
Beiträge an Sozialversicherungen	24,0	24,7	24,4	25,1	24,5	24,7
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	6,8	7,0	7,2	6,6	6,8	6,6
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,7	0,4	0,4	0,6	0,6	0,7
Finanzaufwand	6,8	5,8	5,6	5,5	4,4	4,3
Zinsaufwand	5,9	5,3	4,9	4,3	4,1	3,9
Abnahme von Equitywerten	0,0	0,0	0,2	0,7	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,9	0,5	0,5	0,5	0,3	0,4
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2012

Mio. CHF	Total Rechnung 2012	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	64 041	24	43	109	457	142	62 718	353	195
Fiskalertrag	58 288	–	–	–	329	–	57 920	–	39
Direkte Bundessteuer	18 342	–	–	–	–	–	18 342	–	–
Verrechnungssteuer	3 835	–	–	–	–	–	3 835	–	–
Stempelabgaben	2 136	–	–	–	–	–	2 136	–	–
Mehrwertsteuer	22 050	–	–	–	–	–	22 050	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 543	–	–	–	–	–	7 543	–	–
Verkehrsabgaben	2 293	–	–	–	–	–	2 293	–	–
Zölle	1 044	–	–	–	–	–	1 044	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 046	–	–	–	329	–	677	–	39
Regalien und Konzessionen	995	–	–	–	–	–	744	217	34
Finanzertrag	2 842	0	0	1	0	0	2 815	24	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	2 285	–	–	–	–	–	2 285	–	–
Übriger Finanzertrag	557	0	0	1	0	0	530	24	1
Übriger Ertrag	1 852	24	43	108	128	142	1 175	111	122
Entgelte	1 255	22	41	106	106	76	736	81	87
Verschiedener Ertrag	598	2	2	2	22	66	439	31	35
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	64	–	–	–	–	–	64	–	–
Ordentlicher Aufwand	62 336	354	2 583	20 611	1 986	4 736	16 004	6 382	9 683
Eigenaufwand	12 304	354	679	522	573	4 533	2 671	494	2 480
Personalaufwand	5 060	297	513	337	370	1 603	1 232	352	355
Sach- und Betriebsaufwand	4 029	56	160	179	164	1 698	965	133	675
Rüstungsaufwand	997	–	–	–	–	997	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 218	1	5	6	39	235	474	10	1 449
Transferaufwand	47 332	–	1 904	20 089	1 413	203	10 633	5 887	7 202
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 687	–	–	–	381	–	7 453	–	853
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 015	–	–	34	884	67	–	2	28
Beiträge an eigene Institutionen	3 093	–	–	2 433	–	–	–	33	627
Beiträge an Dritte	14 619	–	1 880	2 564	129	135	3 180	5 236	1 496
Beiträge an Sozialversicherungen	15 399	–	–	14 965	–	–	–	433	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 101	–	–	92	19	1	–	122	3 867
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	417	–	24	–	–	–	–	61	332
Finanzaufwand	2 664	–	0	–	–	0	2 663	0	1
Zinsaufwand	2 406	–	0	–	–	0	2 405	–	1
Übriger Finanzaufwand	258	–	–	–	–	0	258	0	0
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	37	–	–	–	–	–	37	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2011

Mio. CHF	Total Rechnung 2011	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	65 693	22	65	90	490	162	64 009	550	306
Fiskalertrag	60 096	–	–	–	376	–	59 685	–	35
Direkte Bundessteuer	17 891	–	–	–	–	–	17 891	–	–
Verrechnungssteuer	5 961	–	–	–	–	–	5 961	–	–
Stempelabgaben	2 857	–	–	–	–	–	2 857	–	–
Mehrwertsteuer	21 642	–	–	–	–	–	21 642	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 341	–	–	–	–	–	7 341	–	–
Verkehrsabgaben	2 323	–	–	–	–	–	2 323	–	–
Zölle	1 046	–	–	–	–	–	1 046	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 036	–	–	–	376	–	624	–	35
Regalien und Konzessionen	1 403	–	–	–	–	–	1 156	213	34
Finanzertrag	2 136	0	21	1	0	0	1 857	254	2
Beteiligungsertrag	1	–	–	–	–	–	0	0	1
Zunahme von Equitywerten	1 256	–	–	–	–	–	1 256	–	–
Übriger Finanzertrag	879	0	21	1	0	0	602	254	1
Übriger Ertrag	1 880	22	44	89	114	162	1 133	83	235
Entgelte	1 192	21	40	86	91	89	715	72	78
Verschiedener Ertrag	689	1	4	2	23	73	418	11	156
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	178	–	–	–	–	–	178	–	–
Ordentlicher Aufwand	62 680	349	2 456	20 372	1 810	4 820	16 504	6 666	9 703
Eigenaufwand	12 230	349	658	508	533	4 618	2 722	463	2 381
Personalaufwand	4 923	288	506	331	354	1 575	1 199	328	342
Sach- und Betriebsaufwand	3 983	60	146	172	144	1 642	1 082	128	608
Rüstungsaufwand	1 163	–	–	–	–	1 163	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 162	1	6	5	35	237	441	6	1 430
Transferaufwand	46 994	–	1 798	19 864	1 277	203	10 328	6 203	7 321
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 549	–	–	–	415	–	7 193	–	941
Entschädigungen an Gemeinwesen	856	–	–	33	723	70	–	1	28
Beiträge an eigene Institutionen	2 971	–	–	2 366	–	–	–	32	573
Beiträge an Dritte	14 317	–	1 788	2 556	121	131	3 135	5 096	1 491
Beiträge an Sozialversicherungen	15 754	–	–	14 837	–	–	–	917	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 160	–	–	72	18	2	–	138	3 932
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	386	–	10	–	–	–	–	20	356
Finanzaufwand	3 428	–	0	–	–	0	3 427	–	1
Zinsaufwand	2 669	–	0	–	–	0	2 667	–	1
Abnahme von Equitywerten	440	–	–	–	–	–	440	–	–
Übriger Finanzaufwand	320	–	0	–	–	0	320	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	27	–	–	–	–	–	27	–	–

D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2008	2009	2010	2011	2012	Differenz zu 2011	
						absolut	%
Aktiven	105 024	100 220	104 222	104 526	108 968	4 442	4,2
Finanzvermögen	29 108	27 360	30 193	29 526	32 543	3 016	10,2
Umlaufvermögen	17 094	13 787	14 584	14 674	18 132	3 458	23,6
Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	1 739	2 949	6 015	5 544	9 311	3 767	67,9
Kasse	2	6	5	5	5	0	1,6
Post	137	187	135	136	161	24	17,7
Bank	1 600	2 756	995	4 873	8 396	3 523	72,3
Kurzfristige Geldanlagen	–	–	4 880	530	750	220	41,5
Forderungen	5 943	5 246	6 459	5 862	6 163	301	5,1
Steuer- und Zollforderungen	4 850	4 072	4 966	4 611	5 073	462	10,0
Kontokorrente	774	942	1 289	1 027	863	-163	-15,9
Andere Forderungen	268	181	156	192	197	5	2,5
Übrige Forderungen	51	51	48	32	29	-3	-9,2
Kurzfristige Finanzanlagen	7 717	4 212	414	1 959	1 504	-455	-23,2
Festgelder	7 500	4 100	400	1 800	1 400	-400	-22,2
Darlehen	162	80	–	–	–	–	–
Positive Wiederbeschaffungswerte	49	26	8	153	102	-51	-33,6
Übrige Anlagen	6	6	6	6	2	-3	-58,9
Aktive Rechnungsabgrenzung	1 696	1 379	1 696	1 308	1 153	-155	-11,9
Zinsen	142	30	30	29	23	-6	-20,4
Disagio	497	433	359	294	238	-55	-18,8
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	1 056	916	1 307	986	892	-94	-9,5
Anlagevermögen	12 014	13 573	15 609	14 852	14 411	-442	-3,0
Langfristige Finanzanlagen	12 014	13 573	15 576	14 683	14 241	-442	-3,0
Festverzinsliche Wertpapiere	204	50	–	–	–	–	–
Darlehen an Arbeitslosenversicherung	4 100	5 600	7 400	6 000	5 000	-1 000	-16,7
Übrige Darlehen	400	470	570	920	1 220	300	32,6
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	7 310	7 453	7 606	7 763	8 021	258	3,3
Forderungen ggü. zweckgeb. Fonds im Fremdkapital	–	–	32	170	170	0	0,1
Lenkungsabgaben	–	–	32	170	170	0	0,1
Verwaltungsvermögen	75 916	72 860	74 029	75 000	76 426	1 426	1,9
Umlaufvermögen	224	297	285	284	277	-7	-2,6
Vorräte	224	297	285	284	277	-7	-2,6
Vorräte aus Kauf	210	286	270	266	259	-7	-2,6
Vorräte aus Eigenfertigung	15	11	15	18	18	-1	-3,7
Anlagevermögen	75 692	72 564	73 745	74 716	76 149	1 433	1,9
Sachanlagen	49 921	51 094	51 194	52 176	52 325	149	0,3
Mobilien	321	332	321	321	314	-8	-2,3
Anlagen im Bau	13 013	8 267	9 401	10 096	11 616	1 520	15,1
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	1 699	1 428	1 263	1 709	1 362	-347	-20,3
Liegenschaften	12 798	12 975	13 024	12 752	12 505	-247	-1,9
Nationalstrassen	22 090	28 089	27 178	27 294	26 515	-779	-2,9
Anzahlungen auf Sachanlagen	–	2	6	4	13	9	256,9
Immaterielle Anlagen	97	130	148	204	210	6	2,9
Software	46	49	62	73	90	17	22,6
Anlagen im Bau	49	81	86	128	120	-7	-5,8
Übrige immaterielle Anlagen	2	0	–	3	–	-3	-100,0
Darlehen	9 475	3 411	3 536	3 621	3 482	-139	-3,8
Allgemeine Verwaltung	5 930	2	2	2	2	0	-19,2
Beziehungen zum Ausland	430	431	438	797	843	45	5,7
Soziale Wohlfahrt	1 865	1 739	1 967	1 865	1 783	-82	-4,4
Verkehr	7 547	7 575	7 665	7 934	8 282	348	4,4
Landwirtschaft	2 409	2 458	2 507	2 521	2 576	55	2,2
Übrige Volkswirtschaft	1 182	1 124	1 223	1 263	1 161	-102	-8,1
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-9 888	-9 917	-10 265	-10 761	-11 164	-403	-3,7

D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung

Mio. CHF	2008	2009	2010	2011	2012	Differenz zu 2011	
						absolut	%
Beteiligungen	16 199	17 928	18 866	18 714	20 132	1 418	7,6
Namhafte Beteiligungen	16 151	17 889	18 845	18 692	20 110	1 418	7,6
Übrige Beteiligungen	1 136	1 122	1 230	890	942	52	5,9
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 088	-1 083	-1 209	-867	-920	-53	-6,1

D01 Bilanz im Detail

Fortsetzung

Mio. CHF	2008	2009	2010	2011	2012	Differenz zu 2011	
						absolut	%
Passiven	105 024	100 220	104 222	104 526	108 968	4 442	4,2
Kurzfristiges Fremdkapital	36 056	29 507	33 787	33 988	37 205	3 217	9,5
Laufende Verbindlichkeiten	13 700	12 659	14 024	14 151	15 096	944	6,7
Kontokorrente	10 123	9 143	10 361	10 102	10 208	105	1,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 102	1 368	1 420	1 467	1 580	113	7,7
Verwaltete Stiftungen	96	95	80	73	75	1	1,8
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 379	2 054	2 164	2 509	3 234	725	28,9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	15 495	10 310	13 064	14 333	16 435	2 102	14,7
Geldmarkt	10 670	6 947	9 181	10 610	13 006	2 396	22,6
Bundeseigene Unternehmungen	1 460	–	–	–	–	–	–
Sparkasse Bundespersonal	2 739	2 955	3 106	3 155	3 030	-125	-4,0
Negative Wiederbeschaffungswerte	432	397	777	568	399	-169	-29,7
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	194	11	–	–	–	–	–
Passive Rechnungsabgrenzung	6 394	6 094	6 377	5 203	5 377	174	3,3
Zinsen	2 179	2 013	1 954	1 885	1 841	-43	-2,3
Agio	1 569	1 556	1 624	1 932	2 603	670	34,7
Abgrenzung Subventionen	–	–	265	267	271	4	1,6
Abgrenzung Verrechnungssteuer	2 225	2 123	2 397	863	424	-439	-50,9
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	421	402	137	256	239	-18	-6,9
Kurzfristige Rückstellungen	467	443	321	301	297	-4	-1,2
Rückstellungen Restrukturierungen	170	142	26	20	20	0	0,0
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	287	279	277	263	252	-11	-4,1
Übrige kurzfristige Rückstellungen	9	22	18	18	25	7	42,1
Langfristiges Fremdkapital	110 155	104 582	99 938	97 939	96 763	-1 176	-1,2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	92 576	87 955	83 473	82 032	80 876	-1 156	-1,4
Bundeseigene Unternehmungen	50	1 740	1 840	1 880	1 370	-510	-27,1
Anleihen	92 435	86 119	81 538	80 049	79 290	-759	-0,9
Eidg. Technische Hochschulen ETH	91	95	95	94	99	4	4,6
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	–	–	9	28	20	221,6
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	–	–	–	89	89	–
Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen	2 092	1 793	1 599	2 133	1 754	-379	-17,8
Infrastrukturfonds	2 092	1 793	1 599	2 133	1 754	-379	-17,8
Langfristige Rückstellungen	13 951	13 107	13 572	12 478	12 862	384	3,1
Rückstellungen Verrechnungssteuer	9 800	8 900	9 300	8 200	8 700	500	6,1
Übrige langfristige Rückstellungen	4 151	4 207	4 272	4 278	4 162	-116	-2,7
Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK	1 537	1 727	1 294	1 296	1 272	-25	-1,9
Lenkungsabgaben	494	712	256	255	262	7	2,8
Spezialfonds im Fremdkapital	–	–	75	90	93	3	3,3
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	1 043	1 015	964	952	917	-35	-3,6
Eigenkapital	-41 187	-33 869	-29 502	-27 400	-24 999	2 401	8,8
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	2 808	2 934	4 048	3 803	4 418	615	16,2
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 722	2 848	2 783	2 028	2 078	49	2,4
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FH/LWTO	–	–	1 178	1 711	2 256	545	31,8
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	87	87	87	64	85	21	33,1
Spezialfonds	1 229	1 258	1 287	1 301	1 278	-24	-1,8
Reserven aus Globalbudget	79	111	114	176	225	48	27,2
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	27	35	39	40	40	0	-0,1
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	52	76	75	137	185	48	35,2
Übriges Eigenkapital	0	0	0	–	0	0	–
Bilanzfehlbetrag	-45 302	-38 173	-34 951	-32 681	-30 920	1 761	5,4
Bilanzfehlbetrag	-45 302	-38 173	-34 951	-32 681	-30 920	1 761	5,4

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

CHF	2011			2012		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Darlehen	14 382 370 432	-10 761 139 452	3 621 230 980	14 645 660 099	-11 163 774 857	3 481 885 242
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Zusammenarbeit	402 370 619	-152 791 400	249 579 219	413 646 174	-157 547 000	256 099 174
Darlehen an die FIPOI	397 102 113	-152 791 400	244 310 713	409 109 913	-157 547 000	251 562 913
Darlehen Weltpostverein	3 381 835	–	3 381 835	3 006 075	–	3 006 075
Darlehen für Ausrüstung	1 886 671	–	1 886 671	1 530 186	–	1 530 186
420 Bundesamt für Migration	33 347 432	–	33 347 432	28 042 252	–	28 042 252
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	33 347 432	–	33 347 432	28 042 252	–	28 042 252
606 Eidgenössische Zollverwaltung	72 000	-28 800	43 200	52 000	-20 800	31 200
Indoor-Schiessanlage, Schützen	72 000	-28 800	43 200	52 000	-20 800	31 200
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	1 588 996 930	-524 390 480	1 064 606 450	1 520 092 892	-503 610 400	1 016 482 492
Regionalentwicklung	944 047 058	-168 101 855	775 945 203	858 528 185	-150 255 429	708 272 756
SGH Darlehen für Hotelenerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	–	87 071 082	-87 071 082	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	148 625 000	-148 625 000	–	131 989 000	-131 989 000	–
Indonesien, Mischkredit	28 333 334	-11 333 333	17 000 000	25 500 000	-10 200 000	15 300 000
SOFI Studienfinanzierungsfonds	10 859 710	-10 859 710	–	18 200 555	-18 205 555	-5 000
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	–	8 000 000	8 000 000	–	8 000 000
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	4 315 000	–	4 315 000	4 065 000	–	4 065 000
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 435 854	2 153 781	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3 323 100	-3 323 100	–	3 323 100	-3 323 100	–
Konsolidierungsabkommen, Togo	3 269 625	-3 269 625	–	3 269 625	-3 269 625	–
Kolumbien, Mischkredit	691 130	-276 452	414 678	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	851 220	-851 220	–	851 220	-851 220	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	841 577	-841 577	–	841 577	-841 577	–
China, Mischkredit	14 874	-5 950	8 924	–	–	–
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	458 068	-183 227	274 841	419 895	-167 958	251 937
Darlehen SIFEM	344 706 518	-88 212 495	256 494 022	374 444 018	-96 000 000	278 444 018
708 Bundesamt für Landwirtschaft	2 521 158 295	-2 521 158 295	–	2 575 983 415	-2 575 983 415	–
Kanton Bern	420 633 445	-420 633 445	–	424 838 582	-424 838 582	–
Kanton Luzern	273 711 036	-273 711 036	–	279 118 091	-279 118 091	–
Kanton St. Gallen	213 658 628	-213 658 628	–	216 464 195	-216 464 195	–
Kanton Freiburg	203 993 708	-203 993 708	–	209 209 329	-209 209 329	–
Kanton Waadt	185 336 025	-185 336 025	–	194 386 581	-194 386 581	–
Kanton Zürich	166 547 274	-166 547 274	–	171 418 313	-171 418 313	–
Kanton Graubünden	165 932 748	-165 932 748	–	170 179 444	-170 179 444	–
Kanton Thurgau	115 660 155	-115 660 155	–	120 463 335	-120 463 335	–
Kanton Aargau	114 627 507	-114 627 507	–	119 649 006	-119 649 006	–
Kanton Wallis	79 595 963	-79 595 963	–	77 605 080	-77 605 080	–
Kanton Jura	68 931 224	-68 931 224	–	69 086 196	-69 086 196	–
Kanton Schwyz	70 558 246	-70 558 246	–	71 314 810	-71 314 810	–
Kanton Solothurn	71 768 452	-71 768 452	–	76 519 782	-76 519 782	–
Kanton Neuenburg	65 282 625	-65 282 625	–	64 378 083	-64 378 083	–
Kanton Basel-Land	45 656 361	-45 656 361	–	47 660 652	-47 660 652	–
Kanton Tessin	38 691 026	-38 691 026	–	37 699 507	-37 699 507	–
Kanton Schaffhausen	36 873 706	-36 873 706	–	39 279 360	-39 279 360	–
Kanton Appenzell A.Rh.	32 813 875	-32 813 875	–	34 917 039	-34 917 039	–
Kanton Obwalden	30 067 622	-30 067 622	–	30 023 384	-30 023 384	–
Kanton Appenzell I.Rh.	28 241 825	-28 241 825	–	27 744 547	-27 744 547	–
Kanton Uri	21 822 311	-21 822 311	–	19 833 264	-19 833 264	–
Kanton Zug	20 608 172	-20 608 172	–	20 639 384	-20 639 384	–
Kanton Nidwalden	21 182 978	-21 182 978	–	21 189 701	-21 189 701	–
Kanton Glarus	17 593 410	-17 593 410	–	19 493 780	-19 493 780	–
Kanton Genf	11 369 973	-11 369 973	–	12 871 970	-12 871 970	–

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

CHF	2011			2012		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
725 Bundesamt für Wohnungswesen	1 831 194 865	-250 306 691	1 580 888 174	1 754 741 530	-227 826 673	1 526 914 857
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	653 938 909	-10 135 132	643 803 777	618 491 766	-9 993 506	608 498 260
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	465 043 281	-13 964 552	451 078 729	468 846 291	-14 429 280	454 417 011
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	411 011 398	-158 777 195	252 234 203	377 152 068	-139 283 087	237 868 981
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	181 962 278	–	181 962 278	177 230 429	–	177 230 429
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WFG	110 865 550	-67 429 812	43 435 738	104 792 780	-64 120 800	40 671 980
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	8 373 448	–	8 373 448	8 228 196	–	8 228 196
802 Bundesamt für Verkehr	6 752 210 176	-6 143 653 786	608 556 390	7 101 257 545	-6 529 976 569	571 280 976
SBB AG	3 061 798 620	-3 060 731 890	1 066 730	3 246 431 891	-3 245 398 556	1 033 335
RhB	1 077 039 197	-930 357 417	146 681 779	1 125 212 237	-978 370 278	146 841 959
BLS Netz AG	350 525 448	-350 525 448	–	375 792 115	-375 792 115	–
BLS AG	280 186 923	-213 489 830	66 697 093	274 058 519	-213 489 830	60 568 689
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	225 837 871	-201 424 053	24 413 818	245 639 962	-223 411 211	22 228 751
Zentralbahn	212 697 194	-210 178 099	2 519 095	222 628 811	-220 459 841	2 168 970
Südostbahn	185 428 246	-165 822 878	19 605 368	194 430 032	-176 943 708	17 486 324
Transports publics fribourgeois	138 628 935	-125 329 247	13 299 688	144 611 875	-132 319 341	12 292 534
RBS AG	119 369 213	-89 674 841	29 694 372	122 866 022	-95 754 425	27 111 597
Appenzeller Bahnen	94 219 837	-63 417 833	30 802 004	94 587 029	-65 921 793	28 665 236
Métro Lausanne-Ouchy SA	70 000 000	-70 000 000	–	70 000 000	-70 000 000	–
Transports Publics du Chablais	65 930 551	-49 094 887	16 835 664	67 526 104	-51 690 935	15 835 169
Montreux - Berner Oberland - Bahn	69 587 021	-57 426 185	12 160 836	77 153 340	-66 130 197	11 023 143
Baselland Transport AG	57 471 632	-44 319 621	13 152 011	58 850 519	-46 832 112	12 018 407
Aare Seeland Mobil AG	63 693 452	-54 721 661	8 971 791	71 727 332	-63 447 249	8 280 083
Berner Oberland-Bahnen	33 684 037	-29 887 018	3 797 019	33 259 681	-29 887 018	3 372 663
Transports de Martigny et régions SA	46 229 115	-38 563 958	7 665 157	52 614 957	-45 409 434	7 205 523
Chemins de fer du Jura	31 291 104	-20 989 153	10 301 951	34 199 453	-24 652 237	9 547 216
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher	32 959 316	-29 711 611	3 247 705	38 123 423	-35 211 039	2 912 384
Wynental- und Suhrentalbahn	26 511 407	-19 495 434	7 015 973	26 939 930	-20 672 106	6 267 824
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinese	22 264 814	-10 277 736	11 987 078	21 304 526	-10 034 798	11 269 728
Sihltal-Zürich-Uetliberg-Bahn	22 642 809	-17 428 537	5 214 272	22 267 747	-17 428 537	4 839 210
Transports Montreux-Vevay-Riviera	21 942 378	-17 372 828	4 569 550	23 012 781	-18 691 570	4 321 211
Travys SA	18 980 569	-14 797 394	4 183 175	19 033 282	-15 198 394	3 834 888
Transport régionaux neuchâtelois	17 731 364	-10 547 139	7 184 225	18 459 493	-11 872 764	6 586 729
BDWM Transport AG	16 369 738	-16 369 738	–	16 121 782	-16 121 782	–
Ferrovie Luganesi SA	15 669 223	-14 120 361	1 548 862	15 270 199	-14 120 361	1 149 838
ÖBB	10 000 000	-10 000 000	–	20 000 000	-20 000 000	–
Société des transports de la région Bières-Apples-Morges	15 276 929	-11 922 471	3 354 458	15 980 173	-13 034 971	2 945 202
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez	15 133 126	-12 323 050	2 810 076	15 757 477	-13 252 574	2 504 903
Thurbo AG	18 364 022	-18 116 477	247 545	28 619 110	-28 389 414	229 696
Diverse KTU	160 022 593	-120 219 958	39 802 635	158 157 671	-120 986 039	37 171 632
Termi SA	110 420 637	-37 356 000	73 064 637	107 723 563	-37 356 000	70 367 563
Übriger öffentlicher Verkehr	44 302 856	-7 641 033	36 661 823	42 896 510	-11 695 941	31 200 569
803 Bundesamt für Zivilluftfahrt	1 181 265 635	-1 168 810 000	12 455 635	1 180 122 023	-1 168 810 000	11 312 023
Darlehen Swissair	1 168 810 000	-1 168 810 000	–	1 168 810 000	-1 168 810 000	–
Basel: Objekt 2+4	1 543 817	–	1 543 817	1 247 159	–	1 247 159
Basel: Objekt 21	1 860 263	–	1 860 263	1 743 807	–	1 743 807
Basel: Objekt 10	1 631 292	–	1 631 292	1 529 170	–	1 529 170
Basel: Objekt 1	1 170 845	–	1 170 845	1 083 548	–	1 083 548
Basel: Objekt 8	1 081 942	–	1 081 942	1 014 211	–	1 014 211
Basel: Objekt 3	1 073 521	–	1 073 521	1 006 316	–	1 006 316
Basel: Objekt 22	841 542	–	841 542	778 797	–	778 797
Basel: Objekt 7	691 209	–	691 209	644 125	–	644 125
Birrfeld	361 010	–	361 010	303 781	–	303 781
Basel: Objekt 23	371 938	–	371 938	344 206	–	344 206
Bern: Objekt 2	262 529	–	262 529	242 955	–	242 955

D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

CHF	2011			2012		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Basel: Objekt 11	211 510	–	211 510	196 880	–	196 880
Sion	168 096	–	168 096	141 449	–	141 449
Monricher I	181 000	–	181 000	166 500	–	166 500
Amlikon	124 000	–	124 000	83 482	–	83 482
Schänis I	185 974	–	185 974	182 974	–	182 974
Courtelary	119 516	–	119 516	101 199	–	101 199
Schänis II	130 000	–	130 000	128 000	–	128 000
Basel: Objekt 9	101 386	–	101 386	95 039	–	95 039
Ecuwillens I	69 340	–	69 340	47 667	–	47 667
Bern: Objekt 1	77 616	–	77 616	68 573	–	68 573
Ecuwillens II	53 362	–	53 362	40 415	–	40 415
Ecuwillens III	56 975	–	56 975	51 134	–	51 134
Basel: Objekt 17	53 214	–	53 214	49 812	–	49 812
Monricher II	24 862	–	24 862	12 554	–	12 554
Basel: Objekt 18	8 878	–	8 878	8 273	–	8 273
806 Bundesamt für Strassen	960 000	–	960 000	760 000	–	760 000
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	960 000	–	960 000	760 000	–	760 000
810 Bundesamt für Umwelt	70 794 481	–	70 794 481	70 962 268	–	70 962 268
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	70 794 481	–	70 794 481	70 962 268	–	70 962 268

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

	31.12.2011	31.12.2012			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
Beteiligungen	18 714 173 986	12 187 216 914	-919 602 334	8 864 528 406	20 132 142 986	
Namhafte Beteiligungen	18 691 567 986	11 245 108 580		8 864 528 406	20 109 636 986	
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	18 691 567 986	11 245 108 580		8 864 528 406	20 109 636 986	
SBB	10 303 800 000	9 000 000 000		1 586 900 000	10 586 900 000	100,0
Die Schweizerische Post	4 691 000 000	1 300 000 000		4 149 000 000	5 449 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	749 200 000	340 000 000		502 800 000	842 800 000	100,0
BLS Netz AG	337 900 000	335 172 078		4 627 922	339 800 000	50,1
Skyguide	318 400 000	139 913 750		184 486 250	324 400 000	100,0
Swisscom	2 190 655 733	29 410 500		2 379 414 233	2 408 824 733	56,8
SIFEM AG	100 612 253	100 612 253		57 300 000	157 912 253	100,0
Übrige Beteiligungen	22 606 000	942 108 334	-919 602 334		22 506 000	
201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	–	16 422 250	-16 422 250		–	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	16 422 250	-16 422 250		–	1,6
202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit	–	493 196 299	-493 196 299		–	
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	268 634 440	-268 634 440		–	1,6
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	33 819 619	-33 819 619		–	0,8
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	54 054 001	-54 054 001		–	1,8
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	75 994 048	-75 994 048		–	2,5
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	29 850 955	-29 850 955		–	0,5
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	12 393 653	-12 393 653		–	6,5
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	12 104 058	-12 104 058		–	1,6
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	6 345 525	-6 345 525		–	1,3
301 Generalsekretariat EDI	9 600 000	9 600 000	–		9 600 000	
Beteiligung SHI (Swissmedic)	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
Pro Helvetia	100 000	100 000	–		100 000	100,0
316 Bundesamt für Gesundheit	–	1 000	-1 000		–	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	
525 Verteidigung	51 000	51 000	–		51 000	
Tätsch	51 000	51 000	–		51 000	100,0
543 armasuisse Immobilien	10 000	49 000	-39 000		10 000	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermobois SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
601 Eidgenössische Finanzverwaltung	1 061 000	8 044 100	-6 983 100		1 061 000	
Hotel Bellevue Palace	–	6 382 100	-6 382 100		–	99,7
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	8,3
Überbauungsgenossenschaft Murifeld-Wittgkofen	–	1 000	-1 000		–	n.a.
SAPOMP Wohnbau AG	1 061 000	1 061 000	–		1 061 000	100,0
606 Eidg. Zollverwaltung	36 000	36 000	–		36 000	
Wohnbaugenossenschaft a l'En, Samedan	36 000	36 000	–		36 000	20,4
620 Bundesamt für Bauten und Logistik	–	1 777 917	-1 777 917		–	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	
Kiinteistö Oy, Helsinki	–	330 000	-330 000		–	
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	182 750	-182 750		–	
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	
WBG Neuhaus, CH-3172 Niederwangen	–	3 600	-3 600		–	

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

	31.12.2011	31.12.2012			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	
CHF					
704 Staatssekretariat für Wirtschaft	–	233 399 505	-233 399 505		–
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	227 399 505	-227 399 505		–
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		–
708 Bundesamt für Landwirtschaft	160 000	7 097 800	-6 937 800		160 000
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800		–
Identitas AG	160 000	160 000	–		160 000
710 Agroscope	–	1 700	-1 700		–
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungsge- nossenschaft Sensebezirk	–	1 000	-1 000		–
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft Koll.	–	600	-600		–
Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld ART Tänikon /Anteilschein Wohnbauge- nossenschaft Lilienthal Guntershausen	–	100	-100		–
725 Bundesamt für Wohnungswesen	11 688 000	11 713 000	-125 000		11 588 000
Logis Suisse Holding	3 544 000	3 544 000	–		3 544 000
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–		5 399 000
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	500 000	500 000	–		500 000
Wohnstadt AG (WFG)	1 000 000	1 000 000	–		1 000 000
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	600 000	600 000	–		600 000
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	100 000	100 000	–		100 000
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG (WFG)	180 000	180 000	–		180 000
WOGENO (Neu: GEWO ZH Ost)	125 000	250 000	-125 000		125 000
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	140 000	–		140 000
L'Artisane Nouvelle	100 000	–	–		–
802 Bundesamt für Verkehr	–	160 698 763	-160 698 763		–
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000		–
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000		–
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608		–
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 050 000	-11 050 000		–
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000		–
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000		–
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400		–
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000		–
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000		–
Aare Seeland mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000		–
Transp. publics fribourgeois TPF	–	3 700 000	-3 700 000		–
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000		–
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	–	3 500 000	-3 500 000		–
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400		–
DBWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000		–
Transp. De Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040		–
Ferrovie autolinee reg. Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000		–
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300		–
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675		–
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000		–
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300		–
Transp. Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560		–
TRAVYS SA	–	1 131 580	-1 131 580		–
Transp. Montreux-Vevey-Riviera MVR	–	985 000	-985 000		–
Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000		–
Transp. Régionaux neuchâtelois TRN SA	–	913 250	-913 250		–
Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500		–
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	–	780 000	-780 000		–

D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

	31.12.2011		31.12.2012		Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	–	166 750	-166 750		–	2,6
Waldenburgerbahn WB	–	600 000	-600 000		–	24,4
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000		–	34,4
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000		–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200		–	38,9
Eisenbahngesellschaft Spiez-Erlenbach	–	13 250 000	-13 250 000		–	
Brienz Rothorn Bahn	–	200	-200		–	
805 Bundesamt für Energie	–	20 000	-20 000		–	
Anteilscheine Genossenschaft Nagra	–	20 000	-20 000		–	16,7

n.a.: nicht ausgewiesen

D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2008	2009	2010	2011	2012	Differenz zu 2011	
						absolut	%
Bruttoschulden	121 771	110 924	110 561	110 516	112 406	1 890	1,7
Kurzfristige Schulden	29 195	22 970	27 088	28 484	31 530	3 047	10,7
Laufende Verbindlichkeiten	13 700	12 659	14 024	14 151	15 096	944	6,7
Kontokorrente	10 123	9 143	10 361	10 102	10 208	105	1,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 102	1 368	1 420	1 467	1 580	113	7,7
Verwaltete Stiftungen	96	95	80	73	75	1	1,8
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 379	2 054	2 164	2 509	3 234	725	28,9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	15 495	10 310	13 064	14 333	16 435	2 102	14,7
Geldmarkt	10 670	6 947	9 181	10 610	13 006	2 396	22,6
Bundeseigene Unternehmungen	1 460	–	–	–	–	–	–
Sparkasse Bundespersonal	2 739	2 955	3 106	3 155	3 030	-125	-4,0
Negative Wiederbeschaffungswerte	432	397	777	568	399	-169	-29,7
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	194	11	–	–	–	–	–
Langfristige Schulden	92 576	87 955	83 473	82 032	80 876	-1 156	-1,4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	92 576	87 955	83 473	82 032	80 876	-1 156	-1,4
Bundeseigene Unternehmungen	50	1 740	1 840	1 880	1 370	-510	-27,1
Anleihen	92 435	86 119	81 538	80 049	79 290	-759	-0,9
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	91	95	95	94	99	4	4,6
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	–	–	9	28	20	221,6
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	–	–	–	89	89	–

E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2012	93 666	2,5	13 006	-0,2	80 660	2,9
2011	92 539	2,7	10 610	-0,3	81 929	3,2
2010	92 559	2,9	9 181	0,1	83 378	3,2
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 2012	Marktwert 2012
Total				14 375,9	14 405,5
Geldmarktbuchforderungen				13 005,9	13 006,4
03.01.2013	3617986	04.10.2012	100,056	748,7	748,7
10.01.2013	3617948	12.01.2012	100,254	512,8	512,8
17.01.2013	3617988	18.10.2012	100,056	790,9	791,0
24.01.2013	3617989	25.10.2012	100,058	850,3	850,4
31.01.2013	3617990	01.11.2012	100,056	791,0	791,0
07.02.2013	3617991	08.11.2012	100,043	802,6	802,7
14.02.2013	3617992	15.11.2012	100,056	694,5	694,6
21.02.2013	3617980	23.08.2012	100,203	760,9	761,0
28.02.2013	3617994	29.11.2012	100,050	974,6	974,6
07.03.2013	3617995	06.12.2012	100,076	1 174,7	1 174,7
14.03.2013	3617996	13.12.2012	100,061	799,6	799,6
21.03.2013	3617997	20.12.2012	100,035	1 047,7	1 047,8
28.03.2013	3617998	27.12.2012	100,055	1 000,8	1 000,8
11.04.2013	3617987	11.10.2012	100,080	817,9	817,9
23.05.2013	3617993	22.11.2012	100,090	881,0	880,9
11.07.2013	3617974	12.07.2012	100,510	358,2	358,1
Festgelder				1 370,0	1 399,1
SERV					
11.01.2013		12.01.2011	0,40%	150,0	150,6
14.01.2013		13.01.2010	0,61%	150,0	150,9
14.01.2013		14.07.2010	0,34%	100,0	100,3
10.04.2013		03.10.2008	2,00%	50,0	51,0
16.05.2013		14.01.2009	1,35%	100,0	101,3
16.10.2013		03.10.2008	2,12%	50,0	51,0
15.01.2014		28.11.2008	1,75%	30,0	31,0
15.01.2014		14.07.2010	0,52%	100,0	101,0
16.04.2014		03.10.2008	2,17%	50,0	52,1
15.05.2014		14.01.2009	1,50%	100,0	102,9
16.07.2014		03.12.2008	1,80%	30,0	31,1
16.07.2014		31.12.2008	1,55%	20,0	20,6
30.09.2014		27.02.2009	1,10%	40,0	40,8
15.10.2014		03.10.2008	2,24%	50,0	52,2
15.10.2014		13.10.2010	0,63%	50,0	50,6
15.01.2015		13.01.2010	1,00%	50,0	51,4
14.04.2015		14.04.2010	1,20%	100,0	103,4
13.07.2016		13.07.2011	0,84%	100,0	102,8
Skycare					
19.12.2015		19.12.2003	2,75%	50,0	54,0

E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 2012	Marktwert 2012
Eidgenössische CHF Anleihen					4 152	79 289,7	95 713,8
11.02.2013	1037930	4,00%	2000–2013	–	280	6 900,2	7 172,3
06.01.2014	148008	4,25%	1994–2014	–	–	4 608,4	5 003,6
09.11.2014	2313981	2,00%	2005–2014	–	215	1 691,3	1 769,7
10.06.2015	1238558	3,75%	2001–2015	–	70	4 239,3	4 752,4
12.03.2016	1563345	2,50%	2003–2016	–	190	6 713,8	7 408,7
12.10.2016	2285961	2,00%	2005–2016	–	300	2 666,8	2 882,7
05.06.2017	644842	4,25%	1997–2017	–	160	5 600,1	6 781,7
08.01.2018	1522166	3,00%	2003–2018	–	200	6 836,0	7 955,7
12.05.2019	1845425	3,00%	2004–2019	–	215	5 784,1	6 944,1
06.07.2020	2190890	2,25%	2005–2020	–	255	4 445,9	5 125,4
28.04.2021	11199981	2,00%	2010–2021	–	250	3 361,9	3 874,5
25.05.2022	12718101	2,00%	2011–2022	–	190	2 349,5	2 718,2
11.02.2023	843556	4,00%	1998–2023	–	60	4 497,7	6 195,7
11.06.2024	12718117	1,25%	2012–2024	–	250	697,1	751,5
27.06.2027	3183556	3,25%	2007–2027	–	395	1 633,9	2 204,7
08.04.2028	868037	4,00%	1998–2028	–	–	5 612,5	8 301,4
22.06.2031	12718102	2,25%	2011–2031	–	182	1 436,4	1 777,0
08.04.2033	1580323	3,50%	2003–2033	–	40	3 592,7	5 350,6
08.03.2036	2452496	2,50%	2006–2036	–	300	2 700,4	3 584,9
27.06.2037	12718119	1,25%	2012–2037	–	–	1 319,7	1 404,6
30.04.2042	12718116	1,50%	2012–2042	–	300	1 534,2	1 740,2
06.01.2049	975519	4,00%	1999–2049	–	300	1 068,0	2 014,2

E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2012	2,2	1 382	1 736	353
2011	3,1	2 011	2 380	369
2010	3,9	2 474	2 834	360
2009	4,3	2 600	3 135	535
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Derivative Finanzinstrumente	6 372	4 564	-415	-298	153	102	-568	-399
Zinsinstrumente	2 200	1 450	-249	-198	7	5	-256	-202
Zinsswaps	2 200	1 450	-249	-198	7	5	-256	-202
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Devisen	4 172	3 114	-166	-100	146	97	-312	-197
Terminkontrakte	4 172	3 114	-166	-100	146	97	-312	-197
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-

F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG- Verwaltungseinheiten		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2012	4 898	33 309	3 819	26 873	120	690	883	5 666	76	81
2011	4 779	33 054	3 729	26 774	119	669	857	5 531	74	80
2010	4 740	33 312	3 703	26 945	126	626	835	5 661	78	80
2009	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008	4 361	32 398	3 453	26 412	105	590	734	5 320	69	76
2007	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006	4 110	32 163	3 571	28 533	121	753	352	2 815	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Voranschlag 2012	Rechnung 2012	Differenz zu R 2011 absolut	%
Personalaufwand	4 812	4 824	4 923	5 278	5 060	137	2,8
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 698	4 698	4 804	5 150	4 940	136	2,8
Legislative	69	70	71	74	72	1	1,8
Entschädigungen für Parlamentarier	36	36	36	38	36	1	1,4
Personalaufwand	33	34	35	36	35	1	2,3
Übriger Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0,0
Judikative	132	137	135	141	138	3	2,2
Bezüge Bundesrichter	37	37	38	40	39	2	4,0
Personalaufwand	95	99	96	99	98	1	1,6
Übriger Personalaufwand	1	1	1	2	1	0	20,0
Exekutive	4 425	4 462	4 498	4 690	4 621	122	2,7
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 287	4 346	4 383	4 545	4 494	111	2,5
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	69	57	54	69	60	6	11,4
Übriger Personalaufwand	64	55	56	70	61	5	8,9
Global- und Spezialkredite	42	71	51	193	57	5	9,9
Globalkredite	–	–	–	54	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global	–	–	–	72	–	–	–
Arbeitgeberleistungen	41	71	51	67	57	5	9,9
Umstrukturierungen	30	-42	48	54	53	4	8,9
Sozialplan	3	-76	7	7	4	-3	-37,3
Vorruhestandsurlaub	28	34	42	47	49	7	15,5
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	114	126	119	127	120	1	1,2
Aufwand für befristet angestelltes Personal	114	126	119	127	120	1	1,2
Personalausgaben	4 828	4 894	4 945	5 278	5 070	125	2,5

Hinweise:

- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2012 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: VLVA, AGZL VLVA, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene.

F03 Höchstbezüge 2012 nach Lohnklassen

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2012 in Fr.
1	2	3	4
1	60 764	4 674	Lohnentwicklung nach Art. 39 BPV:
2	61 750	4 750	
3	62 746	4 827	Beurteilungsstufen 4 = 4,0 % - 5,0 % 3 = 2,5 % - 3,5 % 2 = 1,0 % - 2,0 % 1 = -2,0 % - 0,0 %
4	63 744	4 903	
5	65 591	5 045	
6	68 643	5 280	Berechnungsbasis = Spalte 2
7	71 685	5 514	
8	74 695	5 746	
9	77 780	5 983	
10	80 852	6 219	
11	83 888	6 453	
12	87 001	6 692	
13	90 165	6 936	
14	93 420	7 186	
15	97 295	7 484	
16	101 225	7 787	
17	105 442	8 111	
18	110 463	8 497	
19	115 458	8 881	
20	120 463	9 266	
21	125 463	9 651	
22	130 478	10 037	
23	136 849	10 527	
24	145 206	11 170	
25	152 804	11 754	
26	160 427	12 341	
27	168 040	12 926	
28	175 683	13 514	
29	184 415	14 186	
30	197 876	15 221	
31	206 892	15 915	
32	215 920	16 609	
33	234 053	18 004	
34	252 402	19 416	
35	270 922	20 840	
36	289 645	22 280	
37	308 552	23 735	
38	370 568	28 505	

Hinweis: Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.